06 | 2023

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Österreichischer Gemeindebund

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

FINANZAUSGLEICH

Mutig in neue Zeiten?

Seite 26

ENERGIE

Die Wende braucht Wasserstoff

Seite 42

PORTRÄT

Null Toleranz bei Ungerechtigkeit

Seite 70

Radikalisierung an den Rändern

Wahlerfolge von (radikalen) Randparteien werfen die Frage auf, wie groß die Gefahr einer nachhaltigen Spaltung der Gesellschaft ist.

Seite 14

FOTO // bxtr - stock.adobe.com

Einzelverkaufspreis: EUR 4,90

Österr. Kommunal-Verlag, 1010 Wien, Löwelstr. 6
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

ISSN: 1605-1440
Österreichische Post AG MZ 02Z032902 M

Husqvarna

CEORA

Die Zukunft der professionellen Rasenpflege

HUSQVARNA CEORA™

CEORA™ markiert die neue Ära der professionellen, nachhaltigen Rasenpflege. Emissionsfreies, geräuscharmes, systematisches Mähen mit virtuellen Grenzen (EPOS Technologie) auf Rasenflächen von bis zu 50.000 m². Ideal für höchstprofessionelle Rasenergebnisse auf beanspruchten Anlagen.

- **50.000 m² Flächenleistung**
- **Emissionsfreies Mähen**
- **Höchste Kosteneffizienz**
- **Systematisches Mähen**
- **Austauschbare Fronteinheit**
- **Mähdeck mit Wartungsposition**

Copyright ©2023 Husqvarna AB (publ). Alle Rechte, Änderungen sowie Druck- und Satzfehler vorbehalten.

FINANZAUSGLEICH IM FOKUS

Steigende Ausgaben **erfordern mehr Geld**

Das Thema Nummer 1 für uns ist weiterhin der Finanzausgleich. Anfang Mai fand wieder eine politische Runde statt, in der die wichtigsten Eckpunkte in großer Runde mit allen Ländern diskutiert wurden. Wir haben dabei neuerlich klargemacht, dass die Gemeinden mehr Geld aus dem FAG-Topf brauchen werden, weil wir immer mehr Aufgaben zu stemmen haben. Wir sind guter Dinge, dass wir bis in den Herbst zu einem inhaltlichen guten Abschluss im Sinne unserer Gemeinden und Städte kommen werden. Wir sind dabei laufend in enger Abstimmung mit allen Landesverbänden.

Der Druck seitens des Gemeindebundes und zahlreicher Gemeinden und Städte hat sich bezahlt gemacht: Die Schwellenwerte-Verordnung wurde nun bis Ende des Jahres verlängert. Zahlreiche Resolutionen aus den Kommunen, viele intensive Gespräche mit den Ministerien und zahlreiche scharfe Briefe unsererseits haben dieses Thema vorerst gelöst. Vielen Dank für eure Unterstützung! Wir verhandeln aktuell mit der Justizministerin über eine generelle Neuregelung des Thema Direktvergaben und Co.

Ende April war eine Abordnung des Gemeindebundes bei der traditionellen Fach- und Bildungsreise bei unseren Kollegen in Schweden. Das aktuelle EU-Vorsitzland wird ja immer wieder als Vorbild in vielen Politikfeldern genannt. In vielen Gesprächen mit den Kollegen des schwedischen Gemeindeverbandes und bei Besuchen in zwei Gemeinden im Großraum Stockholm haben wir einige interessante Einblicke in die schwedische Kommunalpolitik erhalten. Schweden ist traditionell dezentral organisiert, das heißt, die Gemeinden haben viel mehr Aufgaben und Verantwortung zu stemmen. Der Druck auf die Kommunen steigt aber immer mehr, vor allem auch weil Fachkräfte für Verwaltung, Bildung, Pflege und Co. fehlen. Bei allen Vorbildprojekten, die wir besichtigen konnten, zeigte der Blick hinter die Kulissen der Gemeinden aber auch eine überbordende Bürokratie, die viele Entwicklungen bremst und auch die Verwaltung lähmt. Wichtig für uns ist, dass der Austausch mit den europäischen Partnerverbänden unsere europäischen Beziehungen stärkt und dabei auch wichtige Eindrücke für die Arbeit für Österreichs Kommunen bringt.

Ich freue mich schon, viele von euch am 69. Österreichischen Gemeindetag vom 21. bis 22. Juni in Innsbruck wieder zu treffen. Vor den Spitzenvertretern der Republik wollen wir gemeinsam wieder ein starkes kommunales Zeichen in unserem Land setzen. Die Kommunalmesse lädt dazu ein, kommunale Fahrzeuge und neue Ideen für die Arbeit zu Hause mitzunehmen.

ALFRED RIEDL
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

> **Ich freue mich schon, euch** am 69. Österreichischen Gemeindetag vom 21. bis 22. Juni **in Innsbruck wieder zu treffen.“**

Feedback, Anmerkungen oder Kommentare bitte an **leserbriefe@kommunal at**

EDITORIAL

Liebe Leserin,
lieber Leser,

die jüngsten Diskussionen über die finanzielle Situation von Matrei in Osttirol beleuchten einen wichtigen Aspekt unseres Wirtschaftssystems. Gemeinden sind von Bundesmitteln und den Auswirkungen steuerpolitischer Maßnahmen abhängig, was zu Schwankungen in ihren Einnahmen führen kann. Der aktuelle Kontext von steigenden Kreditzinsen und breiter Kosteninflation stellt viele Gemeinden vor besondere Herausforderungen. Es ist jedoch bemerkenswert, wie viele trotz dieser widrigen Umstände in der Lage sind, ausgeglichene Haushalte aufrechtzuerhalten. Tatsächlich ist die Haushaltsführung in Gemeinden eine Sache des ausgewogenen Umgangs mit begrenzten Ressourcen – ein Vorgang, der sowohl bei Unternehmen als auch bei Privaten zur Tagesordnung gehört. Der Wille der Wähler ist dabei ein wesentlicher Leitfaden und fördert eine verantwortungsbewusste Haushaltsführung.
Ebenso ist es wichtig, vorsichtig mit Begriffen wie „Insolvenz“ umzugehen. Gemäß Insolvenzordnung ist eine rechnerische Überschuldung allein nicht ausreichend, um von Insolvenz zu sprechen; es müsste zudem eine negative Prognose für die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde vorliegen. Gemeinden sind bemüht, Lösungen zu finden und strukturelle Probleme anzugehen. Ein Konkurs hätte nicht nur negative Auswirkungen auf die betroffene Gemeinde, sondern auch auf die Wirtschaft. Insgesamt zeigt sich, dass Gemeinden sich enormen Herausforderungen stellen und dabei oft bemerkenswerte Fähigkeiten in der Haushaltsführung und im Krisenmanagement beweisen, meint Ihr

Michael Zimper,
Geschäftsführer Kommunal-Verlag

KOMMUNAL 06/2023

IM FOKUS

Wenn Extreme erstarken, sinkt der demokratiepolitische Konsens

Spätestens nach der Landtagswahl in Salzburg ist klar: Parteien der politischen Ränder gewinnen

/14

FOTO // bxtr - stock.adobe.com

POLITIK & RECHT

Der Mutter-Kind-Pass wird digital

Aber sollte das mit schulärztlichen Untersuchungen verknüpft werden, droht Chaos

/20

FOTO // Michaela Begsteiger - stock.adobe.com

Ein (un)tauglicher Ausweg aus der Überschuldung 24
Der Fall Matrei und die wieder auflebende Diskussion über Gemeindekonkurse

Mutig in die neuen Zeiten? 26
Ein alter Text als Leitspruch für die Finanzausgleichsverhandlungen

Gesucht: Mehr Frauen in die Kommunalpolitik 30
Neue Ideen und Konzepte bei der Bürgermeisterinnen-Konferenz in Berlin

Vorbild Schweden? 32
Bildungsreise des Gemeindebundes in das skandinavische Vorzeige-Land

In Vielfalt geeint 38
Beim Europa-Staatspreis 2023 wurden kommunale Projekte vor den Vorhang geholt

INHALT

/ 43

Selbst erzeugte Energie auch selbst verbrauchen 46
Gampern und seine Energiegemeinschaft speichern und nutzen den eigenen Strom

Was sind Energiegemeinschaften eigentlich? 50
Kooperative Konzepte fördern die regionale Energiewende

Die fünf häufigsten Irrtümer bei Photovoltaikanlagen 58
Falsche Vorstellungen können zu Enttäuschungen führen

Eine Plattform für Information zum Hochwasserschutz 62
In der ARGE Hochwasserschutz wird gemeinsam nach Lösungen für die Praxis gesucht

GESTALTEN & ARBEITEN

Die Energiewende braucht Wasserstoff

Im oberösterreichischen Gampern wurde der weltweit erste hundertprozentige Wasserstoff-Speicher in Betrieb genommen

FOTO // tanaonte - stock.adobe.com

LAND & LEUTE

Null Toleranz bei Ungerechtigkeit

Réka Fekete, erste Frau an der Spitze von Au am Leithagebirge

(C) Gemeinde Au

/ 70

„Aus Liebe zum Job“ 74
Heidenheim in Deutschland wirbt unter „Heide.N.Heim“ auf Tinder um Personal

Umdenken aller Akteure gefordert 76
Situation bei Naturgefahren erfordert Maßnahmen in großem und kleinem Stil

Gemeinde-Mountainbike-Meisterschaften 78
Im Rahmen der Salzkammergut-Trophy finden die 12. Meisterschaften speziell für Gemeinden statt

Termine / Personalia 80

Impressum 82

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

AKV Alpenländischer Kreditorenverband **52**

ARGE Forum mineralische Rohstoffe **48**

ÖVGW – Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach **66**

VITRONIC Dr.-Ing. Stein **54**

WILO **64**

KOMMENTAR

Wer trägt die Schuld bei Unfällen auf Bahnübergängen?

FOTO // Ph. Monihard

Mit vorhersehbarer Regelmäßigkeit ereignen sich Verkehrsunfälle auf Bahnübergängen. Circa 3.000 davon gibt es in Österreich und die Hälfte davon ist technisch gesichert, das heißt mit einer Licht- und/oder Schrankenanlage versehen. Vor den technisch nicht gesicherten Bahnübergängen stehen Andreaskreuze und/oder auch Stopptafeln. Schon fast ein Jahrzehnt liegt es zurück, dass mit der sogenannten Eisenbahnkreuzungsverordnung nach einem Zeitplan eine Überprüfung der Eisenbahnkreuzungen vorgeschrieben wurde und eine Auflassung oder technische Sicherung vorzuschreiben ist.

Wer die Kosten für diese Sicherungen zu tragen hat, ist im Eisenbahngesetz geregelt. Grundsätzlich ist dabei vorgesehen, dass 50 Prozent der Kosten das Eisenbahnunternehmen und 50 Prozent der Träger der Straßenbaulast aufzubringen hat. Bei Gemeindestraßen ist dies die Gemeinde. Wenn man von Kosten von bis zu 500.000 Euro pro Anlage ausgehen kann, so ergibt dies eine gewaltige finanzielle Belastung für die betroffenen Gemeinden. Auch wenn der Gemeindebund bei der Erlassung der Eisenbahnkreuzungsverordnung den Konsultationsmechanismus ausgerufen hat und der Verfassungsgerichtshof letztlich festgestellt hat, dass der Bund bei der Erlassung der Verordnung eine Darstellung der damit verbundenen Kosten unterlassen hat und er damit zur Kostentragung verpflichtet wäre, ist es de facto so, dass die Gemeinden nur einen Bruchteil ihrer tatsächlichen Kosten ersetzt erhalten.

„Ein richtiges Verhalten der Straßenbenützer vorausgesetzt, **dürfte es eigentlich zu keinen Verkehrsunfällen bei Bahnübergängen kommen.** Die Schuldfrage und die Verantwortlichkeit dürften somit in der überwiegenden Zahl geklärt sein.“

Feedback, Anmerkungen oder Kommentare bitte an **leserbriefe@kommunal.at**

Jetzt kann man durchaus der Auffassung sein, dass jeder Verletzte oder sogar Tote im Straßenverkehr einer zu viel ist und Maßnahmen zur Verhinderung solcher Unfälle zu setzen sind. Generell und im Speziellen beim Übersetzen von Eisenbahnkreuzungen darf aber nicht außer Acht gelassen werden, wer denn die Schuld an derartigen Verkehrsunfällen trägt. In der Regel ist dies immer derjenige, der – mit welchem Verkehrsmittel auch immer – die Eisenbahnkreuzung überquert. Die Straßenverkehrsordnung und die Eisenbahnkreuzungsverordnung geben eindeutige Verhaltensregelungen vor, wie sich Personen in Fahrzeugen beim Überqueren von Bahnübergängen zu verhalten haben.

Die Straßenbenützer haben sich bei der Annäherung an eine Eisenbahnkreuzung, vereinfacht gesagt, so zu verhalten und insbesondere ihre Geschwindigkeit so zu wählen, dass sie erforderlichenfalls vor der Eisenbahnkreuzung verlässlich anhalten können. Sie haben sich durch Ausblick auf den Bahnkörper und durch Beachtung abgegebener akustischer Signale der Schienenfahrzeuge nach beiden Richtungen zu überzeugen, ob ein gefahrloses Übersetzen der Eisenbahnkreuzung möglich ist oder ob sie vor der Eisenbahnkreuzung anzuhalten haben. Bei Lichtzeichen oder bei Schranken haben die Straßenbenützer bei gelb oder rot blinkenden Lichtern oder sich herabbewegenden Schrankenbäumen ihr Fahrzeug anzuhalten. Vor dem Übersetzen einer Eisenbahnkreuzung haben sich die Straßenbenützer auch zu überzeugen, dass das Übersetzen der Eisenbahnkreuzung gefahr-

Die Nutzung der Straße erfolgt nicht nur durch Gemeindebürger, sondern durch jeden Straßenbenützer, egal, woher er kommt. **Deswegen muss die Finanzierung auch durch die Allgemeinheit, somit durch den Bund, erfolgen.“**

los möglich ist. Ein richtiges Verhalten der Straßenbenützer vorausgesetzt, dürfte es eigentlich zu keinen Verkehrsunfällen bei Bahnübergängen kommen. Die Schuldfrage und die Verantwortlichkeit dürften somit in der überwiegenden Zahl geklärt sein.

Dass technische Sicherungen durch Lichtzeichen oder Schranken erwarten lassen, dass weniger Übertretungen erfolgen, liegt zwar auf der Hand, die Fälle der Vergangenheit zeigen jedoch, dass selbst durch Lichtzeichen gesicherte Eisenbahnkreuzungen und selbst mit Schrankenanlagen gesicherte Eisenbahnkreuzungen von Unfällen nicht verschont sind. Über eine Stopptafel wird halt schneller gefahren als über eine rote Sicherungsanlage.

Jedenfalls ist festzuhalten, dass nicht die Behörden oder die Gemeinden schuld an den Verkehrsunfällen sind, weil sie es unterlassen haben, jede Eisenbahnkreuzung durch eine Schrankenanlage zu sichern, sondern die Straßenbenützer, die die maßgeblichen Vorschriften für das Annähern an Eisenbahnkreuzungen missachtet haben. Mit Interesse ist auch festzustellen, dass offenbar nicht allen Verkehrsunfällen die gleiche Bedeutung beigemessen wird. Im Jahr 2019 forderten Unfälle auf Schutzwegen zwölf Tote und 1.225 Verletzte. Besonders gefährdet waren Senioren und Kinder. Offenbar erscheinen diese Personengruppen nicht so schutzwürdig, weil ansonsten auch hier der Ruf nach technischen Sicherungen von Fußgängerübergängen schon laut geworden wäre. Unfälle auf Schutzübergängen erscheinen nicht so dramatisch wie Verkehrsunfälle auf Bahnübergängen.

Mir ist durchaus bewusst, dass eine Aufrechnung hier nicht ganz statthaft und ein Vergleich nur bedingt möglich ist. Was aber jedenfalls notwendig erscheint, ist eine Anpassung der Fristen für die Durchführung der Überprüfung von ungesicherten Eisenbahnkreuzungen und eine neue Finanzierungsregelung im Eisenbahngesetz. Die derzeitige Regelung sieht vor, dass die Überprüfung der Eisenbahnkreuzungen binnen fünf Jahren zu erfolgen hat. Diese Frist gehört jedenfalls verlängert, auf zumindest zehn Jahre. Darüber hinaus gehören die Mittel des Bundes erhöht. Im Finanzausgleich wird aktuell darüber verhandelt. Generell ist jedoch eine neue Finanzierungsregelung anzustreben. Dass nämlich die jeweilige Standortgemeinde die 50 Prozent der Errichtungskosten und auch die anteiligen Betriebskosten oder gegebenenfalls mehr zu finanzieren hat, ist nicht mehr zeitgemäß.

Die Nutzung der Straße erfolgt nicht nur durch Gemeindebürger, sondern durch jeden Straßenbenützer, egal, woher er kommt. Deswegen muss die Finanzierung auch durch die Allgemeinheit, somit durch den Bund, erfolgen. Dies hätte auch den Vorteil, dass der Bund für mehr Transparenz bei der Ermittlung der Kosten für die Sicherungsmaßnahmen Sorge tragen könnte. Die Praxis hat nämlich gezeigt, dass die Kosten überhöht und nicht transparent sind. Welche Sicherungsanlagen ausgewählt werden und wie viel sie kosten, darauf haben die Gemeinden keinen Einfluss. Sie bekommen nur die Rechnungen präsentiert und müssen bezahlen. Wenn der Bund die Straßenbenützer beim Übersetzen von Eisenbahnkreuzungen schützen will, so soll er auch die erforderlichen Finanzmittel bereitstellen.

DR. WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

ANGESAGT

DAS WORT HAT ...

Am 10. April hat die Regierung ihre Pläne für den Kampf gegen die hohe Inflation präsentiert. Viele Fragen scheinen aber noch offen zu sein – etwa, was den Gebührenstopp betrifft. Für die Energielobby ist die angedachte Verschärfung der Erlösabschöpfung „nicht schlüssig“.

„Alle Maßnahmen für sich genommen sind richtig. Aber **das Paket wird nicht reichen.“**

Gabriel Felbermayr, Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO)

„Das Paket leistet keinen großen, aber einen **nachhaltigen Beitrag zur Inflationsdämpfung,** aber der Gebührenstopp wird kaum einen Effekt haben.“

Klaus Neusser, Direktor des Instituts für Höhere Studien (IHS)

„Für die Aussetzung der Gebührenerhöhung könnte ein **dreistelliger Millionenbetrag** anfallen.“

Walter Leiss, Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

QUELLE // https://orf.at/stories/3316100/

FOTOS // © Alexander Mueller// © IHS/Harold// © Schuller

INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

DÄNEMARK // Kopenhagen sperrt Benzin- und Dieselautos aus

Die dänische Hauptstadt Kopenhagen bereitet ein Verbrenner-Verbot vor – nur noch E-Autos oder Brennstoffzellen-Vehikel dürfen dann in die Stadt. Bis zum Ende dieses Jahres sollen Machbarkeitsstudien zur Umsetzbarkeit durchgeführt werden, wie es in dänischen Medienberichten heißt. Dabei wird es vor allem darum gehen, wie die Ladeinfrastruktur entsprechend ausgebaut werden kann. Ein Sprecher der Stadtverwaltung gab an, dass man dabei auf eine „soziale Ausgewogenheit“ achten werde – ohne aber Details dazu zu nennen, wie der Fachdienst electrive.net berichtet.

www.energie-bau.at

Foto // © adobe stock / Lars

DEUTSCHLAND // Kai Wegner im dritten Anlauf neuer Bürgermeister in Berlin

In einem mehrstündigen Wahlkrimi hat das Berliner Abgeordnetenhaus erstmals seit mehr als 20 Jahren wieder einen CDU-Politiker zum Regierenden Bürgermeister gewählt. Der 50-jährige Kai Wegner bekam Ende April erst im dritten Wahlgang ausreichend Stimmen, um die Nachfolge von Franziska Giffey anzutreten.

Er erhielt in der geheimen Abstimmung 86 Ja-Stimmen, genau so viele, wie die Koalitionspartner CDU und SPD zusammen an Abgeordneten haben. 70 Abgeordnete stimmten im dritten Wahlgang gegen Wegner. Die AfD-Fraktion erklärte im Anschluss, im dritten Wahlgang für Wegner gestimmt zu haben. Wegner nahm die Wahl an.

Die neue Berliner Koalition aus CDU und SPD verfügt über 86 Stimmen und die Opposition aus Grünen, Linken und AfD über 73. CDU und SPD stellen in Berlin künftig jeweils fünf Senatorinnen und Senatoren.

Unter der Webadresse **www.zdf.de/nachrichten/politik/berlin-regierender-buergermeister-wegner-cdu-100.html** stellt das ZDF auch einen Videobericht bereit.

FOTO // berlin.de/Sucksdorff

AUSTRALIEN // Bürgermeister will ChatGPT verklagen

Den Entwicklern der auf künstlicher Intelligenz (KI) beruhenden Anwendung ChatGPT droht erstmalig eine Verleumdungsklage, wie mehrere Medien, darunter die „Salzburger Nachrichten“ melden.

FOTO // Archiv

Er sei „entsetzt“ über die komplett falschen Informationen gewesen, die der Chatbot über ihn verbreite, sagte der Bürgermeister der australischen Gemeinde Hepburn Shire, Brian Hood, dem Rundfunksender ABC. ChatGPT bezeichnet Hood als Kriminellen und bringt ihn mit einem Bestechungs- und Korruptionsskandal in Verbindung. Tatsächlich aber hatte Hood den Skandal mit aufgedeckt.

www.sn.at

KALIFORNIEN // POLIZEI VON SOUTH PASADENA STELLT AUF REINE TESLA-FLOTTE UM

Die Polizei von South Pasadena in Kalifornien wird Anfang kommenden Jahres als erste Stadt in den USA eine vollständig elektrische Fahrzeugflotte einsetzen, wie die Plattform **electrive.net** berichtet. Die Stadt wird über den Anbieter Enterprise 20 Teslas leasen. Der Leasingvertrag hat einen Wert von fast zwei Millionen Dollar (1,83 Millionen Euro) an städtischen Mitteln und eine Laufzeit von mindestens fünf Jahren. Darüber hinaus hat die Stadt 500.000 Dollar (umgerechnet 456.000 Euro) von einem Komitee erhalten, das die Umweltverschmutzung durch Fahrzeuge in der südkalifornischen Küstenregion verringern will.

www.electrive.net/2023/05/10/

KINDERGARTEN.
VOLKSSCHULE.
LANDESBANK.
FEUERWEHRHAUS.
RATHAUS.

Öffentliche Finanzierungen brauchen lange Erfahrung, hohe Kompetenz, Nähe und Zukunftsperspektive.
Effektive und budgetschonende Lösungen zur Portfoliosteuerung und attraktive All-inclusive-Leasingmodelle. Nachhaltig und zukunftsorientiert – für Gemeinden in ganz Österreich.
Ihr Ansprechpartner:
Leiter Öffentliche Finanzierungen
Dr. Christian Koch: 05 90 910
christian.koch@hyponoe.at

HYPO NOE

FÜR

EUCH

GESTALTERINNEN UND GESTALTER

Gemeinden gestalten Österreich.
Die Kommunalmesse und der Gemeindetag in Innsbruck am 21. und 22. Juni bieten euch GestalterInnen unzählige Möglichkeiten: Neue Chancen für Gemeinden, Netzwerken mit 2.500 Gleichgesinnten und über 200 AusstellerInnen, spannende Unterhaltung, hilfreiche Informationen und ein umfangreiches Programm: Vom Expertentalk bis zur Fachtagung, vom kommunalen Frühstück bis zum Galaabend.

KOSTENLOS!
ABER BITTE REGISTRIEREN AUF DIEKOMMUNALMESSE.AT

GTAG 2023 | T

GEMEINDETAG UND KOMMUNALMESSE 2023

21./22. JUNI 2023 // MESSE INNSBRUCK

INFOS AUF WWW.DIEKOMMUNALMESSE.AT

PROGRAMM

Mittwoch, 21. Juni 2023

08.00 - 17.00 Check-In

9.00 Frühstück im Festzelt

ab 09.00 Kommunalmesse

12.00 Eröffnung & Talk mit anschließendem Frühschoppen

14.30 Fachtagung des Fachverbandes der leitenden Gemeindebediensteten

17.00 Kommunalabend

Donnerstag, 22. Juni 2023

08.00 - 17.00 Check-In

ab 09.00 Kommunalmesse

09.30 Empfang durch die Militärmusik Tirol und einer Ehrenformation des Österreichischen Bundesheeres — Landesüblicher Empfang durch die Ehrenformation der Schützenkompanie Grinzens, einer Musikkapelle aus dem Musikbezirk Innsbruck-Land sowie von Abordnungen der Tiroler Traditionsverbände

10.00 Haupttagung des 69. Österreichischen Gemeindetages – Musikalische Umrahmung durch die Militärmusik Tirol

12.00 Kulinarischer Ausklang & Messerundgang

14.15 - 15.00 Europa-Talk

15.00 - 17.00 Tagung der Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte

18.30 Galaabend des Gemeindetages

Zustätzlich zu den Programmpunkten wird es viele weitere tolle Angebote geben. Unter anderem finden Sie auf der Kommunalmesse wieder die beliebten "Brennpunkt"-Veranstaltungen zu wichtigen Themen der Gemeindepolitik.

KOMMUNAL MESSE 2023

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Radikalität als Gefahr für die Demokratie?
KOMMUNAL sprach mit Peter Filzmaier und Kathrin Stainer-Hämmerle //

„Wenn Extreme erstarken, sinkt der demokratiepolitische Grundkonsens“

FOTO // bxtr - stock.adobe.com

Die politische Landschaft nicht nur in Österreich hat in jüngster Zeit massive Veränderungen erfahren, wobei Parteien am linken und rechten Rand zunehmend an Wählerzuspruch gewinnen. Es stellt sich die Frage, ob dieser Trend lediglich eine Folge der Unzufriedenheit mit den etablierten Mitteparteien ist oder ob eine politische Radikalisierung in der Gesellschaft stattfindet.

TEXT // HANS BRAUN / ANDREAS HUSSAK

Seit 2021 Elke Kahr, die Kandidatin der KPÖ, den Bürgermeistersessel in Graz, der zweitgrößten Stadt Österreichs, erobert hat, wird in Österreich heftig über dieses „Phänomen“ diskutiert. Spätestens aber seit der Landtagswahl in Salzburg, als die KPÖ praktisch von Null aus sensationelle Gewinne und fast zwölf Prozent der Stimmen auf sich verbuchen konnte.

Das Rätselraten seither ist groß, allerdings ist die große Aufregung ausgeblieben, die Ende der 1980er-Jahre den Aufstieg der FPÖ, des sogenannten dritten Lagers, und Jörg Haiders begleitet hat. An diesem Aufstieg konnten auch Crashs der Partei durch zwei Abspaltung (1993 das LIF, 2005 das BZÖ) sowie zahlreiche Skandale der FPÖ und ihrer Proponenten wie beispielsweise das „Ibiza-Video“ oder auch die sogenannte „Liederbuch-Affäre“ nichts ändern.

Auf den ersten Blick scheint klar, dass offenbar die Vielzahl sich überlagernder Krisen und hausgemachte Probleme der etablierten Parteien den Trend bestärkt haben. Jedenfalls scheint der Unmut der Wählerinnen und Wähler über diese Probleme dazu geführt zu haben, dass die Unzufriedenen Protestparteien oder neue Angebote wählen. Bisher scheint es sich aber mehr um eine Warnung für die anderen Parteien zu handeln als um eine Radikalisierung, da eine gewaltsame Ablehnung von Regeln und Kommunikation in Österreich noch auf eine Minderheit beschränkt ist.

KOMMUNAL wollte es etwas genauer wissen und hat Kathrin Stainer-Hämmerle und Peter Filzmaier, ausgewiesene Kenner der politischen Landschaft und des Wählerverhaltens, dazu befragt.

Findet also eine politische Radikalisierung der Gesellschaft statt oder ist es „nur“ eine Konsequenz der Unzufriedenheit mit den klassischen Parteien der Mitte? Kathrin Stainer-Hämmerle meint, dass es die „vielen sich überlagernden Krisen – von der Pandemie über den Krieg bis zur Inflation und den steigenden Lebenskosten insbesondere beim Wohnen und nicht zu vergessen der demografische Wandel und das Klima – und die hausgemachten Probleme der großen Parteien der Mitte (bei der ÖVP das scheinbar unerschöpfliche Handy von Thomas Schmid und bei der SPÖ die nicht zu beendenden Diskussionen um die Parteispitze) – sind, die einen tiefen Verdruss mit den etablierten Parteien »

FOTO // De Visu - stock.adobe.com

hinterlassen haben“. Die Unzufriedenen wählen Protestparteien oder neue Angebote. Bisher sieht sie das mehr als Warnung für die anderen Parteien, weniger als Radikalisierung. Eine Radikalisierung würde den Aufruf zur Gewalt, zur Regelverweigerung und auch zum Abbruch der Kommunikation umfassen. „Diese Vorgehensweise beschränkt sich in Österreich doch noch auf eine Minderheit, selbst bei der FPÖ“, so Stainer-Hämmerle. „Aber die Echokammern der Information können natürlich dieses Phänomen zukünftig anwachsen lassen.“

Peter Filzmaier meint, dass hinter dem Trend mehr die Schwäche der Parteien steckt: „Bevor wir über Radikalisierung sprechen, sei daran erinnert, dass die ÖVP infolge der Chats und strafrechtlicher Ermittlungen gegen die Bundespartei und zahlreiche ihrer Ex-Politiker geschwächt ist. Die SPÖ wiederum hat sich in eine teilweise peinlich und chaotisch verlaufende Führungsdebatte verstrickt. Da gibt es also jeweils auf Bundesebene hausgemachte Gründe für Wahlniederlagen. Verwunderlich ist da höchstens das Kurzzeitgedächtnis der Wählerschaft an das Ibiza-Video und die Spesenaffäre der FPÖ. Parteien an den Rändern erhalten aber auch Zuspruch, weil sie in der Opposition in Krisenzeiten radikale Lösungen oder Scheinlösungen ankündigen können, ohne dafür den Elchtest antreten zu müssen, ob ihre Politik funktioniert.“

Die Unzufriedenen wählen Protestparteien oder neue Angebote. Bisher sieht Kathrin Stainer-Hämmerle das mehr als Warnung für die anderen Parteien, weniger als Radikalisierung.

Die KPÖ verzeichnete in Salzburg auf Landesebene starke Zuwächse. Noch stärker sind sie allerdings auf Gemeindeebene – bislang in urbanen Großgemeinden wie in Graz und der Stadt Salzburg. Ist diese Entwicklung auch für kleinere Gemeinden erwartbar?

PETER FILZMAIER: „Nach den Daten der Wahlmotivforschung hat die KPÖ vor allem mit der Kombination des Themas leistbaren Wohnens und einem dabei glaubwürdigen Spitzenkandidaten gepunktet. Nun war und ist der Anstieg der Wohnungsmieten und die ansteigende Unerschwinglichkeit von Eigenheimen in Graz oder vor allem Salzburg besonders ausgeprägt – doch warum sollte dieses Erfolgsrezept der KPÖ in kleineren Orten nicht auch funktionieren, wenn die Parteien in der Mitte das Wohnthema offenbar lange Zeit sträflich vernachlässigt oder unterschätzt haben?“

KATHRIN STAINER-HÄMMERLE: „Selbstverständlich, weil Elke Kahr und Kay Michael Dankl gewählt wurden, obwohl sie bei der KPÖ sind. Die Gründe waren ihre Persönlichkeiten, ihr authentisches Engagement, das Thema Wohnen und die Anti-Establishment-Stimmung in der Bevölkerung. Der Faktor Kandidat ist in kleinen Gemeinden noch stärker, weil persönliche Begegnungen bei Wahlkämpfen wichtiger sind als Medienkontakte. Und im persönlichen Gespräch lassen sich Wähler:innen am leichtesten überzeugen, es einmal mit einer anderen, neuen Partei zu probieren. Sei es, weil sie der Person vertrauen oder den anderen Kandidat:innen misstrauen.“

Ist der Umstand, dass die KPÖ in kleineren Gemeinden bislang nicht reüssieren konnte, nur darauf zurückzuführen, dass die entsprechenden Strukturen wie Ortsgruppen und Funktionäre fehlen? Wäre das entsprechende Wählerpotenzial in ländlichen Gemeinden längst ebenso vorhanden?

FILZMAIER: „Es stimmt schon, dass ein paar Wahlerfolge und der nachhaltige Aufbau von wirklich landesweiten Strukturen in allen Gemeinden zwei verschiedene Paar Schuhe sind. Davon können ja beispielsweise die Neos ein Lied singen, und das gilt auch für die KPÖ. Aber die Kommunisten punkten – auch über das Wohnthema hinaus – mit der zunehmenden Nichtleistbarkeit des Alltagslebens vom Einkaufen bis zu den Kosten für die Kinder. Das betrifft beispielsweise Tourismusgemeinden genauso wie die Städte, und auch sonst da ist keine Gemeinde ausgenommen. Findet sich da als

Kritiker eine Gruppe engagierter Personen, so hat eine neue oder scheinbar neue Parteiliste mit sozialpolitischen Ansätzen eine Chance, ob sie nun kommunistisch ist oder nicht."

STAINER-HÄMMERLE: „Es gibt kaum mehr Stammwähler, die bei jedem Wahlgang, von Gemeinde bis zur EU, ihr Leben lang immer dieselbe Partei wählen. Die meisten Wähler:innen entscheiden sich immer kurzfristiger und nicht wegen einer emotionalen Bindung zur Partei oder ideologischer Nähe, sondern aus taktischen Gründen, wegen eines bestimmten Themas, wegen Sympathie zu Kandidaten oder eben auch als Denkzettel aus Protest. Bei hoher Unzufriedenheit mit den Leistungen der Regierenden ist die Wechselbereitschaft besonders hoch. Kommen noch emotionale Themen dazu (Zuwanderung, Corona), steigt zusätzlich die Mobilisierung."

Die „Süddeutsche Zeitung" schreibt: „Das K in KPÖ steht für Kommunalpolitik", und konstatiert, dass mit dem Schwerpunkt Wohnungspolitik Wahlen zu gewinnen sind. Sind jene Themenfelder, die die KPÖ besetzt, kommunalpolitisch relevanter als beispielsweise auf Bundesebene?

FILZMAIER: „Na ja, auch beim Wohnthema sind Bundes- und Landesgesetze oder entsprechende Verordnungen wichtig, also wird nicht alles auf Gemeindeebene entschieden. Kommunalpolitisch wichtig ist aber der unmittelbare Wählerkontakt, statt diesen nur etwas via Massenmedien oder sonst wie auszurichten. Und da sind nun einmal sowohl in Graz als auch in Salzburg die Politiker der KPÖ wirklich viel mehr von Tür zu Tür gegangen oder haben Sprechstunden angeboten, und zwar auch in Nichtwahljahren."

STAINER-HÄMMERLE: „Ich denke, den Menschen ist es egal, wer dieses Problem löst – der Bund, das Land oder die Gemeinde. Der Vorteil in Gemeinden ist, dass die Wähler:innen mit dem Kandidaten/der Kandidatin eher persönlich in Kontakt kommen und dann die Scheu verlieren nach dem Motto: Die Kommunisten sind ja eigentlich gar nicht so schlimm, die sind sympathisch und haben einige ganz gute Ideen. Mit einem Interview in der Zeitung, im TV oder auf Social Media lassen sich diese Vorurteile wegen einer Partei nicht so gut abbauen."

Die KPÖ punktet mit dem Eintreten für ärmere Gesellschaftsschichten und die FPÖ geriert sich, unabhängig von ihrer tatsächlichen Programmatik, als „Partei des kleinen Mannes".

(C) Franz Gleiß Öst. Gemeindebund

Der Faktor Kandidat ist in kleinen Gemeinden noch stärker, weil persönliche Begegnungen bei Wahlkämpfen wichtiger sind als Medienkontakte."

Kathrin Stainer-Hämmerle,
Politik- und Rechtswissenschaftlerin

Ist der klassische Klassenkampf eine Bruch- bzw. Trennlinie, die von den anderen Parteien (insbesondere der SPÖ) unterschätzt und vernachlässigt wurde?

FILZMAIER: „Die SPÖ hat ja nach dem Motto ‚Ich gegen mich!' öffentlich gestritten und niemand weiß, ob die Führungsdebatte wirklich beendet ist. Da wurde sowieso alles andere vernachlässigt. Der Klassenkampf im geschichtlichen Sinn ist es einerseits für große Teile der KPÖ sicher und für die FPÖ als in Wahrheit programmatisch auch eine Wirtschaftspartei weniger, andererseits ist es mehr als ein Gegensatz der Klassen: Die typische Arbeiterschaft nimmt ja zahlenmäßig in der Dienstleistungsgesellschaft immer mehr ab und macht kaum noch 10 Prozent aller Wählenden aus. Aber die Alltagssorgen, sich das Leben und seine Grundbedürfnisse leisten zu können, betreffen keineswegs nur noch die Ärmsten der Armen, sondern das reicht weit in den Mittelstand hinein."

STAINER-HÄMMERLE: „Die neuen Konfliktlinien verlaufen nicht zwischen links und rechts, sondern zwischen ‚oben' und ‚unten', ‚Optimisten' und ‚Pessimisten' bzw. zwischen ‚wir' und ‚die anderen'. Die SPÖ hat vor allem das Manko, dass sie als etablierte Partei mit Regierungsverantwortung (früher, im Land, in Gemeinden) wahrgenommen wird und natürlich auch als etwas erstarrt."

Anneliese Rohrer wirft der FPÖ eine beabsichtigte Orbanisierung Österreichs vor. Ebenso steht die Ideologie des Kommunismus nicht »

gerade für eine pluralistische Parteien-Demokratie. Ist unser System einer liberalen Demokratie durch das Erstarken der politischen Ränder in Gefahr?

STAINER-HÄMMERLE: „Das Problem setzt früher an: Warum erstarken die Ränder? Diese Lücke lassen die Parteien der Mitte durch ihr Versagen. Generell ist unsere Demokratie in Gefahr durch die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft, die schwindende Solidarität, fehlende Zukunftsperspektiven für immer größere Bevölkerungsgruppen und die Polarisierung beim Informationsverhalten, weil wir verlernen, uns gemeinsam um unsere Probleme zu kümmern. Weder 30 Prozent der FPÖ noch 20 für die KPÖ gefährden die Demokratie, es sind immer die dahinterliegenden Ursachen. Und wenn die restlichen 70 Prozent auf die Werte der Demokratie achten, kann die FPÖ zwar Schaden anrichten, aber nicht die Demokratie abschaffen."

FILZMAIER: „In Gefahr ist – was aber neben der FPÖ und KPÖ auch der ÖVP und SPÖ mit mangelnder Transparenz und vielen anderen Dingen vorzuwerfen ist – die Demokratiequalität und es droht eine Reduktion auf eine Wahldemokratie. Das bedeutet, dass natürlich Wahlen weiterhin stattfinden werden, jedoch von unabhängigen Medien bis zur Gerichtsbarkeit zentrale Institutionen der Demokratie systematisch geschwächt werden."

Die Wählerstromanalyse der Landtagswahl in Salzburg zeigt, dass die KPÖ zum größten Teil ehemalige Rot- und Grün-Wähler gewinnen konnte. Der FPÖ ist es im Laufe der letzten Jahrzehnte hingegen gelungen, Wähler der Arbeiterschicht dauerhaft aus dem linken Spektrum abzuziehen. Ist es der KPÖ zuzutrauen, diese Wählergruppen in signifikantem Ausmaß für die Linke zurückzugewinnen?

FILZMAIER: „Wie bei einer anderen Frage von mir vorgerechnet, gibt es immer weniger Arbeiter und sind daher rein zahlenmäßig mit diesen Wahlen nicht zu gewinnen. Aber die FPÖ war in Salzburg generell bei der Gruppe der Personen mit Erwerbstätigkeit – egal ob Arbeiter oder Angestellte, sondern eben keine zum Beispiel Pensionisten – besonders stark. Und das ist auch ein Bereich, wo die KPÖ punkten kann. Gegen die SPÖ und auch gegen die FPÖ. Sowohl in Graz als auch in Salzburg hat es gar nicht so kleine Wählerwanderungen auch von den Freiheitlichen zur KPÖ gegeben. Das klingt ideologisch absurd, aber die praktische Sorge um leistbares Wohnen ist ja nicht einfach nur links.

STAINER-HÄMMERLE: „Signifikant nicht, aber zum Teil ja, weil das Protestmotiv im Vordergrund steht und nicht rechts oder links. ‚Hauptsache, den „Mächtigen" eines auswischen' macht sowohl KPÖ als auch FPÖ möglich. Hauptproblem der KPÖ ist aber, wie sie sich als Partei unabhängig von ihren Spitzenvertretern etabliert. Das ist der FPÖ nach Jörg Haider bereits gelungen."

(C) (c)event-fotograf.at

FPÖ und KPÖ haben die Gemeinsamkeit, dass sie sich **nie einer Vergangenheitsbewältigung** in den eigenen Reihen gestellt haben."

Peter Filzmaier,
Politikwissenschaftler und Wahlforscher

Anton Pelinka sagt, die Wurzeln der Freiheitlichen Partei liegen im österreichischen Nationalsozialismus. Auch die KPÖ existierte viele Jahrzehnte als kritikloser Abkömmling eines Kommunismus sowjetischer Prägung. Zwar präsentiert sie sich heute zumindest dahingehend entideologisiert, die Millionen Toten der stalinistischen Ära halten sie dennoch nicht davon ab, mit dem „Gespenst des Kommunismus" und dem Image des Realsozialismus zu kokettieren. Fischen die beiden Parteien an den äußersten Enden des legalen politischen Spektrums nach jenen Wählern, die ihren Glauben an unser politisches System verloren haben? Falls ja: Ist es gutzuheißen, dass diese

HANS BRAUN IST CHEFREDAKTEUR VON KOMMUNAL
ANDREAS HUSSAK IST REDAKTEUR BEI KOMMUNAL

FOTO // elmar gubisch - stock.adobe.com

Die Kommunisten punkten mit der zunehmenden Nichtleistbarkeit des Alltagslebens.

Menschen dadurch wieder wählen gehen und somit am etablierten System partizipieren, oder ist das Erstarken der politischen Extreme ein Indikator für einen drohenden Kollaps des ohnehin rückläufig konsensorientierten politischen Systems in Österreich?

STAINER-HÄMMERLE: „Jedenfalls würde ich die Parteien warnen, populistische Parteien an den Rändern mit ihren eigenen Waffen schlagen zu wollen. Das macht sie nur mit ihren Stilmitteln und Themen salonfähig. Es stimmt, der Vorteil von populistischen und neuen Parteien ist, dass sie Menschen im politischen System als Wähler halten bzw. neu integrieren und auch vernachlässigte Themen einbringen. Gerade deshalb ist eine hohe Wahlbeteiligung nicht zwingend ein Qualitätsmerkmal. Wenn nur Anti-System-Parteien oder demokratiefeindliche Bewegungen wegen hoher Protestbereitschaft profitieren, kann das auch ein Warnsignal sein. Die Gretchenfrage ist immer: Wie können diese Parteien wie auch deren Wähler:innen integriert werden in einen gemeinsamen politischen Diskurs? Solange das gelingt, hält Demokratie viel aus und bleibt stabil. Es ist nur nicht mehr so gemütlich wie früher. Aber damals war die Grundlage das Wirtschaftswachstum und das Versprechen des steigenden Wohlstands für alle und weniger die Konsensbereitschaft der Eliten in Konflikten."

FILZMAIER: „Das waren jetzt viele Fragen auf einmal (lächelt), also versuche ich es mal der Reihe nach. Natürlich muss es das langfristige Ziel sein, auch Demokratieskeptiker und sogar Demokratiegegner wieder in den demokratischen Prozess zu integrieren. Das galt früher für rund 700.000 Mitglieder der NSDAP in Österreich, die ihr Wahlrecht zurückbekamen, das gilt für Möchtegernstalinisten und das muss am allermeisten für jene gelten, die aufgrund des schwindenden Vertrauens für undemokratische Tendenzen anfällig sind, ohne die Demokratie grundsätzlich abzulehnen.

FPÖ und KPÖ haben da eine Gemeinsamkeit, dass sie sich nie einer Vergangenheitsbewältigung in den eigenen Reihen gestellt haben. Beispielsweise entstand die FPÖ aus dem VdU als Auffangbecken ehemaliger Nationalsozialisten und der Kriegsheimkehrer, später war ein hochrangiger SS-Offizier Chef der FPÖ – und die SPÖ hat sich unter Kreisky mit ihm arrangiert sowie haben SPÖ und ÖVP ebenfalls um Ex-Nazis gebuhlt, das muss auch dazu gesagt werden – und bei rechtsextremen Ausritten von Vertretern der FPÖ ist man bis heute nicht konsequent genug.

Die Kommunisten waren ohne Distanz zum diktatorischen Regime in der Sowjetunion. Auch dem Salzburger Spitzenkandidaten ist dazu nicht mehr eingefallen, als dass man der Kirche ja auch nicht die Inquisition vorwerfen würde. Natürlich tut man das und zu Recht. Also muss er auch in der eigenen Partei vor der Türe kehren, wo im steirischen Landtagsklub ein Russland- und Weißrusslandverehrer sitzt. Nur zu sagen, der würde beim nächsten Mal eh nicht mehr kandidieren, das ist ein bisschen arg wenig.

Doch zurück zur Ausgangsfrage: Wenn Extreme erstarken, sinkt natürlich der demokratiepolitische Grundkonsens."

POLITIK & RECHT

Überschuldung
Konkurs ist ein (un)tauglicher Ausweg //
SEITE 24

FAG ab 2024
Mutig in die neuen Zeiten? //
SEITE 26

Konferenz
Mehr Frauen für die Kommunalpolitik gesucht //
SEITE 30

FOTO // Michaela Begsteiger - stock.adobe.com

Mutter-Kind-Pass wird digital

Die Digitalisierung des Mutter-Kind-Passes ist durchwegs positiv zu werten. Weswegen aber auch schulärztliche Untersuchungen in der eigens zu schaffenden Datenplattform aufgenommen werden sollen, ist unverständlich.

TEXT // BERNHARD HAUBENBERGER

Mit dem neuen „eEltern-Kind-Pass-Gesetz“ wird der gelbe Mutter-Kind-Pass in Papierform bald Geschichte sein. Damit endet aber nicht die nunmehr 50-jährige Erfolgsgeschichte dieses Gesundheits- und Entwicklungspasses. Vielmehr wird sie digital fortgesetzt und ausgebaut: Erreichbarkeit der Eltern, Erinnerung an anstehende Untersuchungen, Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten sind dann ebenso gewährleistet wie der Schutz vor Verlust, die rasche Verfügbarkeit medizinischer Informationen zum einzelnen Individuum, gesamthafte und valide Daten und damit einhergehend gesundheitspolitische Steuerungsmöglichkeiten.

Aber: Weiterhin Lücke zwischen 5. und 18. Lebensjahr. Nachdem der Eltern-Kind-Pass weiterhin nur bis zur Vollendung des 62. Lebensmonats gelten soll und damit die bestehende Lücke der Gesundheitsvorsorge in der Zeit zwischen dem vollendeten 5. Lebensjahr und dem vollendeten 18. Lebensjahr bestehen bleibt, sollte der Eltern-Kind-Pass zügig in einem weiteren Schritt – wie an sich im Regierungsprogramm angekündigt – bis zum 14. bzw. 18. Lebensjahr weiterentwickelt werden.

Eine Weiterentwicklung des Eltern-Kind-Passes muss aber unabdingbar mit einer umfassenden Reform des Schulgesundheitswesens einhergehen. Bedauerlicherweise trägt der vorliegende Gesetzesentwurf diesem Umstand gerade nicht Rechnung.

Vielmehr ist in dem Gesetzespaket geplant (siehe § 12 Abs. 1 Z 3 Gesundheitstelematikgesetz), dass die vom Bundesminister zur Verfügung zu stellende „Plattform zur Datenerfassung“ nicht nur für Eltern-Kind-Pass-Untersuchungen, sondern auch für die „Gesundheitsvorsorge der schulbesuchenden Jugend“ gemäß § 66a Schulunterrichtsgesetz (SchUG) Verwendung finden soll. Mit der Hereinnahme schulärztlicher Untersuchungen sollte aber allen klar sein, dass damit das untaugliche Schularztsystem „einzementiert“ wird.

Zwar sind die Gemeinden als Schulerhalter für diese Untersuchungen gar nicht zuständig (Gemeinden sind nur für die „jährliche“ schulärztliche Untersuchung nach § 66 Abs. 2 SchUG zuständig). Es ist aber davon auszugehen, dass die „periodischen“ schulärztlichen Untersuchungen nach § 66a Abs. 1 Z 3 SchUG (wohl) ebenso vom »

Schularzt durchgeführt werden, der die Daten digital einzupflegen haben wird. Allein infolge des Kompetenzwirrwarrs in diesem Bereich ist ein organisatorisch-administratives Chaos vorprogrammiert.

Der Österreichische Gemeindebund hat schon im Jahr 2018 die Sinnhaftigkeit der damals neu aufgenommenen Bestimmung des § 66a Abs. 1 Z 3 SchUG hinterfragt und kritisiert, dass mit der neuen Bestimmung anstatt einer notwendigen Reform des Schulgesundheitswesens eine Doppelgleisigkeit geschaffen wird. Im Übrigen ist nach wie vor gar nicht klar, worin sich diese beiden Untersuchungen unterscheiden. Das ist insofern problematisch, als schon die derzeit (nicht flächendeckend!) stattfindenden jährlichen Untersuchungen weder für das Individuum selbst noch für die Volksgesundheit insgesamt einen Mehrwert bieten.

Diese Schlussfolgerungen lassen sich zweifelsfrei aus dem Ergebnisbericht der **Evaluierung der Schulgesundheit** (Spending Review „Schulgesundheit") und auch aus einer Studie der Donau-Universität Krems („Das österreichischen Schulgesundheitssystem: Eine Ist-Stand-Erhebung") ableiten.

Hinzu kommt, dass es einen massiven Schulärztemangel gibt und vielfach keine Ärzte gefunden werden, die sich für derartige Untersuchungen Zeit nehmen können und wollen, die sich darin erschöpfen, Eltern Mitteilung über Dinge zu machen, die sie entweder ohnehin selbst wissen oder aber besser beim vertrauten Hausarzt erfragen könn(t)en.

Das Vorhaben im Gesundheitstelematikgesetz, zukünftig personenbezogene Daten bei der „Gesundheitsvorsorge für die schulbesuchende Jugend" im Wege der neu geschaffenen Plattform zu erfassen, steht zudem eklatant im Widerspruch zur eigentlich im Regierungsprogramm vorgesehenen Erweiterung des Eltern-Kind-Passes bis zum 18. Lebensjahr.

Tatsache ist, dass es zurzeit weder eine effiziente Schulgesundheit noch eine funktionierende Kinder- und Jugendgesundheitsvorsorge nach dem vollendeten 5. Lebensjahr gibt. Das bisherige Schularztsystem versucht zwar beide Bereiche abzudecken, tatsächlich ist es aber veraltet und völlig unbrauchbar.

LINKS ZUR STUDIE

www.bmf.gv.at/themen/budget/finanzbeziehungen-laender-gemeinden/spending-reviews-studien-finanzausgleich.html

oder

https://door.donau-uni.ac.at/view/o:2555

FOTO // JenkoAtaman - stock.adobe.com

„Sollte die Datenplattform des Eltern-Kind-Passes tatsächlich mit schulärztlichen Untersuchungen verknüpft werden, **ist allein infolge des Kompetenzwirrwarrs im Bereich des Schulgesundheitswesens ein organisatorisch-administratives Chaos vorprogrammiert.**"

MAG. BERNHARD HAUBENBERGER IST JURIST BEIM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND.

VORSCHLAG DES GEMEINDEBUNDES POLITIK & RECHT

r die „Schülergesundheit Neu“

2) Aufgaben der Schule:

3) Schaffung interdisziplinärer Teams:

LINK ZUM THEMA

KOMMUNAL 12/2019 (Bild links) oder:
kommunal.at/bei-der-schuelergesundheit-sind-sach-und-hausverstand-gefragt

Der Österreichische Gemeindebund hat schon vor einigen Jahren seine Vorschläge präsentiert:

- So sollte der in der Verantwortung der Eltern und ihrer Vertrauensärzte liegende **Eltern-Kind-Pass bis zum 18. Lebensjahr erweitert werden.**
- **Periodische Vorsorgeuntersuchungen**, die alle Angelegenheiten betreffen, die für die Kinder- und Jugendgesundheit erforderlich sind, würden **beim vertrauten Hausarzt oder Kinderarzt** stattfinden (und nicht in einem „Schularztkammerl“).
- **Bundesweite Vorgaben würden standardisierte Untersuchungen sicherstellen.** Ein bundesweites Erfassungsprogramm (sinnvollerweise ELGA) würde Gewähr bieten, dass epidemiologisch relevante Daten tatsächlich erhoben, bundesweit standardisiert, einheitlich dokumentiert und statistisch (anonymisiert!) ausgewertet werden können.
- Wie bisher würde es **Aufgabe der Schule** sein, die von den Eltern an die Schule im Rahmen der Fürsorge- und Obsorgepflicht zu gebenden Informationen über Krankheiten und Defizite des Kindes in der Organisation und Unterrichtsarbeit zu berücksichtigen.
- **Auf Grundlage von anonymen (!) Auswertungen** der Daten des Eltern-Kind-Passes könnten gezielt bundesweite, aber auch spezifisch angepasste regionale Initiativen und Schwerpunkte (auch an Schulen) gesetzt und Aufklärungs- und Informationskampagnen sowie Präventionsprogramme durchgeführt werden.
- Um dem tatsächlichen und speziellen Bedarf an den Schulen Rechnung zu tragen, wäre die Möglichkeit des **Einsatzes interdisziplinärer Teams unter der Leitung und Koordinierung der Bildungsdirektion** (die für alle Schulen eines Bundeslandes zuständig ist) zu prüfen. Diesen Teams, die aus Schulpsychologen, Sozialarbeitern, Therapeuten, Pflegepersonal aber auch aus Ärzten bestehen können, käme die Aufgabe zu, bedarfsorientiert für einzelne Schulstandorte beratend und unterstützend zur Seite zu stehen.

GEMEINDEKONKURS

Ein **(un)tauglicher Ausweg** aus der Überschuldung?

Die finanzielle Lage der Osttiroler Gemeinde Matrei hat eine Diskussion befeuert, die in dieser Form weder neu noch überraschend ist. Die hohe Abhängigkeit von den Einnahmen des Bundes und damit nicht nur von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch von steuerpolitischen Maßnahmen des Bundes – wie der jüngsten Steuerreform auf Bundesebene – führt bei den Gemeinden regelmäßig zu einer Berg- und Talfahrt bei den Ertragsanteilen.

TEXT // MARTIN HUBER

Steigende Kreditzinsen sowie extreme Kostensteigerungen im Bereich des kommunalen Hoch- und Tiefbaus, der Energie, der Personalkosten und diverser Umlagen (vor allem im Sozial- und Gesundheitsbereich) führen dazu, dass die Vorlage eines ausgeglichenen Haushalts für immer mehr Gemeinden zum sprichwörtlichen Drahtseilakt wird.

Wie ist das Vorgehen bei einem Gemeindekonkurs? Zur Frage, ob ein geregeltes Insolvenzverfahren einen Ausweg aus einer chronischen Überschuldung bieten kann, dürfen bestimmte Gesichtspunkte nicht außer Acht gelassen werden. Grundsätzlich kennt die Österreichische Rechtsordnung (§ 15 EO) die Möglichkeit, dass gegen eine Gemeinde Exekution geführt werden kann, auch die theoretische Insolvenzfähigkeit ist in der Literatur unbestritten. Rechtsprechung gibt es zum Thema Gemeindekonkurs in Österreich wenig, der OGH hat sich lediglich ein einziges Mal – konkret im Jahr 1933 – im Fall der steirischen

FOTO // pathdoc - stock.adobe.com

Für die Insolvenz nach der Insolvenzordnung (§§ 66 f. Konkursordnung) wäre auch eine rechnerische Überschuldung (vereinfacht dargestellt das negative Verhältnis des bestehenden Gemeindevermögens zu den Verbindlichkeiten der Gemeinde) alleine nicht ausreichend.

„Dass Matrei ein harter Sparkurs bevorsteht, ist unbestritten, **eine Gemeindeinsolvenz ist aber generell keine verhältnismäßige Lösung.“**

Gemeinde Donawitz mit dem Konkurs einer Gemeinde auseinandersetzen müssen.

Die Erfolgsaussichten einer solchen Insolvenz aus Sicht der Gläubiger sind aber mehr als fraglich: Die Exekution kann nur hinsichtlich der Vermögensbestandteile einer Gemeinde bewilligt werden, welche die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben bzw. der öffentlichen Interessen nicht benötigt. Straßen, Kindergärten, Schulgebäude, das Rathaus, die IT-Anlage im Bauamt, Schneeräumfahrzeuge, der Kinderspielplatz, Mülltonnen, das Kanalsystem und vieles mehr – abgesehen davon, dass es für viele Vermögensbestandteile in der Praxis gar keine „praktische“ Verwertungsmöglichkeit gibt, dienen diese nahezu alle den öffentlichen Interessen der Bevölkerung und sind damit von vornherein nicht „exekutionsfähig“.

Eine Verpfändungsbeschränkung hinsichtlich ihrer Abgabenrechte, Ertragsanteile und vermögensrechtlicher Ansprüche, die den Gemeinden aufgrund des Finanzausgleichs gegenüber dem Bund oder anderen Gebietskörperschaften zustehen, enthält zudem § 16 Absatz 2 F-VG. Gegen diese Ansprüche und Rechte ist auch keine Zwangsvollstreckung möglich, allerdings kann das Finanzministerium auf Antrag der Landesregierung Ausnahmen von diesem Verbot bewilligen.

Für die Insolvenz nach der Insolvenzordnung (§§ 66 f. Konkursordnung) wäre auch eine rechnerische Überschuldung (vereinfacht dargestellt das negative Verhältnis des bestehenden Gemeindevermögens zu den Verbindlichkeiten der Gemeinde) alleine nicht ausreichend, sondern es müsste auch kumulativ eine negative Fortbestehensprognose vorliegen – wie Letztere aussehen könnte, wirft viele Fragen auf. Zudem würde eine Insolvenz die strukturellen Probleme einer Gemeinde nicht nachhaltig lösen.

Welche Auswirkungen hat der Fall Matrei auf andere Gemeinden? Ein Gemeindekonkurs hätte schließlich drastische Auswirkungen für alle Gemeinden. Die Erhöhung der Sicherheitsaufschläge im Bereich der Finanzierung würde mit großer Wahrscheinlichkeit (jährlich) ein Vielfaches jener Kosten für die öffentliche Hand auslösen, die mit einem einzigen Gemeindekonkurs verbunden wären. Mit anderen Worten: Die eigentliche „Zeche“ eines solchen Konkurses könnte dann alle Gemeinden Österreichs treffen.

„Eine Exekution kann nur hinsichtlich der Vermögensbestandteile bewilligt werden, **welche die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben bzw. der öffentlichen Interessen nicht benötigt.“**

Im Ergebnis zeigt sich, dass ein „Gemeindekonkurs“ – obwohl die österreichische Rechtsordnung ihn nicht ausdrücklich ausgeschlossen hat – sehr unwahrscheinlich ist und mit einem unüberschaubaren Kollateralschaden für die anderen Kommunen verbunden wäre. Dass Matrei ein harter Sparkurs bevorsteht, ist unbestritten, eine Gemeindeinsolvenz ist aber generell keine verhältnismäßige Lösung. Sowohl die geltende Finanzverfassung (§ 12 F-VG 1948) als auch das Finanzausgleichsgesetz (§ 12 Abs. 1 FAG 2017) enthalten Bestimmungen, mit denen die Erfüllung der kommunalen Pflichtaufgaben sichergestellt und die Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichts bzw. die Abfederung besonderer Härten erzielt werden sollen. Derzeit benötigen die meisten Bundesländer nur einen überschaubaren Teil dieses kommunalen „Notgroschens“ im Rahmen der BZ-Mittel. Schließlich befinden wir uns gerade auch in der „heißen“ Phase der Finanzausgleichsverhandlungen, bei denen Bund und Länder finanzverfassungsgesetzlich darauf achten müssen, dass die Grenzen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Gemeinden nicht überschritten werden. Die Berichterstattung über die großen Herausforderungen, vor denen die Gemeinde Matrei steht, ist ein recht guter Zeitpunkt, diese Verpflichtung des § 4 F-VG bei Bund und Ländern einmal mehr in Erinnerung zu rufen.

DR. MARTIN HUBER IST JURIST UND GESCHÄFTSFÜHRER DES SALZBURGER GEMEINDEVERBANDES

FOTO // Philip Steury - stock.adobe.com

FINANZAUSGLEICH AB DEM JAHR 2024

Mutig in **die neuen Zeiten?**

Der Text ist zwar schon ein Dreivierteljahrhundert alt, dennoch könnte und sollte der Beginn der dritten Strophe unserer Bundeshymne auch als Leitspruch für die aktuellen Verhandlungen zum Finanzausgleich ab dem Jahr 2024 dienen.

TEXT // KONRAD GSCHWANDTNER

Vor allem im Gesundheitswesen und im Pflegebereich braucht es dringend mutige Reformen: gegen überlastete Ambulanzen, Unterversorgung im ländlichen Raum, fehlendes Personal und gegen die ausufernden Kosten auf Landes- und Gemeindeebene. Aber auch in den Kernbereichen des Finanzausgleichs besteht Handlungsbedarf. Beispielsweise braucht es eine Erhöhung der gemeinsamen Dotation für die Investitionen in die Siedlungswasserwirtschaft, mehr Unterstützung für strukturschwache Gemeinden und vor allem eine substanzielle Erhöhung der Ertragsanteile der Länder und Gemeinden, um ihre Pflichtaufgaben auch weiterhin erfüllen zu können.

Herausforderungen werden nicht kleiner. Die fiskalischen Herausforderungen sind in den letzten Monaten nicht gerade geringer geworden. Die Inflation hält sich hartnäckig, die Zinsen werden von der EZB immer weiter erhöht (der 6-Monats-EURIBOR lag vor einem Jahr noch im Minus und nun bei fast vier Prozent) und die Gehaltsabschlüsse liegen teilweise schon über der Zehn-Prozent-Marke. Dem stehen im heurigen Jahr gegenüber dem Vorjahr sogar leicht rückläufige Ertragsanteile gegenüber (Stichwort Steuerreformen – etwa die Abschaffung der kalten Progression), wie die nebenstehende Tabelle mit der aktuellen Ertragsanteile-Prognose des BMF bis 2027 zeigt. Das sozusagen natürliche jährliche Wachstum der Steuereinnahmen und Ertragsanteile liegt in Normaljahren im Bereich von vier bis fünf Prozent, was nach BMF-Einschätzung ab 2024 auch wieder der Fall sein soll. Dem stehen auf kommunaler Seite in den meisten Bereichen aber deutlich höhere Ausgabensteigerungen gegenüber. Nachdem spätestens 2023 allfällige Polster aus dem überraschend guten Jahr 2022 aufgebraucht sind, werden die kommenden Jahre eine große Herausforderung für die Gemeinden werden.

> „Das BMF ist im Mai von einigen Radikalforderungen abgerückt. **Letztlich braucht es aber nicht nur Geld, sondern auch den Mut, Reformen durchzuführen.“**

Ohne Bewegung keine Reformen. Seit Mitte Jänner tagen im Zwei-Wochen-Rhythmus die drei Arbeitsgruppen (AG Finanzausgleich Kernthemen, AG Gesundheit und AG Pflege). Zur AG Gesundheit wurden nach und nach auch noch mehrere Unterarbeitsgruppen eingesetzt. Nachdem in der ersten Phase der Finanzausgleichsverhandlungen im Jänner und Februar vor allem die grundlegenden Forderungspapiere mit teils deutlich überzogenen Erwartungen ausgetauscht wurden, erfolgten seither in den Arbeitsgruppen sehr konstruktive Gespräche. Eine Vielzahl von Konzepten und Lösungsvorschlägen liegt auf dem Tisch. Im Gesundheitsbereich signalisieren die Länder, unterstützt von der

KONRAD GSCHWANDTNER, BAKK. BA., IST FACHREFERENT IN DER ABTEILUNG RECHT & INTERNATIONALES DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

Gemeinde-Ertragsanteile bis 2027 (in Mio. EUR)

	2023	%	2024	%	2025	%	2026	%	2027	%
Bgld.	339,2	**0,1%**	350,6	**3,4%**	370,8	**5,8%**	387,9	**4,6%**	406,7	**4,8%**
Ktn.	809,2	**0,4%**	833,9	**3,1%**	881,9	**5,8%**	922,5	**4,6%**	967,0	**4,8%**
NÖ	2.183,8	**-0,7%**	2.277,0	**4,3%**	2.401,9	**5,5%**	2.511,1	**4,5%**	2.632,1	**4,8%**
OÖ	2.078,0	**-0,6%**	2.167,8	**4,3%**	2.285,4	**5,4%**	2.390,6	**4,6%**	2.506,7	**4,9%**
Sbg.	913,5	**-0,1%**	942,9	**3,2%**	996,6	**5,7%**	1.042,1	**4,6%**	1.091,9	**4,8%**
Stmk.	1.652,6	**-0,5%**	1.719,3	**4,0%**	1.813,5	**5,5%**	1.896,6	**4,6%**	1.988,1	**4,8%**
Tirol	1.168,2	**-1,3%**	1.223,6	**4,7%**	1.287,2	**5,2%**	1.345,0	**4,5%**	1.408,8	**4,7%**
Vbg.	635,6	**-1,3%**	666,3	**4,8%**	700,5	**5,1%**	732,0	**4,5%**	766,7	**4,7%**
Wien	3.588,5	**-2,2%**	3.753,7	**4,6%**	3.952,5	**5,3%**	4.133,0	**4,6%**	4.330,4	**4,8%**
Gesamt	**13.368,6**	**-1,0%**	**13.935,3**	**4,2%**	**14.690,3**	**5,4%**	**15.360,8**	**4,6%**	**16.098,3**	**4,8%**

DATENQUELLE: BMF II/3, kassenmäßige Ertragsanteile, Prognose 4/2023, GZ 2023-0.275.823

Gemeindeebene, seit Monaten große Reformbereitschaft und sind dafür auch bereit, etwa den Sozialversicherungen Mitsprache im Krankenanstaltenbereich einzuräumen. Bis Mai mit überschaubarer Resonanz aufseiten des Bundes, der in den zentralen Themen der zuständige Gesetzgeber ist, und auch aufseiten der Sozialversicherung, die sich in den Verhandlungen gerne auf ihr Selbstverwaltungsrecht zurückzieht.

Erstes Entgegenkommen des Bundes. Wenngleich die zweite politische FAG-Runde am 2.5.2023 keine großen Fortschritte brachte, kann sie möglicherweise doch als Wendepunkt der Verhandlungen angesehen werden. Zum einen ist das BMF von einigen Radikalforderungen wie dem Auslaufen der gemeinsamen Förderung der Siedlungswasserwirtschaft oder des Strukturfonds abgerückt, zum anderen zeichnete sich in den Folgewochen vor allem im Gesundheitsbereich Bewegung ab. Nachdem sich Mitte Mai der Gesundheitsminister und die Länder bereits angenähert hatten, kündigte der Finanzminister wenige Tage danach an, dass der Bund durchaus bereit ist, für strukturelle Reformen Geld zur Verfügung zu stellen. Letztlich braucht es aber nicht nur das Geld, sondern auch den Mut, Reformen selbst bei stürmischem Gegenwind einzelner Stakeholder durchzuführen.

Durchaus positiv wiederum haben Gemeindebund und Städtebund die Aufforderung des Finanzministers im Rahmen der Sitzung am 2.5.2023 aufgenommen, doch ihre Vorstellung für eine Reform der Grundsteuer B vorzulegen. Wenngleich die Gemeindebünde in den letzten Jahren den verschiedenen Finanzministern schon einige Reformvorschläge (von einer vereinfachten Einheitsbewertung über das Grazer bis hin zum Altlengbacher Modell) zur Grundsteuer B gemacht haben, werden wir dieser Aufforderung in den nächsten Wochen gerne nachkommen. Klar ist hierbei aber, dass im Fall einer Reform die politische Verantwortung für allfällige Steuererhöhungen wohl nicht vom Bund übernommen werden wird.

Dem natürlichen jährlichen Wachstum der Steuereinnahmen und Ertragsanteile stehen auf kommunaler Seite in den meisten Bereichen deutlich höhere Ausgabensteigerungen gegenüber. Nachdem spätestens 2023 allfällige Polster aus dem überraschend guten Jahr 2022 aufgebraucht sind, werden die kommenden Jahre eine große Herausforderung für die Gemeinden werden.

Die nächsten Schritte. Im Juni sollen die Verhandlungen auf Expertenebene weitgehend abgeschlossen sein. Natürlich werden dann noch längst nicht alle Zahlen vereinbart oder Reformwege fixiert sein, sondern es wird vor dem Sommer abermals eine politische Runde brauchen, die entsprechenden Entscheidungen zu treffen, damit im Sommer die legistischen und die Arbeiten am Paktum erfolgen können. Eine der zentralen Forderungen der Länder und Gemeinden, die in der besonders starken Ausgabendynamik in Bereichen wie Gesundheit, Pflege und (Elementar-)Bildung begründet liegt, wird wohl erst ganz am Ende der FAG-Verhandlungen entschieden werden. Nämlich jene nach der notwendigen deutlichen Erhöhung des einheitlichen Abgabenschlüssels, also der vertikalen Ertragsanteile der Länder und Gemeinden.

FUNDRECHTSNOVELLE 2023 SEIT 1. MAI IN KRAFT

Weniger Aufbewahrung, **mehr Entlastung**

Die Frist für den Eigentumserwerb von Gegenständen mit einem Wert von 100 Euro oder weniger ist auf ein halbes Jahr verkürzt. Damit sollen die Lagerkosten für Fundämter verringert werden. Doch bevor diese Regelung beschlossen wurde, waren noch wichtige Klarstellungen zu treffen, um zivilrechtliche Folgen für alle Beteiligten zu vermeiden.

TEXT // BERNHARD HAUBENBERGER

In Österreich wurden im Jahr 2021 rund 170.000 Fundgegenstände abgegeben. 37,4 Prozent davon wurden von den Verlustträgern wieder abgeholt, und das überwiegend in den ersten sechs Monaten nach dem Verlust (37 Prozent). Ab dem siebten Monat nach einem Verlust wurden überhaupt nur noch 0,4 Prozent der verlorenen Gegenstände abgeholt. Dennoch mussten bisher alle Gegenstände, ganz gleich welchen Wert sie haben, für ein Jahr aufbewahrt werden, was mit beträchtlichen Lagerkosten für etliche Fundämter verbunden ist.

Frist für Eigentumserwerb wird reduziert. Bislang erwarb ein Finder das Eigentum an einer gefundenen Sache, wenn diese innerhalb eines Jahres von keinem Verlustträger angesprochen wurde. Mit der am 1. Mai in Kraft getretenen Änderung der Bestimmung des § 395 ABGB wird die Frist für den Eigentumserwerb für Sachen, deren gemeiner Wert im Zeitpunkt des Fundes 100 Euro nicht übersteigt, von einem auf ein halbes Jahr reduziert. Die neue Regelung ist auf Fundgegenstände anzuwenden, die ab dem 1. Mai 2023 der Fundbehörde angezeigt werden.

Zwar wurde – in Anbetracht der geringen Ausfolgungen nach sechs Monaten – von Seiten des Gemeindebundes eine generelle Fristverkürzung auf ein halbes Jahr (unabhängig vom Wert) präferiert, hierzu konnte aber keine Einigung erzielt werden. Es ist aber davon auszugehen, dass auch mit der Einziehung einer Wertgrenze von 100 Euro (Aufbewahrungsfrist von nur einem halben Jahr) eine spürbare Entlastung in einigen Fundämtern einhergehen wird.

„Bislang mussten alle Gegenstände, ganz gleich welchen Wert sie haben, für ein Jahr aufbewahrt werden, **was mit beträchtlichen Lagerkosten für etliche Fundämter verbunden ist.**“

MAG. BERNHARD HAUBENBERGER IST FACHREFERENT IN DER ABTEILUNG RECHT & INTERNATIONALES DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

FOTO // blende11.photo - stock.adobe.com

Von Bedeutung ist, dass die Beurteilung des gemeinen Wertes des Fundgegenstandes im Wege einer groben Schätzung durch die Fundbehörden erfolgen kann. Der geringe Wert vieler Gegenstände rechtfertigt es nicht, kostenintensive Wertgutachten zu erstellen.

Vor Beschlussfassung wurden aber noch wichtige Klarstellungen getroffen: So ist von Bedeutung, dass die Beurteilung des gemeinen Wertes des Fundgegenstandes im Wege einer groben Schätzung durch die Fundbehörden erfolgen kann. Der geringe Wert der Gegenstände rechtfertigt es nicht, kostenintensive Wertgutachten zu erstellen.

Kann der Wert des Fundgegenstandes im Zuge der Grobschätzung nicht eindeutig unter oder über 100 Euro geschätzt werden, wird im Zweifelsfall zugunsten des Verlustträgers von einem Wert über 100 Euro auszugehen sein. Der Fundgegenstand sollte in diesen Fällen von den Fundbehörden weiterhin ein Jahr aufbewahrt werden.

Beansprucht der Finder die Ausfolgung bereits nach sechs Monaten, weil er der Meinung ist, dass der Wert der Fundsache unter 100 Euro beträgt, liegt die Beweislast für das Vorliegen dieser Voraussetzung beim Finder. Er müsste dann, so die Klarstellung in den Erläuterungen, im Rahmen des Herausgabeanspruchs den geringeren Wert nachweisen. Damit werden im Verhältnis Finder – Fundbehörde, aber auch Verlustträger – Fundbehörde zivilrechtliche Folgen vermieden.

Auf unserer Website finden Sie einen Leitfaden zum neuen Fundwesen: **kommunal.at/fundrechtsnovelle-2023-beschlossen**

EU DABEI

Europa **selbst sehen und erleben**

Es ist kein Geheimnis, dass die EU-Gesetzgebung mehr und mehr direkt auf die Gemeinden wirkt. An aktuellen Beispielen mangelt es nicht, medial im Fokus stehen aktuell Energieeffizienzrichtlinie, Gebäuderichtlinie und Erneuerbare Energierichtlinie – hier geht es schon bald in die Umsetzung.

Die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur regt noch hinter den Kulissen die Gemüter auf, die kommunale Abwasserrichtlinie muss nicht gesondert erwähnt werden, der Gemeindebezug findet sich schon im Titel. Viele Baustellen also, wo kommunales Lobbying wichtig ist. Bereiche, in denen Praxisbeispiele und Expertenwissen gefragt sind. Wo es in der Umsetzung nicht nur um den Absatz bestimmter Produkte geht, sondern darum, die Bevölkerung mitzunehmen und notwendige öffentliche Investitionen auch bezahlen zu können. Das direkte Gespräch zwischen Gemeinde und EU-Politik ist in der Interessenvertretung unerlässlich. Bürgermeister, Gemeinderäte und Amtsleiter haben täglich mit dem örtlichen Gebäudebestand, digitalen Herausforderungen in der Verwaltung, Genehmigungs- und Widmungsverfahren oder Umwelt- und Biodiversitätsschutz zu tun. Sie wissen, was möglich ist und welche Vorschläge und Neuerungen wie viel kosten, sie kennen die Befindlichkeiten vor Ort. Und direkte Gespräche tragen zum besseren Verständnis bei. Diesen Frühling packten besonders viele Gemeindevertreter die Gelegenheit beim Schopf und machten sich auf nach Brüssel und Straßburg.

FOTOS // Gemeindebund

Brüssel-Besuch auf Einladung von MEP Angelika Winzig mit OÖ-Gemeindebund-Präsident Christian Mader (ganz rechts) und LR Michaela Langer-Weninger

Nicht nur Verbandsdelegationen machten sich auf den Weg, auch einzelne Gemeinden wie Straß in der Steiermark reisten mit Bürgermeister, Gemeindevorstand und Mitarbeitern an. Bgm. Höflechner und AL Deutschmann brachten der Brüsseler Büroleiterin des Gemeindebundes und gebürtigen Straßerin, Daniela Fraiss, Kernöl mit (kleines Bild).

Der nö. Gemeindebund traf sich auf Einladung von MEP Lukas Mandl in Straßburg und führte unter anderem Gespräche mit EU-Parlaments-Vizepräsident Othmar Karas, EVP-Fraktionsführer Manfred Weber und Berichterstatter César Luena, der die für die Gemeinden wichtige Wiederherstellungsverordnung verhandelt.

BÜRGERMEISTERINNEN-KONFERENZ IN BERLIN

Gesucht: **Mehr Frauen** für die Kommunalpolitik

Nach einer gemeinsamen Bürgermeisterinnentagung in Wien im Vorjahr trafen sich nun Vertreterinnen aus Österreich, der Schweiz und Deutschland am 11. und 12. Mai zum ersten gemeinsamen Bürgermeisterinnenkongress in Berlin.

Prominente Unterstützung bekam das Frauennetzwerk dabei von den „First Ladys" von Deutschland und Österreich, Elke Büdenbender und Doris Schmidauer – sie sind die Schirmherrinnen des länderübergreifenden Bürgermeisterinnenkongresses.

Während der Beratungen wurde deutlich, dass eine Neuausrichtung der Politik in Städten und Gemeinden mit dem Ziel, kommunale Funktionen für Frauen attraktiver zu gestalten, nicht nur aus Gründen der Gleichberechtigung notwendig ist. Mehr Frauen in verantwortlichen Funktionen verbessern die Qualität der politischen Entscheidungen und verändern den Blick auf die Herausforderungen vor Ort.

„Die politischen Systeme in unseren drei Ländern sind unterschiedlich. Doch die Hürden, die die Bürgermeisterinnen bewältigen, sind sehr ähnlich. Um diese aus dem Weg zu räumen, brauchen wir Zusammenhalt, Erfahrungsaustausch und Vernetzung. Gemeinsam erörtern wir, wie unsere Bürgermeisterinnen in ihrer Arbeit unterstützt werden können und welche strukturellen Änderungen es braucht, damit mehr Frauen in die (Kommunal-)Politik einsteigen", erklärte Doris Schmidauer, Schirmherrin und Ehefrau von Alexander van der Bellen.

Elke Büdenbender, Schirmherrin und Gattin des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, sagte: „Entscheidungen auf kommunaler Ebene haben direkte Auswirkungen auf die Lebenswelt der Menschen. Deshalb müssen Frauen gleichberechtigt mitentscheiden. Länderübergreifend haben wir Lösungen gesucht, wie wir mehr Frauen in die Kommunalpolitik bekommen und die, die schon aktiv sind, darin halten können. Eine familienfreundliche Arbeitskultur, eine gezielte Förderung von Frauen, ein Miteinander von Frauen und Männern auf Augenhöhe und ein konsequentes Vorgehen gegen Hass und Hetze in den sozialen Medien sind Teil der Lösung."

Auf der Konferenz wurde eine gemeinsame Erklärung verabschiedet. Unter dem Titel „Bürgermeisterinnen sind Mutmacherinnen für Frauen" formulierten die Bürgermeisterinnen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz sechs konkrete Forderungen und setzen sich darin für eine nachhaltige Erhöhung der Zahl von Frauen in der Kommunalpolitik ein, um nicht zuletzt auch den Frauenanteil in Spitzenpositionen in der Kommunalpolitik und anderen Bereichen zu steigern. Angefangen von ihrer Rolle als Vorbilder und Mutmacherinnen für andere Frauen fordern die Bürgermeisterinnen in der Erklärung unter anderem flexiblere Arbeitszeitmodelle,

Bild oben: Im Rahmen der zweiten Konferenz in Berlin kamen rund 100 Kommunalpolitikerinnen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zusammen, um über Ideen und Konzepte für eine weiblichere Kommunalpolitik zu diskutieren.
Bild rechts: Die „First Ladies" Elke Büdenbender (2.v.l.) und Doris Schmidauer (2.v.r.) mit den Delegationsleiterinnen in Berlin.
Bild ganz rechts: Intensiver Austausch mit den Frauensprecherinnen der Bundestagsfraktionen.

neue Sitzungsstrukturen, aber auch die Forcierung von Netzwerken und Nachwuchsförderung sowie den Aufbau von länderübergreifenden Statistiken zu Frauen in der Kommunalpolitik.

„Bürgermeisterinnen sind Mutmacherinnen für alle Frauen“, so die Bürgermeisterinnen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz unisono. „Wir brauchen noch mehr von diesen Vorbildern in der Kommunalpolitik – für Führungspositionen genauso wie für Vereine oder in der Verwaltung.“ Zudem ist für die Bürgermeisterinnen klar: „Wo Frauen Verantwortung übernehmen, ist auch das soziale Klima ein anderes: Auch das Miteinander ist wichtig.

Wir brauchen Diversität im Denken und Handeln. Das macht unsere Entscheidungen besser und zukunftsfähiger. Der wertschätzende Umgang und respektvolle Diskussionen schaffen eine andere Form des Miteinanders. Und davon braucht es viel mehr in unserer Gesellschaft.“

Auf dem Weg zu dem Ziel, mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen, sind viele Schritte notwendig. Das Treffen der Bürgermeisterinnen aus den drei Staaten soll nach der ersten Bürgermeisterinnenkonferenz in Wien 2022 ein weiterer Meilenstein in der nachhaltigen Förderung dieses Themas sein. Das nächste Treffen 2024 ist bereits avisiert.

BILDUNGSREISE DES GEMEINDEBUNDES

„Vorbild Schweden?“

Die traditionelle Fach- und Bildungsreise führte eine Abordnung des Österreichischen Gemeindebundes vom 26. bis 28. April nach Schweden. Genauer gesagt in die Hauptstadt Stockholm und die umliegende Region. Schweden wird ja häufig als Vorbild in verschiedenen Politikfeldern genannt, sei es bei der Digitalisierung, bei der Transparenz oder bei der Kinderbetreuung. Der Blick hinter die Kulissen und die Gespräche mit vielen Kommunalvertretern zeigen aber ein durchaus differenzierteres Bild.

TEXT // ANDREAS STEINER

Schon der Blick aus dem Flugzeug beim Landeanflug auf Stockholm zeigt ein wasser- und inselreiches Land, das mit vielen landschaftlichen Schönheiten punkten kann. Tatsächlich gibt es im 410.000 Quadratkilometer großen Schweden mehr als 220.000 Inseln und 96.000 Seen. Dementsprechend groß ist auch die „Bootsdichte“ im Land. Allein in der fast eine Million Einwohner zählenden Hauptstadt Stockholm soll es 200.000 private Boote geben. In der parlamentarischen Monarchie Schweden gibt es insgesamt 290 Kommunen, die im Vergleich zu Österreich nicht nur größer, sondern auch mit viel mehr Kompetenzen und auch Finanzen ausgestattet sind. Die kleinste Gemeinde Schwedens hat etwa 2.500 Einwohner auf einer Fläche von 1.360 km². Schweden hat eine lange Tradition eines starken dezentralen Systems mit einer starken lokalen Verwaltung. So spielt auch die Bürgerbeteiligung in den Kommunen eine große Rolle. Regelmäßige Versammlungen mit den Bürgern sorgen für Transparenz. Die Bürgermeister (Gemeindevorsitzende: „kommunstyrelsens ordförande“) werden vom Gemeinderat („kommunfullmäktige“) gewählt. In Schweden gibt es insgesamt 14.000 gewählte Gemeinderäte. Alle vier Jahre finden Wahlen auf allen Ebenen statt.

Am Beginn der Reise standen eine kurze Stadtführung mit Besichtigung des Rathauses, wo die Nobelpreis-Verleihungen stattfinden, und eine Schifffahrt im sogenannten Stockholmer „Schärengarten“, einer reizvollen Landschaft mit mehr als 30.000 Inseln direkt vor den Toren der Stadt. Die Stadt selbst wurde nie durch Krieg zerstört und bietet daher einige architektonische Highlights. Die letzten blutigen Auseinandersetzungen gab es hier im Jahr 1510 im sogenannten Stockholmer Blutbad. So findet sich überall Alt- neben Neubau und natürlich der Bauhaus-Stil, der in Schweden ab 1930 unter dem Namen Funktionalismus populär wurde. Ein weiteres Highlight ist das berühmte Vasa-Museum, wo man das im Jahr 1628 bei der Jungfernfahrt gesunkene königliche Kriegsschiff Vasa im Original besichtigen kann: jedenfalls ein imposanter und beeindruckender Anblick. Ein Wort noch zur schwedischen Mentalität: Schon

FOTOS//GEMEINDEBUND

beim Ankommen wurde uns klar, die Schweden nutzen nicht nur ständig das Du-Wort, sie sind auch geduldiger und viel ruhiger. Stress und unnötige Aufregung sind offenbar keine Kategorien im schwedischen „Way of Life“. Viele Schweden beherrschen auch in Grundzügen die deutsche Sprache, da sie als Fremdsprache in den Schulen gelehrt wird.

So viel zu den Besichtigungen. Im Fokus der Bildungsreise stand natürlich der intensive Austausch mit den schwedischen Kolleginnen und Kollegen. Den Startschuss machte ein Treffen mit Leif Sandberg, dem Vizepräsidenten des schwedischen Gemeindeverbandes SALAR („Swedish Association of Local Authorities and Regions“), und seinen Kollegen. SALAR vertritt alle Gemeinden und die 21 Regionen und ist auch Arbeitgeber der Gemeindebediensteten. Insgesamt sind über den Verband mehr als 1,2 Millionen Menschen angestellt, was ihn zum größten Arbeitgeber Schwedens macht, der 25 Prozent des BIP erwirtschaftet. Die schwedischen Kommunen kämpfen aktuell mit dem wirtschaftlichen Einbruch. So haben die Kommunen zwar umfangreiche Steuereinhebungsrechte, aber bekommen dann vom Staat keine Kompensation, wenn die Wirtschaftsleistung zurückgeht und damit Steuereinnahmen sinken. So fehlen den Gemeinden im heurigen Jahr etwa 2,2 Milliarden Euro (24 Milliarden Kronen). Außerdem fehlen auch allerorts Fachkräfte. Im öffentlichen Bereich würden eigentlich 188 Prozent der Schulabgänger gebraucht. Daher will man auch mit gezielter Zuwanderung neue Personengruppen anwerben. Auch die Gemeinden sind bei der Integration gefordert.

Teuerung und Krieg setzen auch den Wohnungsmarkt unter Druck. Im ganzen Land gibt es einen Mangel an Wohnraum, auch in den ländlichen Regionen. Baukostensteigerungen von zuletzt 16 Prozent erhöhen den Druck. Die Planungshoheit für neue Wohnbauten liegt bei den Gemeinden, die in eigenen Wohnbaugesellschaften aktiv werden. Genossenschaftlichen Wohnbau kennt man hingegen nicht.

Beim Glasfaserausbau ist Schweden Österreich meilenweit überlegen. Die 200 lokalen Netze gehören den Gemeinden und 125 Anbieter verkaufen über diese Netze ihre Angebote. Mittlerweile sind 84,5 Prozent aller Haushalte ans Glasfasernetz angeschlossen. Ein Grund für das große Digitalisierungsverständnis liegt auch darin, dass es vom Staat Anfang der 1990er-Jahre einen Zuschuss für den Kauf von privaten PCs gab. Im ländlichen Raum wird auch in Schweden aktuell darüber diskutiert, ob jedes Haus mit Glasfaser angeschlossen werden kann oder ob nicht mobile Netze kostengünstiger wären. Der Umgang mit Daten ist in Schweden auch in Sachen privater Daten ein völlig anderer. So findet man im Internet ganz selbstverständlich die Steuerdaten des Nachbarn, seine Haustiere und seinen Familienstand. Wichtiges Thema für die Gemeinden ist vor allem die Standardisierung von Daten und damit einhergehend auch das Vertrauen in die Daten.

Im Fokus der Bildungsreisen steht neben dem inhaltlichen Austausch mit den Partnerverbänden immer auch der Blick in die Gemeinden. Am Programm standen Besuche in den Gemeinden Värmdö und Nacka im Ballungsraum von Stockholm. Der erste Stopp führte uns nach Värmdö, eine Kommune mit 46.000 Einwohnern und 11.000 Inseln auf insgesamt 2.980 km². Bürgermeister Carl Kangas empfing uns in einer seiner Schulen, die eine Pilotschule in Sachen „Smarte Schule“ ist. Generell muss man feststellen, dass Schweden als kinderfreundliches Land gilt. Für Männer ist es selbstverständlich, auch Elternurlaub zu nehmen. Sitzungen spätabends sind verpönt und die Beschäftigungsquote der Frauen ist höher. Auch im Schulsystem gibt es breite Angebote für frühe Betreuung. So können Kinder ab dem ersten Lebensjahr in die „Vorschule“ (bis zum sechsten Lebensjahr) gehen. Eltern haben das Recht, jede Schule frei zu wählen. Die Schulen bekommen dann das Geld nach Anzahl der Schüler zugewiesen.

Nun zurück zu unserer Schule. Das Motto der Direktorin: „Technik wird unser Freund!“ Die smarte Schule will die digitalen Möglichkeiten nutzen und hat eine digitale Schüler-Lehrer-Eltern-Plattform aufgebaut, über die Hausaufgaben, Schulinfos und Krankmeldungen abgewickelt werden. Im digitalen Klassenzimmer kommunizieren nur die Lehrer mit den Schülern. Im Fokus der Schule steht die Frage, wo Technik helfen kann, die eigene Arbeit zu erleichtern und auch Arbeitsschritte einzusparen. So soll ein Check-in-System die Nachmittagsbetreuung erleichtern, indem Eltern bei der Abholung ihre Kinder (und größere Kinder sich selbst) auschecken. Bisher musste ein Lehrer dafür abgestellt werden. Die digitalen Erfahrungen aus der smarten Schule werden in der Gemeinde auch »

„Beim Glasfaserausbau ist Schweden Österreich meilenweit überlegen. Die 200 lokalen Netze gehören den Gemeinden und 125 Anbieter verkaufen über diese Netze ihre Angebote.“

Gemeinden in Schweden

Gemeinde (schwedisch „kommun", daher auch manchmal als Kommune übersetzt) ist die Bezeichnung für eine Verwaltungseinheit in Schweden im Rahmen der Verwaltungsgliederung des Landes.

Der deutsche Ausdruck Gemeinde kann zu Missverständnissen führen, da das schwedische Verwaltungssystem anders funktioniert und die schwedischen Kommunen andere Aufgaben haben als österreichische. Darüber hinaus gibt es in Schweden keine Unterteilung in Städte und Gemeinden, sodass die Übersetzung Gemeinde für den schwedischen Begriff „kommun" den Eindruck erwecken kann, als handle es sich dabei um eine kommunale Einheit mit geringer Bevölkerungszahl. Doch auch die größten Städte Schwedens, Stockholm, Göteborg und Malmö, sind vom Status her eine kommun.

Historisch bestand eine Unterscheidung nach den Gemeindetypen Stadtgemeinde (stadskommun), Marktgemeinde (köping) und Landgemeinde (landskommun), diese wurde aber in den 1970er-Jahren abgeschafft.
Die Gemeinden (sog. Primärkommunen), deren Zahl sich von 1952 bis heute durch Zusammenlegungen von ungefähr 2.500 auf 290 verringert hat, sind mit der Durchführung von Aufgaben im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung betraut.

Wichtige Aufgaben sind unter anderem die Kinderbetreuung, das Schulwesen (Grundschulen und Gymnasien), der Sozialdienst, die Altenpflege und die Betreuung von Behinderten, die Städteplanung und das Bauwesen.
Gemeinden finanzieren ihre Tätigkeit vor allem durch die Erhebung direkter Einkommensteuern.

LINK ZU SALAR

https://skr.se/skr/englishpages.411.html

SALAR, der schwedische Verband lokaler Behörden und Regionen (SALAR), ist ein Arbeitgeberverband und eine Organisation, die die Kommunalverwaltung in Schweden vertritt. Alle schwedischen Gemeinden und Regionen sind Mitglieder von SALAR.

Stockholms Rathaus (ganz unten, hier wird der Nobelpreis verliehen) und eine Bootsfahrt durch den „Schärengarten" (links) stand am Beginn der Bildungsreise. Erste Kontakt- und Arbeitshöhepunkte waren das Treffen mit SALAR-Vizepräsident Leif Sandberg (unten) und der Besuch der Gemeinde Nacka (unten) mit etwa 110.000 Einwohnern. Bürgermeister Mats Gerdau will die dynamisch wachsende Gemeinde zur „Besten Gemeinde Schwedens" machen – 2022 hat man bereits den Gemeindepreis „Qualitätsgemeinde Schwedens" erhalten.

FOTOS//GEMEINDEBUND

Eines konnte die Gemeindebund-Delegation in Schweden feststellen: Bei allen Vorbildprojekten zeigte der Blick hinter die Kulissen der Gemeinden auch eine überbordende Bürokratie, die viele Entwicklungen bremst und auch die Verwaltung lähmt. Wenn nicht engagierte Bürgermeister vorangehen, gibt es eher weniger Veränderungsbereitschaft.

für digitale Lösungen in der Verwaltung, bei der Müllabfuhr und Co genutzt. Die Lehrer sind bei den Gemeinden angestellt, was auch einen Wettbewerb zwischen Gemeinden und Schulen bringt. Allein in der von uns besuchten Schule arbeiten 96 Lehrkräfte mit 760 Schülern. Kurz gesagt: Wer mehr zahlt und bessere Arbeitsbedingungen bietet, bekommt die besseren Lehrkräfte. Das erhöht wiederum den Druck auf Gemeinden, die finanziell und organisatorisch nicht mithalten können.

In der Gemeinde Nacka mit etwa 110.000 Einwohnern trafen wir Bürgermeister Mats Gerdau im Rathaus. Die dynamisch wachsende Gemeinde, nur zehn Kilometer östlich des Stockholmer Stadtzentrums, hat große Ziele. Sie will die „Beste Gemeinde Schwedens“ werden und hat 2022 bereits den Gemeindepreis „Qualitätsgemeinde Schwedens“ erhalten. Vom kommunalen Budget von neun Milliarden Kronen (rund 800 Millionen Euro) geht die Hälfte in 27 öffentliche Schulen und 40 Vorschulen. Die Gemeinde plant groß angelegt nachhaltige Wohngebiete, die in den kommenden Jahren entstehen sollen. Der direkte U-Bahn-Anschluss an dass Stockholmer U-Bahn-Netz sorgt nicht nur für 2.000 neue Einwohner im Jahr, sondern bringt auch täglich drei neu gegründete Unternehmen in die Stadt. Die langfristigen Bauprojekte werden anhand eines großen Modells im neuen Einkaufszentrum präsentiert und sind damit für alle öffentlich einsehbar.

Bereits zur Tradition geworden ist auch ein Besuch in der österreichischen Botschaft. Dieses Mal wurden wir von Botschafterin Doris Danler empfangen. Zum Abschluss besichtigten wir noch einen neuen Stadtteil in Stockholm. Im größten Stadtplanungsprojekt Europas will man 12.000 Wohneinheiten und 35.000 Arbeitsplätze errichten. Dabei stehen Nachhaltigkeit und die effiziente Nutzung des Raums im Fokus. So wurden etwa im Boden Leitungen für die Müllentsorgung verlegt, die direkt zum Recycling-Hof führen.

Fazit: Bei allen Vorbildprojekten, die wir besichtigen konnten, zeigte der Blick hinter die Kulissen der Gemeinden aber auch eine überbordende Bürokratie, die viele Entwicklungen bremst und auch die Verwaltung lähmt. Wenn nicht engagierte Bürgermeister vorangehen, gibt es eher weniger Veränderungsbereitschaft. Auf den Gemeinden lastet ein großer organisatorischer, personeller und finanzieller Druck. Der Wettbewerb unter den Gemeinden ist groß. Überall fehlen Fachkräfte und die Gemeinden, die es sich leisten können, zahlen mehr. Schulen, die nicht reüssieren und bei Eltern nicht beliebt sind, verlieren Schüler und fallen zurück, was wiederum Auswirkungen auf die Schüler hat. Die Dezentralisierung kommt ab einem gewissen Maß eben auch an ihre Grenzen.

ANDREAS STEINER IST PRESSESPRECHER DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

WIENER ERKLÄRUNG DES GEMEINSAMEN EUROPATAGS

Mehr **Gehör für Gemeinden** fördert EU-Akzeptanz

TEXT // HANS BRAUN

Der Österreichische Gemeindebund und der Deutsche Städte- und Gemeindebund pflegen seit Jahren den Austausch in europäischen Fragen und bringen sich aktiv in den EU-Gesetzgebungsprozess ein. Und obwohl sie „an kleinen Schrauben drehen", so die Eigenerklärung, können sie regelmäßig Erfolge verbuchen, indem kommunale Vorschläge und Praxistauglichkeit in Gesetzgebungsprozessen berücksichtigt werden.

Dennoch zeigen die letzten Jahre, dass die kommunale Ebene in der Brüsseler Wahrnehmung einen schweren Stand hat. In den sehr emotional geführten Debatten, die von Nichtregierungsorganisationen getrieben werden, finden Bedenken aus Städten und Gemeinden und auf örtlichen Best Practices oder kommunalen Benchmarks beruhende Vorschläge viel zu wenig Gehör. Wie aktuell an den Medienberichten zur EU-Gebäuderichtlinie zu sehen, beginnt die eigentliche, gesamtgesellschaftliche Debatte jedoch erst nach Beschlussfassung in Brüssel und Straßburg. Wenn Systemänderungen weite Teile der Gesellschaft betreffen und Bürger diese finanziell mittragen müssen, muss mehr auf gewählte Vertreter aus den Kommunen gehört werden.

Politik mit Augenmaß. Die Gemeinden bekennen sich zu Verantwortung und zu einer zukunftsorientierten Politik. Jedoch erwarten wir von den europäischen Institutionen, dass diese ihre Hausaufgaben machen und Gesetzgebung so gestalten, dass sie präzise und umsetzbar ist.

Politik für Stadt und Land. Der Gemeinsame Europatag fordert die Umsetzung der Vision für den ländlichen Raum, des darin verankerten Rural Proofings von EU-Gesetzesvorschlägen und eine Rückbesinnung auf das Instrument der Rahmenrichtlinie, die zwar Ziele vorgibt, die konkrete Umsetzung aber den Mitgliedstaaten überlässt.

Politik für die Bürger. Der gemeinsame Europatag fordert einen Ausbau niederschwelliger Begegnungsmöglichkeiten durch eine Aufstockung der Gemeindepartnerschaftsförderung im Rahmen von CERV. Überdies möchte man anregen, dass jeder EU-Kommissar zumindest einmal an einer solchen Begegnung teilnimmt und dadurch ein Bottom-up-Programm jenseits der Metropolen erlebt.

Politik im Geiste der Solidarität. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs bekennen sich der Österreichische Gemeindebund und der Deutsche Städte- und Gemeindebund klar zu einer umfassenden Unterstützung der ukrainischen Kommunen. Um diese Bemühungen zu unterstützen, fordert der Gemeinsame Europatag die Einrichtung eines kommunalen Finanzierungsfonds der Europäischen Union.

Mehr zur Wiener Erklärung des Gemeinsamen Europatags vom 21. April 2023, beschlossen im Rahmen des 13. Gemeinsamen Europatags des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Österreichischen Gemeindebundes, finden Sie auf **www.kommunal.at/mehr-gehoer-fuer-gemeinden-foerdert-eu-akzeptanz**

Der Österreichische Gemeindebund und der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertreten mittelbar über 13.000 Kommunen in Deutschland und Österreich. Dabei handelt es sich sowohl um kleine Gemeinden im ländlichen Raum als auch um die für Europa typischen Klein- und Mittelstädte. Die beiden Verbände arbeiten in europäischen Angelegenheiten seit über 20 Jahren eng zusammen. Bekräftigt wurde dieses Bekenntnis zur gemeinsamen Interessenswahrnehmung durch eine Partnerschaftsvereinbarung, unterzeichnet am 1. Oktober 2003 in Leipzig.
Beide Verbände sind anerkannte kommunale Stimmen in Brüssel und Straßburg.

bmi.gv.at

Vorsicht vor betrügerischen SMS

Betrüger verschicken in Österreich immer wieder SMS mit Informationen zu vermeintlichen Bestellungen – diese enthalten Links zu gefährlicher Schadsoftware oder wollen Sie zur Herausgabe Ihrer Kreditkarteninformationen bewegen!

- **Fake-SMS löschen**
- **Auf keinen Fall auf verdächtige Links klicken**
- **Telefonnummer blockieren**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Bundesministerium
Inneres

EUROPA-STAATSPREIS 2023

In Vielfalt geeint: Projekte gefeiert

Innovative Europa-Projekte in Österreich sichtbar machen und damit auch das Engagement zahlreicher Einzelpersonen und Organisationen in den Mittelpunkt rücken: Das möchte der Europa-Staatspreis erreichen, den Europaministerin Karoline Edtstadler am 9. Mai 2023 verliehen hat.

TEXT // HANS BRAUN

Dank geht nicht nur „an die Preisträgerinnen und Preisträger, sondern an alle, die mit großem Engagement Initiativen und Projekte für die fünf Kategorien des Europa-Staatspreises eingereicht haben", so Europaministerin Karoline Edtstadler bei ihrer Begrüßung. Ob in Schulen und Bildungseinrichtungen, in Österreichs Gemeinden und Regionen, bei grenzüberschreitenden Vorhaben oder in Form von Medienbeiträgen oder Kunstprojekten: Das Motto der EU – „In Vielfalt geeint" – spiegelt sich in all diesen Projekten und Initiativen auf beeindruckende Art und Weise wider. Dieses vielfältige Engagement bringt der Europa-Staatspreis auf die Bühne.

FOTOS // BKA/Andy Wenzl

Die Preisträger mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen und EU-Ministerin Karoline Edtstadler

SCHUMANS VISION

„Der Europatag am 9. Mai erinnert an die Schuman-Erklärung aus dem Jahr 1950, in welcher der damalige französische Außenminister Robert Schuman die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vorgeschlagen hat.
Das war der Grundstein der Europäischen Union. Die damalige Vision der europäischen Integration und der friedlichen Zusammenarbeit könnte heute, angesichts immenser Herausforderungen für unseren Kontinent, aktueller nicht sein“, so Europaministerin Edtstadler in ihren Eröffnungsworten.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hielt die Festrede – mehr als 200 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Diplomatie, Kunst und Kultur, Medien, Verwaltung sowie Zivilgesellschaft füllten die Wiener Sofiensäle. Die musikalische Umrahmung gestaltete ein Streichquartett des Jugendorchesters der Europäischen Union (European Union Youth Orchestra, EUYO).

Edtstadlers drei „W“: Werte (verteidigen), Wohlstand (sichern), Wandel (gestalten). „Robert Schumans Vision von 1950 gibt uns drei Aufgaben – die ‚drei Ws‘ – mit auf den Weg: Erstens müssen wir unsere europäischen Werte verteidigen – auf globaler Ebene, aber auch innerhalb der EU. Zweitens gilt es unseren Wohlstand zu sichern – etwa durch die Vervollständigung des Binnenmarktes und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere auch im Rahmen des heurigen ‚Europäischen Jahres der Kompetenzen‘. Drittens sollten wir den Wandel positiv gestalten und die Veränderungen, welche die ökologische und digitale Transformation mit sich bringt, als Chancen für die Zukunft nutzen.“

„Es liegt an uns allen, die Zukunft Europas aktiv zu gestalten – nicht nur am Europatag, nicht nur in Brüssel oder Straßburg. Die Einreichungen zum Europa-Staatspreis 2023 zeigen, wie dies gelingen kann – durch Einsatz und Kreativität, durch ungewöhnliche Blickwinkel und innovative Vermittlungsformate, vor allem aber durch das großartige Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort“, betonte Edtstadler.

Van der Bellen: „Das solide Fundament der europäischen Grundwerte gibt uns Sicherheit.“ In seiner Festrede zum Europatag warnte Bundespräsident Alexander Van der Bellen davor, die europäische Einheit als Selbstverständlichkeit zu sehen: „Es geht gerade ein Ruck durch die Welt. Ein Ruck in Richtung Abschottung, Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus, gespeist durch Angst und Unsicherheit. Immer öfter wird ernsthaft darüber geredet, Mauern zu bauen, Festungen zu errichten – und immer öfter hält Brüssel als Feindbild her.“

Den Gewinnerinnen und Gewinnern des Staatspreises gratulierte Van der Bellen: „Liebe Preisträgerinnen und Preisträger, wir brauchen

Die Leistungen der Gemeinden für Europa sind **gar nicht hoch genug einzuschätzen.“**

Alfred Riedl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes und Jurysprecher für die Kategorie „Gemeinden“

Preisträger 2023

KATEGORIE **„GRENZENLOSES EUROPA“**

Was kann der Verbreitung von Falschinformationen erfolgreich entgegengesetzt werden? Das **Projekt „#EUROPAgegenCovid19“** hat sich seit März 2020 als gemeinnützige europäische Non-Profit-Initiative – getragen von zahlreichen Partner-Organisationen – für die faktenbasierte Bearbeitung von Aspekten rund um die Covid-19-Pandemie eingesetzt.
Diverse Online-Formate und Kanäle wie Podcasts oder Webinare kamen zum Einsatz, um per Infotainment vor allem meinungsbildende Gruppen wie Jugendliche zu erreichen.

Infos unter
www.europagegencovid19.team

KATEGORIE **„EUROPA IN DER BILDUNG“**

Ausgangspunkt für das in mehreren Bundesländern umgesetzte **Projekt „Citizen Advice Project“** waren Überlegungen, wie die EU für Schülerinnen und Schüler greif- und erfahrbar werden kann. Mittels Workshops und der „Design Thinking“-Methode setzten sich die »

Jugendlichen mit Themen wie europäischen Werten, ihrer Identität als EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie Partizipation auseinander. Die Lösungsansätze wurden anschließend mit Politikerinnen und Politikern, Diplomatinnen und Diplomaten, Expertinnen und Experten sowie Studierenden in Fireside Chats diskutiert.

Mehr Infos unter
https://cap.plus.ac.at/

KATEGORIE **„EUROPA IN KUNST & KULTUR“**

Die Wiener „Brunnenpassage“ produzierte mit dem **Projekt „StoryTelling:Europe!“** 2022 ein Kunstprojekt, das transmedial und generationsübergreifend ein solidarisches und vielfältiges Europa am Beispiel des Wiener Brunnenmarkts darstellen sollte. Die Ausstellung „A' Wiener Karavanserei“ und die mit Kindern sowie Marktstandlerinnen und -standlern ko-kreierten „StoryWalks“ legten den Fokus auf konkrete, persönliche Geschichten vom Brunnenmarkt, etwa in Form von Video-Porträts, Führungen, Hörstationen und einer Präsentation im Volkskundemuseum Wien.

Weitere Infos unter **www.brunnenpassage.at/kalender/2022/06/storytellingeurope-story-walks-und-hoerstation**

KATEGORIE **„EUROPA ERKLÄREN“**:

Ein Workshop der besonderen Art mit dem Titel **„EU bist auch DU“** zielte im Juni 2022 im Haus „PRO Ausblick“ der Diakonie De La Tour in Kärnten darauf ab, einer Gruppe von Jugendlichen mit Beeinträchtigungen ein aufklärendes Bild von Europa und der EU zu vermitteln. Die jungen Menschen näherten sich in kreativer Gruppenarbeit, unter Verwendung von Holzpuzzles und anderer Materialien, Themen wie gesunden Lebensmitteln und den Vorteilen der friedlichen Zusammenarbeit in Europa an. Die beiden mit dem Landesjugendreferat Kärnten umgesetzten Workshop-Tage gelten als Pilotprojekt und wurden von der FH Kärnten wissenschaftlich begleitet.

Mehr Infos unter **https://europahaus-klagenfurt.at/en/eu-bist-auch-du-workshop-der-besonderen-art/**

ganz dringend solche Ideengeber wie Sie. Wir brauchen dringend jene schöpferische Energie, mit der Sie ans Werk gehen. Sie stimmen mich zuversichtlich!“

Zum Schluss erinnerte der Bundespräsident an die gemeinsamen europäischen Werte: „Was uns Sicherheit gibt, ist das solide Fundament der europäischen Grundwerte, auf dem wir stehen: Freiheit, Demokratie, Gleichstellung, Rechtsstaatlichkeit und die Würde des Menschen.“

Die Preisträger in der Kategorie „Europa in der Gemeinde“ mit Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl

Der Europa-Staatspreis wurde 2015 von der Bundesregierung anlässlich der 20-jährigen Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union geschaffen und heuer zum siebenten Mal vergeben. Ziel ist die Würdigung von engagierten Menschen und spannenden Projekten, die zu einer offenen Auseinandersetzung über das gemeinsame Europa anregen und Bewusstsein für den europäischen Gedanken schaffen. Mehr auf **europastaatspreis.at**

Der Staatspreis in der Kategorie „Europa in der Gemeinde“ ging an das **Projekt: „Digitale und Europäische Kompetenzen in Großsteinbach“**, das die Projektverantwortlichen Diana und Christian Groß in Kooperation mit der Gemeinde Großsteinbach eingereicht hatten.

Kinder und Jugendliche fit für die digitale Welt von morgen und fit für Europa machen – das war die gemeinsame Zielsetzung mehrerer Bildungseinrichtungen in der steirischen Gemeinde Großsteinbach. Vom Kindergarten bis zur Mittelschule wurde spielerisch digitales Wissen vermittelt und gleichzeitig das EU-Know-how ausgebaut, während Pädagoginnen und Pädagogen im Rahmen von Job-Shadowings Erfahrungen in anderen EU-Staaten sammeln konnten.

POLIZEI

Bundesministerium
Inneres

GEMEINSAM KÖNNEN WIR MEHR SICHERHEIT ERREICHEN!

Polizeiarbeit im Wandel der Zeit.
Ziel von „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ ist, Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung der öffentlichen Sicherheit in ihrer Gemeinde oder Stadt mitwirken zu lassen, sowie den Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Polizei zu verbessern.

Alle Infos unter
gemeinsamsicher.at
und in der **mobilen App**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

FOTO // tanaonte - stock.adobe.com

GESTALTEN & ARBEITEN

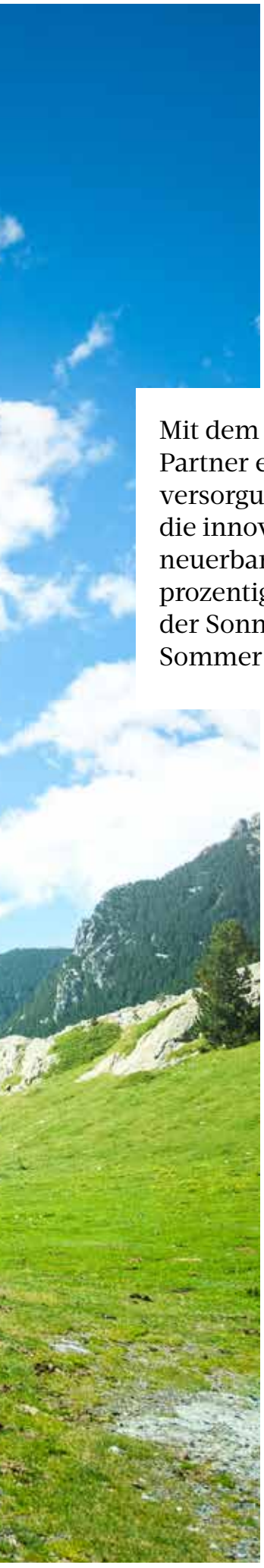
Gampern
Selbst erzeugte Energie selbst verbrauchen //
SEITE 46

Energie-gemeinschaften
Kooperative Konzepte für regionale Energiewende //
SEITE 50

Photovoltaik
Die fünf häufigsten Irrtümer bei der Planung //
SEITE 58

WELTWEIT ERSTER GEOLOGISCHER WASSERSTOFFSPEICHER GESTARTET

Die Energiewende braucht Wasserstoff



Mit dem Projekt „Underground Sun Storage“ haben die RAG und ihre Partner einen Meilenstein auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung gesetzt. Im oberösterreichischen Gampern wurde Ende April die innovative Anlage zur saisonalen Speicherung von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien in Betrieb genommen – der weltweit erste hundertprozentige Wasserstoffspeicher. Mit dem geologischen Speicher kann jetzt der Sonnenstrom-Überschuss von rund 1.000 Einfamilienhäusern im Sommer in Wasserstoff umgewandelt und saisonal gespeichert werden.

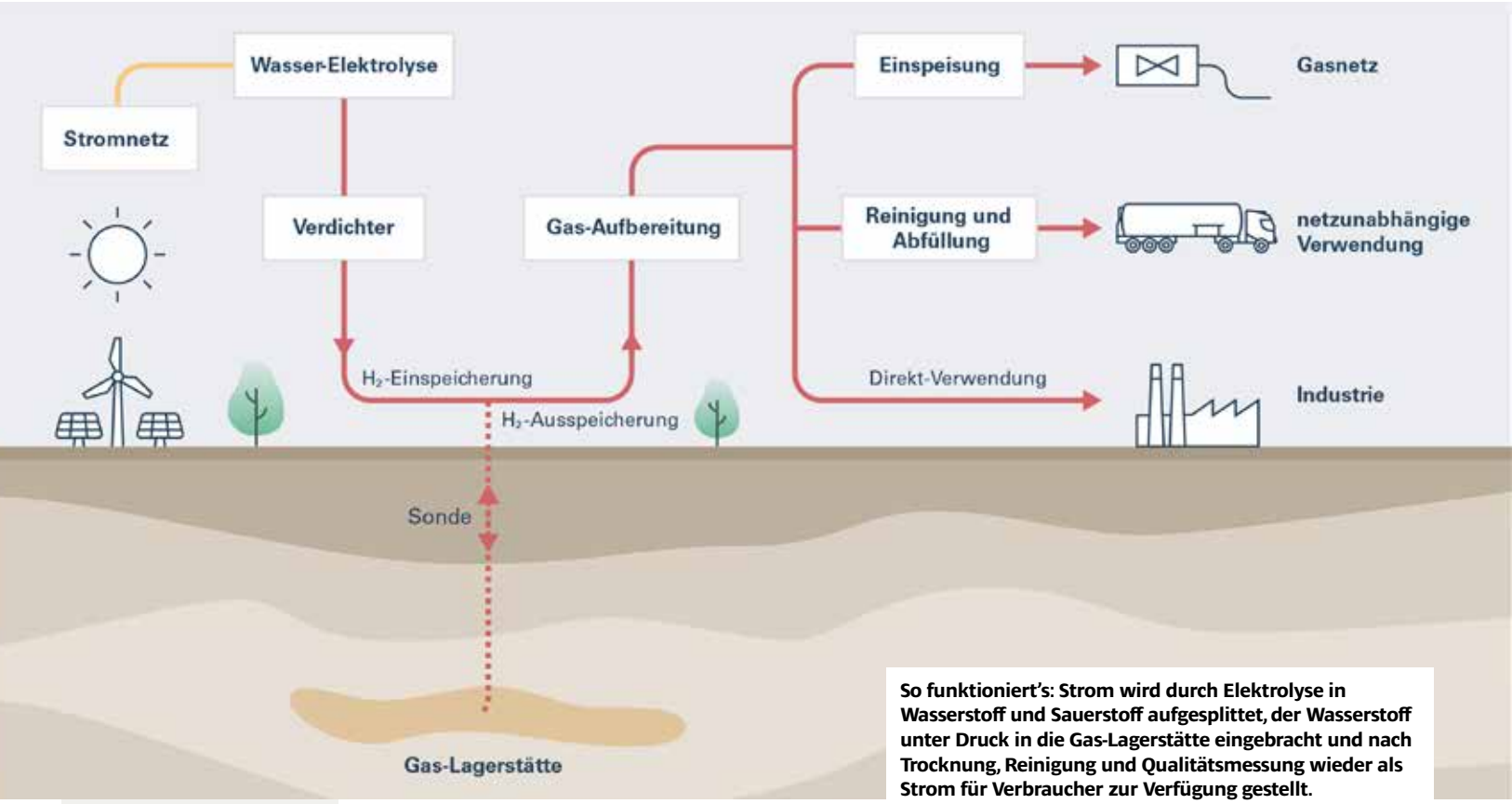
TEXT // HANS BRAUN

Von oben macht die Anlage nicht einmal so viel her – dennoch wurde Ende April mit dem „Speicher Rubensdorf“ in der Gemeinde Gampern im Bezirk Vöcklabruck Geschichte geschrieben. Der weltweit erste hundertprozentige Wasserstoffspeicher wurde in Betrieb genommen. Die technischen Herzstücke des Speichers befinden sich in Containern, die mit Technologie vollgestopft sind, aber zum Teil noch gar nicht stehen, sondern bis Herbst 2023 angeliefert werden. Was bereits jetzt funktioniert, ist das Einbringen der Energie in den Speicher – aber der ist eine rund einen Quadratkilometer große Sandsteinschicht in mehr als tausend Meter Tiefe und nur auf schematischen Darstellungen sichtbar.

Kompensiert hat die RAG, seit 2018 „Renewables and Gas“, vorher „Rohöl-Aufsuchungsgesellschaft“, mit einem geballten wissenschaftlichen Know-how, das jede noch so detaillierte Frage der Fachjournalisten beantworten konnte. So war zu erfahren, dass sogar Wissenschaftler der BOKU (Universität für Bodenkultur in Wien) mit an Bord sind, die die Auswirkungen des Einspeicherns auf die Mikroorganismen in 1.100 Meter Tiefe überwachen. Dabei habe man bemerkt, dass diese Mikroorganismen Methan „erzeugen“, was allerdings erst in Laborbedingungen nachgewiesen werden konnte.

Die Liste der Partner liest sich überhaupt beeindruckend: die Axiom GmbH, ein technologieorientiertes Unternehmen mit dem Fokus auf Separationstechnologien, insbesondere auf die Anwendung von Membranen für verschiedene Gas- und Flüssigkeitstrennverfahren; das Energieinstitut an der Johannes-Kepler-Universität Linz; die technische Uni Wien; die BOKU; die Voestalpine Stahl; der Verbund; die EVN; die Energie AG; die HyCentA Research GmbH, die sich seit mehr als 15 Jahren unter anderem mit Forschung, Engineering, Simulation und Testung von Elektrolysetechnologien, Gasspeichersystemen, Brennstoffzellen, Betankungs-, Mess- und Sicherheitssysteme beschäftigt; K1-MET, eines der führenden internationalen metallurgischen Kompetenzzentren für Eisen- und Nichteisenmetallurgie mit Sitz in Österreich; und der Forschungsverein WIVA P&G (Wasserstoffinitiative Vorzeigeregion Austria Power & Gas), der sich die Aufgabe gestellt hat, klimaneutralen Wasserstoff und grüne Gase in Österreich zu forcieren.

Ende April, zwei Jahre nach Projektstart, wurden Anlage und Speicher von „Underground Sun Storage“, kurz USS 2030, in Anwesenheit von Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer, Vertretern des Klima- und des Finanzministeriums sowie des Klima- und Energiefonds feierlich in Betrieb genommen. »



So funktioniert's: Strom wird durch Elektrolyse in Wasserstoff und Sauerstoff aufgesplittet, der Wasserstoff unter Druck in die Gas-Lagerstätte eingebracht und nach Trocknung, Reinigung und Qualitätsmessung wieder als Strom für Verbraucher zur Verfügung gestellt.

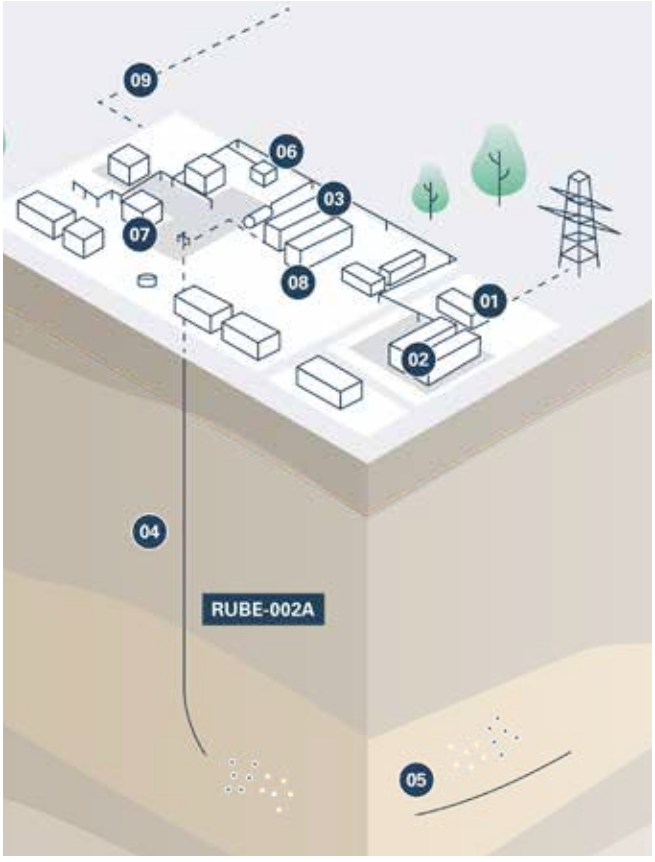
DAS LEUCHTTURMPROJEKT

Unter der Leitung der RAG Austria als Initiator und Technologieführer wird bis 2025 in der maßgeschneiderten Demonstrationsanlage Wasserstoff erzeugt und unterirdisch in einer Gaslagerstätte gespeichert, um künftig in der Region stofflich oder energetisch genutzt zu werden oder auch direkt über Wasserstoffkraftwerke der Versorgungssicherheit mit Strom und Wärme zu dienen.
Die RAG Austria AG ist das größte Energiespeicherunternehmen Österreichs und gehört zu den führenden technischen Speicherbetreibern Europas. Bei der Gründung 1935 hieß das Unternehmen noch „Rohöl-Aufsuchungs Aktiengesellschaft", 2018 hat man sich für den Namen „Renewables and Gas" entschieden.
Die RAG und ihre Projektpartner begleiten das Projekt mit interdisziplinär technisch-wissenschaftlichen Untersuchungen für die Energiezukunft.

Markus Mitteregger, CEO der RAG Austria: „In dieser richtungsweisenden Anlage bringen wir 4,2 Millionen KWh (4,2 GWh) Sommerstrom in Form von Wasserstoff in den Winter und machen die Erneuerbaren damit versorgungssicher. Wir bilden die gesamte Wertschöpfungskette ab und setzen auf ein perfektes Zusammenspiel zwischen Erzeugung, Umwandlung, Speicherung und künftiger Nutzung von grüner Energie." In diesem geologischen Speicher kann künftig der Sonnenstrom-Überschuss von rund 1.000 Einfamilienhäusern aus dem Sommer in Wasserstoff umgewandelt und saisonal gespeichert werden. Noch 2023 soll eine acht Kilometer lange Pipeline an das andere Ende des Gemeindegebiets verlegt werden, um nach drei Monaten Einspeichern drei Monate Gas zu entnehmen und in einem bestehenden Heizkraftwerk der RAG in Fernwärme und Elektrizität umzuwandeln. Mehr als sieben von 15 Millionen Euro Projektkosten zahlte der Klimafonds.

Absicherung der Energiezukunft – Erneuerbare versorgungssicher machen. Die Pionierarbeit der RAG und ihrer Partner ist von herausragender Bedeutung für Unternehmen, politische Entscheidungsträger und Behörden zur strategischen Weiterentwicklung der Energiesysteme. Durch die Ergebnisse des Demonstrationsprojekts „Underground Sun Storage" wird es möglich, die Gasspeicher mit ihren enormen Speichervolumina im Energiesystem der Zukunft auch als Wasserstoff- und Grünstromspeicher neu zu positionieren. Gerade in Österreich gibt es mit seinen idealen geologischen Strukturen und bestehenden modernen Speicherkapazitäten ein großes Potenzial. So wird es möglich, die Erzeugung von erneuerbarer Energie und ihren kurzfristigen Verbrauch zu entkoppeln und Versorgungssicherheit ganzjährig zu ermöglichen.

Wasserstoff macht Sonne und Wind speicherbar. Wasserstoff ist der wesentliche Baustein zur Erreichung der Klimaziele und zur Erhöhung der Versorgungssicherheit mit Energie. Wasserstoff kann ohne CO_2-Emissionen erzeugt werden und lässt sich sauber und flexibel in allen Sektoren einsetzen – ob für Anwendungen in der Industrie, in der Wärme- und Stromerzeugung oder in der Mobilität. Das Entscheidende aber ist seine großvolumige Speicher- und Transportierbarkeit in einer bestehenden, nahezu unsichtbaren Infrastruktur.



Die Anordnung der Speicheranlage Rubensdorf in Gampern: In der Trafostation (01) kommt der Strom herein. In der Elektrolyse-Anlage (02) wird Wasserstoff erzeugt, der über den Verdichter (03) und die Sonde (04) in die Sandstein-Porenlagerstätte (05) eingebracht wird. Über diesen Weg geht's wieder raus und nach der Gastrocknung (06) und der Qualitätsmessung (07) sowie der Wasserstoffaufreinigung (08) wird der Wasserstoff vom Speicher auf die verschiedenen Wege zum Endverbraucher geschickt.

Von oben macht die Anlage Rubensdorf gar nicht einmal so viel her. Die technischen Herzstücke des Speichers befinden sich in Containern, die mit Technologie vollgestopft sind, aber zum Teil noch gar nicht stehen, sondern bis Herbst 2023 angeliefert werden. Was funktioniert, ist das Einbringen von Wasserstoff in den Speicher. Aber der ist eine rund 1 km² große Sandsteinschicht in mehr als 1.000 m Tiefe und nur auf schematischen Darstellungen sichtbar.

„Ein rascher Wasserstoffhochlauf ist unabdingbar. Es reicht nicht, den Ausbau erneuerbarer Energien zu forcieren. Der Sonnen- und Windstrom der Sommermonate muss speicherbar gemacht und so in den Winter gebracht werden, wenn Wind nicht konstant und Sonne und Wasser nicht ausreichend Energie liefern, um den erhöhten Bedarf zu decken. Experten gehen bis 2030 allein in Österreich von einem saisonalen Energietransfer von 10 TWh pro Jahr aus. ‚Underground Sun Storage' ist der erste Schritt in diese Richtung, auf den weitere folgen müssen", erläutert Mitteregger die Notwendigkeit, erneuerbare Energien in Form von Wasserstoff speicherfähig zu machen, um die sichere Versorgung mit Energie zu gewährleisten.

Wer kann den gespeicherten Strom nutzen?
Wie Markus Mitteregger ausführt, unterliegt auch der Betrieb normalen Gepflogenheiten. Das will heißen, dass an der Finanzierung der Anlage mehrere Partner beteiligt waren, die in dem Ausmaß dann auch Strom abrufen können. So ist nur rund die Hälfte des gespeicherten Stroms für Österreich bestimmt. Künftige Abnehmer sind unter anderem die Gemeinde Gampern (wie die Gemeinde Strom erzeugt, lesen Sie auf der folgenden Doppelseite) sowie auch heimische und deutsche Energieunternehmen.
Ziel der RAG ist es auch, die anderen bestehenden Erdgasspeicher in Österreich (der Speicher Rubensdorf ist ja nur einer der kleinsten) umzuwandeln, wodurch sich künftig die Energiesituation in Österreich deutlich verändern wird.

Einen informativen und kurzweilig animierten Infofilm zur Methodik des Wasserstoffspeicherns und zum Speicher Rubensdorf finden Sie auf der Website der RAG unter: **https://mediathek.rag-austria.at/#videos-56**

Auf **kommunal.at/weltweit-erster-geologischer-wasserstoffspeicher** finden Sie als PDF den RAG-Folder zur „Underground Sun Storage" und zum Energiespeicher der nächsten Generation.

ENERGIEGEMEINSCHAFT GAMPERN

Selbst erzeugte Energie auch selbst verbrauchen

Gampern, eine lebenswerte 3.100-Einwohner-Gemeinde im Bezirk Vöcklabruck, hat vieles zu bieten, so seit Kurzem auch eine Energiegemeinschaft. Bürgermeister Jürgen Lachinger und Amtsleiter Christoph Stockinger geben Einblick in dieses Vorzeigeprojekt.

Herr Bürgermeister, in Ihrer Gemeinde wurde kürzlich eine Energiegemeinschaft gegründet. Was waren die Beweggründe dafür?
JÜRGEN LACHINGER: Der Hauptgrund für den Zusammenschluss zu einer Energiegemeinschaft war, den Strom, den wir produzieren, auch vor Ort selbst zu verbrauchen und dabei Synergien zu nutzen. So haben wir uns als Gemeinde mit der Turn- und Sportunion Gampern sowie vier umliegenden Feuerwehren zur Energiegemeinschaft Gampern zusammengeschlossen, um gemeinsam die in der Gemeinde erzeugte Solarenergie bestmöglich zu verbrauchen und dadurch Kosten einzusparen. Für die Mitglieder ist es dabei ein großer Vorteil, dass man den Strompreis innerhalb der Gemeinschaft selbst festlegen kann.

Als Gemeinde können wir unsere Vereine dahingehend unterstützen, dass wir den Strompreis moderat halten.

Wie funktioniert die Energiegemeinschaft Gampern genau?
LACHINGER: Wir als Gemeinde Gampern verfügen über 18 Photovoltaik-Anlagen und neun Speicher. Bis dato wurde der Strom lediglich in dem jeweiligen Gebäude mit Erzeugeranlage verbraucht und der nicht benötigte Strom ins Netz eingespeist. Mit Gründung der Energiegemeinschaft ist es uns nun möglich, den Überschussstrom für andere Gebäude unserer Mitglieder zu verwenden. Das ist ein Riesenvorteil. So können wir den Strom, der übrig bleibt, an die Schule, das Feuerwehrdepot, die Sportanlage etc. super verteilen – je nachdem, wo er benötigt wird.

Durch weitere aktive Maßnahmen (Abbau von Nachtspeicheröfen, Umstellung auf LED in allen Gemeindegebäuden, Nutzung der Stromspeicher für Straßenbeleuchtung, Steuerungen etc.) konnten wir insgesamt 80 Prozent des Stroms oder 130.000 Euro an Geld pro Jahr einsparen. Mit den hohen Stromtarifen wären das sogar fast 300.000 Euro.

Derzeit ist die Gemeinde Produzent und die vier Feuerwehren sowie der Sportverein sind unsere Abnehmer. So soll es aber nicht bleiben. Wir haben jetzt mal klein angefangen, um zu sehen, wie das Ganze läuft und ob es funktioniert, und möchten in Zukunft wachsen.

Herr Amtsleiter, warum fiel die Entscheidung bei der Gründung der Energiegemeinschaft auf die Rechtsform der Genossenschaft?
CHRISTOPH STOCKINGER: Wir haben uns für die Rechtsform der Genossenschaft entschieden, weil sie relativ einfach und schnell zu gründen und auch jederzeit erweiterbar ist. Wenn wir in naher Zukunft also neue Mitglieder aufnehmen wollen, dann reicht ein einfacher

> **Wir wollen jedenfalls erweitern.** Konkret geplant ist, die drei Feuerwehrdepots und die Tribüne des Sportvereins mit PV-Anlagen zu bestücken.“
>
> **Jürgen Lachinger,** Bürgermeister der Gemeinde Gampern

FOTOS // Gemeinde Gampern

Dieser Text stammt von Marion Pammer vom Raiffeisenverband Oberösterreich und wurde im Frühjahr 2023 in der Verbandszeitung publiziert. Mit freundlicher Genehmigung übernommen.

TECHNISCHE DATEN

der Energiegemeinschaft Gampern:

- Inbetriebnahme: Mitte November 2022
- Erzeuger: 18 PV-Anlagen der Gemeinde und neun Speicher
- Verbraucher: 37 Zählpunkte von Gemeinde, Sportunion und Feuerwehren
- Plan 2023: Errichtung zusätzlicher PV-Anlagen

Die Energiegemeinschaft Gampern: Bürgermeister Jürgen Lachinger, Josef Sterrer (Union Gampern und Vorstandsmitglied der Energiegemeinschaft), Siegfried Schmedler (Union Gampern, Sektion Tennis), Nina Gramlinger (Union Gampern, Sektion Fußball), Wolfgang Draschwandtner (Landjugend Gampern), HBI Franz Schausberger (FF Gampern), HBI Markus Hittenberger (FF Baumgarting und Vorstandsmitglied der Energiegemeinschaft), HBI Gerald Bauer (FF Weiterschwang), BI Martin Gehmaier (FF Piesdorf) und Patrick Ziegl (Musikverein Gampern). Die Vertreter der Jagdgenossenschaft und der Verein Tschempernkids, ebenfalls Vereinsmitglieder, fehlen auf dem Bild.

Vorstandsbeschluss. Zusätzlich ist im Gegensatz zum Verein, den wir ursprünglich angedacht haben, in der Genossenschaft eine über den ideellen Zweck hinausgehende wirtschaftliche Tätigkeit möglich. Und ein ganz ausschlaggebender Grund ist, dass unsere Energiegenossenschaft vom Raiffeisenverband Oberösterreich begleitet und geprüft wird, was uns Sicherheit gibt und Transparenz gewährleistet.

Was sind die weiteren Pläne für die Zukunft?

LACHINGER: Wir wollen jedenfalls erweitern. Konkret geplant ist, die drei Feuerwehrdepots und die Tribüne des Sportvereins mit PV-Anlagen zu bestücken – diese Projekte sind bereits budgetiert und sollen nächstes Jahr umgesetzt werden. Dann werden wir schauen, wie viel wir produzieren und ob wir noch Abnehmer brauchen – auch das muss man nämlich immer im Auge behalten, dass man genug Abnehmer hat. Grundsätzlich wäre angedacht, dass auch Firmen mitmachen können. In Gampern gibt es viele Firmen, die große Anlagen haben, die vor allem übers Wochenende viel überschüssigen Strom produzieren.

Auch Wassergenossenschaften möchten wir in Zukunft einbinden sowie andere lokale Energiegemeinschaften, falls hier Interesse besteht. Und eventuell können sogar neue Anlagen über die Genossenschaft finanziert werden. Wir haben hier noch viele Ideen, die im Raum stehen und hoffentlich umgesetzt werden wie beispielsweise PV-Carports.

Würden Sie die Gründung einer Energiegemeinschaft auch anderen Gemeinden empfehlen?

STOCKINGER: Unbedingt. Ich kann es nur jedem empfehlen. Wenn eine Gemeinde über Photovoltaikanlagen verfügt, dann nicht lange überlegen, sondern einfach tun! Die Energiegemeinschaft bringt so viele Vorteile mit sich und das Einsparungspotenzial für die Beteiligten ist nicht außer Acht zu lassen.

Was uns auch riesig geholfen hat, war das Engagement der Kolleginnen und Kollegen im Gemeindeamt, da waren alle so richtig mit Herz dabei. Und in der Bauabteilung verfügen wir über Tüftler, die uns technisch die besten Voraussetzungen gegeben haben.

Aufgrund der zahlreichen Anfragen merken wir auch, dass das Interesse seitens anderer Gemeinden sehr groß ist. In der Regel geht es dabei meist um die Entscheidung, ob ein Verein oder eine Genossenschaft gegründet werden soll.

Aus meiner Sicht und meiner Erfahrung heraus ist hier ganz klar die Genossenschaft als Rechtsform am besten geeignet. Die Umsetzung unseres Projekts mit der Raiffeisen OÖ war unkompliziert – und wir würden es jederzeit wieder so machen. Aber für die Gründung von Energiegemeinschaften sind vor allem auch die Klima- und Energiemodellregionen gute Ansprechpartner und helfen den Gemeinden (Anm. d. Red.: klimaundenergiemodellregionen.at).

Wir haben uns für die Rechtsform der Genossenschaft entschieden, **weil sie relativ einfach und schnell zu gründen und auch jederzeit erweiterbar ist.“**

Christoph Stockinger, Amtsleiter der Gemeinde Gampern

MINERALISCHE ROHSTOFFE

BeachBar, Badespaß und KulturKulisse

Wie kaum ein anderer Baustoff prägen mineralische Rohstoffe unser tägliches Leben. Denn Sand, Kies und Natursteine werden nicht nur für den Bau und Erhalt von Gebäuden, Verkehrswegen oder der Kanalisation genutzt, jede Gemeinde benötigt mineralische Rohstoffe auch für Sportstätten und Freizeiteinrichtungen bis hin zu Kinderspielplätzen.

FOTO // Ievgen Skrypko- stock.adobe.com

Allein in Wien gibt es über 500 Kinderspielplätze mit Sandspielkisten.

So entwickelt sich auch die Lieferung von Qualitätssand-Mischungen für Sportplätze, Speedwayanlagen oder Laufbahnen zu einem immer wichtigeren Geschäftsfeld. Vor allem der besonders hochwertige Sand für Beachvolleyball-Plätze macht einen guten Teil der Lieferungen der Rohstoffe gewinnenden Unternehmen aus.

Renaturierte Schotterteiche laden zum Baden ein. Damit auch zu Hause das Urlaubsfeeling nicht zu kurz kommt, liefern die Rohstoffe gewinnenden Betriebe auch Feinsand in die heimischen Gemeinden und versorgen Strandbars, aber auch Spielplätze und Kindergärten mit der passenden Sandmischung. In ländlichen Gebieten locken renaturierte Schotterteiche zum naturnahen Schwimmvergnügen. Österreichweit gibt es unzählige Teiche, die zum Baden zugelassen sind und über gesicherte Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten verfügen. Eine ausgesprochen fruchtbare Verbindung besteht auch zur Kunstwelt. Bundesweit bieten viele aufgelassene Steinbrüche atemberaubend schöne Naturkulissen für kulturelle Veranstaltungen, Festivals oder Theateraufführungen.

Rohstoffgewinnung hat regionale Bedeutung. Vor allem für lokale Bauvorhaben ist die unmittelbare Verfügbarkeit von hochwertigen mineralischen Rohstoffen von großer Bedeutung: einerseits zur Sicherung der Wertschöpfung für die jeweilige Gemeinde, andererseits auch zur Vermeidung langer Transportwege (Beitrag zum Umweltschutz) und nicht zuletzt zur Minderung von Kosten. So beträgt die mittlere Transportdistanz zwischen Gewinnungsstätte und Einsatzort in Österreich meist nicht mehr als 30 Kilometer.

Aufwendige Genehmigungsverfahren blockieren Gewinnung. Zu kämpfen hat die gesamte Rohstoffbranche mit langwierigen und kostspieligen Genehmigungsverfahren. Denn wird eine Gewinnungsstätte nicht genehmigt, bedeutet dies nicht nur den Verlust von Arbeitsplätzen, ein höheres Verkehrsaufkommen und Nachteile für die regionale weiterverarbeitende Industrie, sondern auch höhere Kosten – und die bezahlt im Endeffekt der Konsument. Neben wirtschaftlichen Gesichtspunkten achten immer mehr Gemeinden, Bauherren oder Architekten auf die Herkunft der eingesetzten Materialien. Hier spricht vor allem die gute Qualität klar für mineralische Rohstoffe „Made in Austria“. Umso wichtiger ist es, dass diese Nahversorger auch in Zukunft erhalten bleiben. Es liegt wesentlich in der Entscheidung der Gemeinden selbst, ob dies auch in Zukunft funktioniert.

MEHR INFOS
Forum mineralische Rohstoffe
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
Tel.: 05 90 900 3533
info@ForumRohstoffe.at
www.ForumRohstoffe.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Schwimmende PV-Anlage offiziell eröffnet

Nach dem Baubeginn der Anlage im vergangenen Herbst wurde die „Floating-PV-Anlage Grafenwörth" nun offiziell eröffnet. Mehr als 45.000 PV-Module mit einer Leistung von insgesamt rund 24,5 MWp versorgen jetzt etwa 7.500 Haushalte mit Sonnenstrom. Errichtet wurde die Anlage von der EVN-ECOWIND-Sonnenstromerzeugungs GmbH.
„Mit dieser Photovoltaikanlage will die Marktgemeinde Grafenwörth ein Energievorbild für andere Gemeinden sein. Wir sind bereit für die erneuerbare Energiezukunft", so Alfred Riedl, Bürgermeister von Grafenwörth und Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.

Mehr Infos unter:
evn.at/klimaosder oder **www.ecowind.at**

„Mit dieser Anlage will Grafenwörth ein Energievorbild für andere Gemeinden sein. **Wir sind bereit für die erneuerbare Energiezukunft**."

Alfred Riedl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes und Bürgermeister von Grafenwörth (2.v.r.), eröffnete die Anlage mit LHStv. Stephan Pernkopf, ECOwind-Geschäftsführer Johann Janker und EVN-Vorstandsdirektor Franz Mittermayer.

Unser Herz schlägt für **Ihre Wünsche.**

BKS Bank
www.bks.at

KOOPERATIVE KONZEPTE FÜR DIE REGIONALE ENERGIEWENDE

Was sind **Energiegemeinschaften?**

Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz, Erneuerbare Energiegemeinschaft oder Bürgerenergiegemeinschaft sind Schlagworte, die uns jetzt schon länger begleiten. Dieser Beitrag soll vermitteln, was unter Energiegemeinschaften zu verstehen ist, wie sie gegründet werden und welche erfolgreichen Praxisbeispiele es schon gibt.

TEXT // BARBARA POGACAR

Vereinfacht gesagt handelt es sich bei Energiegemeinschaften um einen Zusammenschluss von zumindest zwei Teilnehmern zur gemeinsamen Produktion und Verwertung von Energie. Schon mit der „kleinen Ökostrom-Novelle 2017“ wurde in Österreich die Möglichkeit geschaffen, dass mehrere Personen auf einem Grundstück gemeinschaftlich Strom produzieren und verwerten können, und zwar über sogenannte gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen. Von dieser Möglichkeit wurde aber in der Vergangenheit nur wenig Gebrauch gemacht.

Das Modell der Energiegemeinschaften reicht deutlich weiter: Seit Inkrafttreten des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (EAG) vor knapp zwei Jahren ist es möglich, dass sich Personen zusammenschließen und über Grundstücksgrenzen hinweg Energie produzieren, speichern, verbrauchen und verkaufen. Es gibt dabei zwei Modelle: die lokal beschränkte Erneuerbare Energiegemeinschaft (EEG), die nur innerhalb des Konzessionsgebiets eines Netzbetreibers agieren darf, und die innerhalb Österreichs geografisch unbeschränkte Bürgerenergiegemeinschaft (BEG).

Mitglieder einer EEG können Private, Gemeinden oder auch KMUs sein – mit oder auch ohne eigene Erzeugungsanlagen. Der EEG steht es frei, die Kosten für die gemeinsam produzierte und verwertete Energie selbst festzusetzen, die Gewinnerzielung darf aber nicht im Vordergrund stehen. Energie, die nicht innerhalb der Gemeinschaft erzeugt werden kann, erhalten die Mitglieder von den bisherigen Energielieferanten.

Die optimale Rechtsform. Eine Energiegemeinschaft kann als Verein, GmbH, AG oder Genossenschaft gegründet werden. Entscheiden sich die Gründer für eine Genossenschaft, erhalten sie umfassende rechtliche Beratung und Unterstützung bei der Ausarbeitung der Gründungsunterlagen – von der Satzung über den Businessplan bis hin zur Firmenbucheinreichung – durch den Revisionsverband. Einem solchen muss jede Genossenschaft angehören. Beim Österreichischen Genossenschaftsverband (ÖGV) ist die Gründungsberatung und -begleitung mit keinen Kosten verbunden.

> **„Die Genossenschaft steht für kooperatives Wirtschaften.** Sie ist nicht primär auf Gewinnerzielung und -maximierung ausgerichtet, sondern soll den Mitgliedern einen ‚wirtschaftlichen Vorteil‘ bringen.“

Die Genossenschaft steht für kooperatives Wirtschaften. Sie basiert auf dem Prinzip, dass die Mitglieder zugleich Eigentümer und Kapitalgeber einerseits und Kunden und damit Leistungsbezieher andererseits und im Fall von Energiegenossenschaften auch Lieferanten sind. Eine Genossenschaft ist ihren Mitgliedern über den sogenannten Förderauftrag verpflichtet. Das bedeutet, dass eine Genossenschaft nicht primär auf Gewinnerzielung und -maximierung ausgerichtet ist, sondern den Mitgliedern durch ihr Auftreten am Markt einen wirtschaftlichen Vorteil bringt. Bei einer Energiegemeinschaft besteht dieser Förderauftrag darin, den Mitgliedern den Austausch von erneuerbarer Energie zu ermöglichen.

Die Beraterpraxis zeigt, dass die Genossenschaft in den meisten Fällen die ideale Rechtsform für Energiegemeinschaften ist. Lediglich dann, wenn geplant ist, dass sich der Kreis der Mitglieder auf eine sehr kleine Zahl beschränken

MMAG. BARBARA POGACAR LEITET DIE BERATUNG UND DAS GRÜNDERSERVICE FÜR WAREN- UND DIENSTLEISTUNGSGENOSSENSCHAFTEN IM ÖSTERREICHISCHEN GENOSSENSCHAFTSVERBAND (ÖGV).

FOTO // ÖGV / Felicitas MATERN

FOTO // PowerSolution

Energieexperte Roland Kuras mit Immo Reder (Geschäftsführer W.A. Richters Söhne) und Hans-Christian Pichler (PowerSolution) bei der Errichtung der ersten Anlage der Wiener EEG Grätzl Energie

soll und keine Investitionen geplant sind, kann sich ein Verein aufgrund der geringeren laufenden Kosten als bessere Rechtsform erweisen. Aber immer dann, wenn vorgesehen ist, dass eine Vielzahl an Mitgliedern beteiligt sein soll und die Energiegemeinschaft Investitionen in Gemeinschaftsanlagen tätigt oder den Mitgliedern Gelder (etwa über Bürgerbeteiligungsmodelle) zur Errichtung eigener Anlagen zur Verfügung stellen soll, ist der Genossenschaft der Vorzug zu geben, insbesondere aufgrund der Revision durch den Verband, die wirtschaftliche Sicherheit gibt.

Eine GmbH scheidet in den meisten Fällen als geeignete Rechtsform aus – und zwar immer dann, wenn nach erfolgter Gründung der Kreis der Mitglieder stark erweitert werden soll. Denn bei einer GmbH muss schon bei der Gründung das Stammkapital festgelegt werden. Soll später ein neues Mitglied aufgenommen werden, dann müssen entweder einer oder mehrere Gesellschafter einen Teil des eigenen Geschäftsanteils abtreten oder das Stammkapital muss erhöht werden.

Die Gründung einer Energiegenossenschaft. Der erste Schritt zur Gründung einer Energiegenossenschaft ist die Kontaktaufnahme mit dem Revisionsverband. In der Folge wird meist eine Informationsveranstaltung vor Ort abgehalten, zu der alle Interessierten eingeladen werden. Aus diesem Kreis bildet sich dann in der Regel ein kleineres Projektteam, das gemeinsam mit dem Revisionsverband die für die Gründung notwendigen Unterlagen wie Satzung und Businessplan ausarbeitet. Sobald diese Unterlagen fertiggestellt sind, kann die Gründung erfolgen.

„Eine Energiegemeinschaft kann als Verein, GmbH, AG oder Genossenschaft gegründet werden. **Entscheiden sich die Gründer für eine Genossenschaft,** erhalten sie umfassende rechtliche Beratung und Unterstützung durch den Revisionsverband.“

Mit der Gründung wird die Energiegenossenschaft rechts- und handlungsfähig und kann beispielsweise Dienstleister mit der Unterstützung beim weiteren Aufbau beauftragen. Zuerst sind eine Registrierung als Marktteilnehmer und die Anmeldung beim Netzbetreiber notwendig. Weiters sollten im Rahmen der Gründung auch innergemeinschaftliche Aspekte wie Aufteilungsschlüssel und Abrechnung geklärt werden. Im letzten Schritt erfolgt die Anbindung an die Marktkommunikation. Hier werden die Strommengen der innergemeinschaftlichen Erzeugungs- und Verbrauchsanlagen übermittelt. Diese Daten sind unter anderem für die Abrechnung wichtig.

Best-Practice-Beispiele. Die Grätzl Energie (www.graetzlenergie.wien) mit Sitz in Wien war eine der ersten EEGs, die in der Rechtsform der Genossenschaft mit Unterstützung des Österreichischen Genossenschaftsverbandes gegründet wurde. Ziel ist eine flächendeckende und nachhaltige Energieversorgung über Photovoltaikanlagen. Bei der Grätzl Energie können die Mitglieder nicht nur als Verbraucher oder Produzenten, sondern auch als Verpächter ihres eigenen Dachs Teil der Energiewende werden.

Ebenfalls eine Vorreiterrolle nimmt die KEM-Region Ebreichsdorf ein. Ausgehend von der Gemeinde Tattendorf wurde in dieser Region eine Service- und Dienstleistungsgenossenschaft gegründet, die Erneuerbare Energiegemeinschaft Thermenstrom (www.thermenstrom.at), die für alle in den einzelnen Gemeindegebieten der Region bereits gegründeten und noch geplanten regionalen Energiegenossenschaften sämtliche Abwicklungs- und Planungstätigkeiten erbringt.

AKV – AUF KOMPETENZ VERTRAUEN ...

Hilfestellung für Gemeinden bei Außenständen

Nicht oder nur schleppend bezahlte Gebühren und Abgaben sind für jede Gemeinde nicht nur eine lästige Angelegenheit, sondern belasten teils beträchtlich das Gemeindebudget.

Zuerst die Covid-Pandemie und nun auch noch die starke Inflation haben die Situation für die Gemeinden in den letzten Jahren noch weiter massiv erschwert: Immer mehr Gemeindevorschreibungen bleiben unbezahlt.

Der AKV EUROPA – Alpenländische Kreditorenverband als staatlich bevorrechteter Gläubigerschutzverband gilt bei Gemeinden und Gemeindeunternehmen bei der Betreibung von Außenständen (Wasser, Mieten, Kindergartengebühren etc.) seit vielen Jahren als bewährter und zuverlässiger Partner.

Durch seine Hilfestellung kann der AKV den Gemeinden effektiv helfen, Geld und (zusätzliches) Personal zu sparen, ihre Liquidität zu stärken und gleichzeitig ihr Gemeindebudget zu verbessern. Darüber hinaus ist die Tätigkeit des AKV für Gemeinden vorteilhaft, da sie eine Zwischenstufe zwischen den eigenen Mahnungen der Gemeinden und der Exekutionsführung darstellt.

Bei privatrechtlichen Forderungen ist die Einschaltung des AKV für die Betreibung von Gemeindeforderungen durchaus zulässig und es

Mag. Hans Musser, geschäftsführender Direktor des Alpenländischen Kreditorenverbands (AKV), und sein Team unterstützen die Gemeinden bei der Forderungsbetreibung von Außenständen.

bleibt daher die Entscheidung der betreffenden Gemeinde überlassen, welche zweckmäßigen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Betreibung der Außenstände aus der Sicht des unmittelbaren Gemeindeinteresses getroffen werden.

Die Erfahrung zeigt, dass Forderungen von Gemeinden mit einer gewissen Sensibilität bearbeitet werden müssen. In vielen Gemeinden kennt jeder jeden und es ist natürlich auch die sozialpolitische Situation nie außer Acht zu lassen.

Der AKV – als unabhängiger und gemeinnütziger Verband – kann, da er mit seinen über viele Jahre aufgebauten Datenbanken auch Wirtschafts- und Bonitätsauskünfte anbietet, Schuldner schon im Vorfeld sehr genau einschätzen und für die Gemeinden schon zu einem frühen Zeitpunkt sehr präzise Empfehlungen abgeben.

Durch viele professionelle außergerichtliche Interventionen (schriftlich, telefonisch und persönlich) gelingt es meist Zahlung zu erreichen. Die Erfolgsquote ist durch die Spezialisten des Alpenländischen Kreditorenverbands, die mit viel Fingerspitzengefühl jeden Fall bearbeiten, entsprechend hoch.

MEHR INFOS
AKV EUROPA – Alpenländischer Kreditorenverband
Tel.: +43(0)5 04 1000
Fax: +43(0)5 04 100-1522
Schleifmühlgasse 2, 1040 Wien
www.akv.at

akv EUROPA
ALPENLÄNDISCHER KREDITORENVERBAND

---

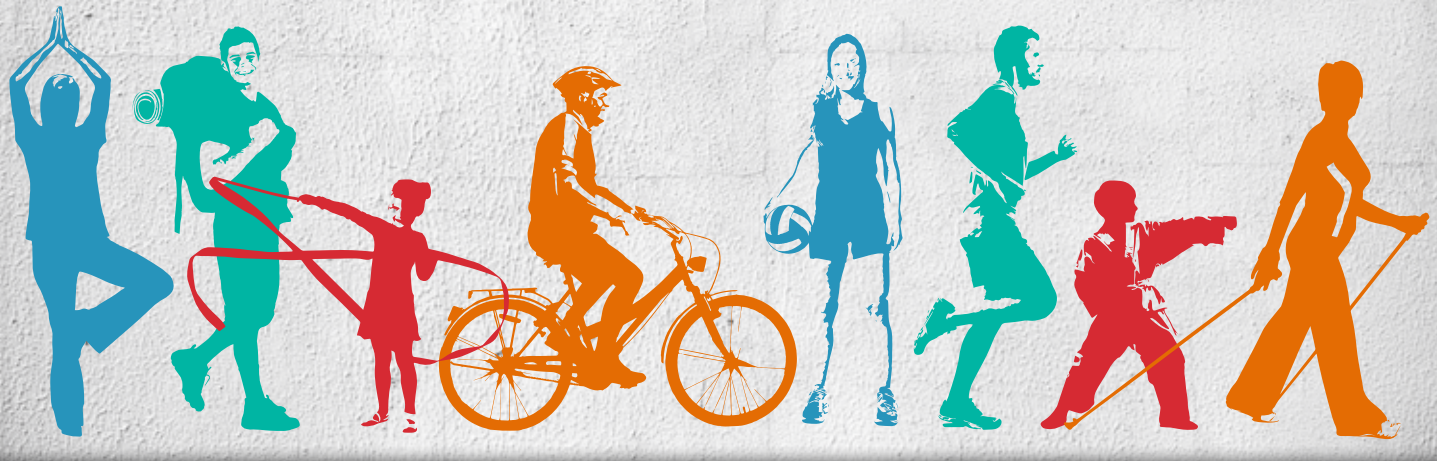
50 TAGE BEWEGUNG
www.gemeinsambewegen.at
07. SEPTEMBER BIS 26. OKTOBER

Unter dem Motto „Gemeinsam fit. Beweg dich mit!“ rufen wir alle Gemeinden und Sportvereine auf, bei der Initiative „50 Tage Bewegung“ vom 7.09. bis zum 26.10. mitzumachen!

Tragen Sie auf www.gemeinsambewegen.at Ihre Bewegungsangebote ein und bestellen Sie kostenlose Werbemittel.

Unser Ziel ist klar: Bewegung macht Spaß! Bewegung ist gesund und Gemeinden und Sportvereine haben für Alle passende Angebote in ihrer Nähe. Denn mit nur 150 Minuten Bewegung pro Woche kann man ganz leicht etwas für die eigene Gesundheit tun.

Unter allen teilnehmenden Gemeinden/Sportvereinen wird pro Bundesland ein professionelles Videoportrait verlost.



Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
Gesundheit Österreich GmbH
Fonds Gesundes Österreich
Bundesministerium Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport
Bundes-Sport GmbH
ASKÖ
ASVÖ
SPORT union

VERKEHRSSICHERHEIT

Unterstützung bei zeitgemäßer Verkehrsplanung

Wie setzt eine Gemeinde am besten ein neues Verkehrskonzept um? Experten von VITRONIC haben dazu Lösungen erarbeitet, die für österreichische Gemeinden maßgeschneidert sind.

FOTO // Unsplash/Dan V

Es gilt etwas zu tun, damit die Verkehrssituationen in den Gemeinden heutigen Mobilitätsbedürfnissen der Bürger gerecht werden! Dieses Bewusstsein ist vielerorts vorhanden, doch was ist konkret zu tun und wie geht man es am besten an?

Um dem starken Interesse der heimischen Gemeinden gerecht zu werden und ihnen eine individuelle Unterstützung anzubieten, die alle Besonderheiten und Möglichkeiten der heimischen Gesetzeslage berücksichtigt, hat der weltweit agierende Technologieführer im Bereich Verkehrssicherheit zu Beginn des Jahres eine Niederlassung in der Seestadt Aspern in Wien eröffnet.

Langjährige Erfahrung

Bereits seit 16 Jahren ist VITRONIC in Österreich aktiv und hat sich seitdem nicht nur mit seiner Kompetenz in Sachen Verkehrstechnik einen Namen gemacht, sondern insbesondere auch durch seine hervorragende Zusammenarbeit und Vernetzung mit den Behörden, der Polizei, Stakeholdern wie der ASFiNAG und natürlich den Gemeinden. „Alleine unsere führenden Experten in der Österreich-Niederlassung können in Summe über 100 Jahre Erfahrung beim Umsetzen nachhaltiger Konzepte zur Steigerung der Verkehrssicherheit vorweisen“, berichtet Ralf Larcher, der Geschäftsführer von VITRONIC Machine Vision Austria GmbH.

Ändern ja, aber wie?

Larcher kennt das Dilemma, in dem sich die Gemeinden befinden, nur zu gut: „Die StVO aus den 1960er-Jahren ist auf den motorisierten Individualverkehr ausgerichtet. Die gewachsene Verkehrsinfrastruktur ist daher auch auf deren Maßstäbe zugeschnitten. Und obwohl sich das tatsächliche Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung immer weiter davon entfernt, schrecken viele Gemeinden davor zurück, ihre Straßeninfrastruktur den geänderten Anforderungen anzupassen.“ Zu teuer sei es. Zu viel Aufwand. Und oft fehle auch der Plan, wie man die örtlichen Gegebenheiten für alle Verkehrsteilnehmer nachhaltig verbessern könne, ohne die Autofahrer damit zu verstimmen. Als Konsequenz werden da und dort 30er-Zonen oder Begegnungszonen errichtet – mit durchwachsenem Erfolg.

Wir müssen umdenken, **hin zu mehr Verkehrssicherheit für alle** Verkehrsteilnehmer.

Ralf Larcher
CEO VITRONIC Austria

Vertrauen ist gut

Die Maßnahmen sind an sich gut und richtig, vorausgesetzt die Verkehrsteilnehmer halten sich auch an die neuen Regeln. „Leider ist das häufig nicht der Fall. Vor allem, wenn die Sinnhaftigkeit, etwa einer 30er-Beschränkung, für den Fahrer nicht erkennbar ist. Zudem sind wir Menschen kognitiv dahingehend geprägt, immer unsere Grenzen auszuloten. Es braucht folglich auch Kontrollen, damit sich die Autofahrer an die Regeln halten“, weiß Larcher. „Klar ist, dass ein Umdenken stattfinden muss. Weg von der Prämisse, dem Verkehrsfluss alles unterzuordnen, hin zu mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer.“ Diese wurden in den letzten Jahren aufgrund von E-Bikes, E-Scooter & Co. noch diversifizierter. Bauliche Maßnahmen sind dafür ein wesentlicher Punkt, doch damit allein ist es nicht getan.

Expertisen einholen

Ausschlaggebend ist letztendlich, dass alle Verkehrsteilnehmer die neuen Gegebenheiten akzeptieren und respektieren. Doch wie erreicht man das? Antworten bündelt VITRONIC in mehreren Blogartikeln und Case Studies auf der eigenen Website. Diese vereinen Erkenntnisse aus internationalen Studien mit Erfahrungen aus anderen Ländern. Der

Die Mobilitätsformen der österreichischen Bevölkerung werden immer vielfältiger. Darauf muss die Verkehrsplanung reagieren.

weltweit tätige Technologieanbieter kennt die Rahmenbedingungen Österreichs und berät Kunden gerne dahingehend. „Wir möchten mit diesem Wissen möglichst viele Gemeinden unterstützen. Daher beabsichtigen wir dieses Know-how bald auch online zur Verfügung zu stellen", verrät Larcher. Bereits jetzt können Gemeinden auf dieses Wissen zugreifen und davon profitieren. VITRONIC bietet dazu allen Gemeindeverantwortlichen kostenlos individuelle Beratung und Hilfestellungen durch ihre Experten an – telefonisch und natürlich auch persönlich, wie zum Beispiel auf der Kommunalmesse (Stand A121), die gemeinsam mit dem Gemeindetag am 21. und 22. Juni in Innsbruck stattfindet.

Moderne Technik nutzen

VITRONIC hilft den Gemeinden nicht nur beim Planen, sondern auch beim Umsetzen zeitgemäßer Verkehrsinfrastruktur. Das Unternehmen ist einer der führenden Technologieanbieter industrieller Bildverarbeitung und lieferte unter anderem die Technik für die jüngsten Section-Control-Anlagen in Österreich. Die Geräte messen jedoch weit mehr als nur die Geschwindigkeit. Die Sensorik kann vielfältige Informationen aus einem Bild extrahieren, um sie mit Mustern zu vergleichen.
So erkennen die eingebauten Sensoren beispielsweise in Echtzeit, ob sich jemand einem Zebrastreifen nähert, um ihn zu überqueren, ob jemand bei roter Ampel über die Kreuzung fährt und vieles mehr. Wichtig zu wissen ist, dass Aufnahmen erst bei festgestellten Verkehrsverstößen entstehen. Somit ist – hinsichtlich des Datenschutzes – dieselbe Sicherheit wie bei der Section Control gegeben. Durch eine automatisierte Steuerung kann etwa der Verkehrsfluss erhalten werden, auch wenn Fahrspuren zugunsten anderer Verkehrsteilnehmer wegfallen.

Ein Plus an Lebensqualität

Nicht nur im Hinblick auf den Klimaschutz, sondern vor allem auch für einen spürbaren Anstieg der Lebensqualität im Ort ist es maßgeblich, die Verkehrsflächen in Gemeinden den Mobilitätsbedürfnissen des 21. Jahrhunderts anzupassen. Am effektivsten und nachhaltigsten gelingt das unter Einbeziehung der aktuellsten Erkenntnisse aus dem Bereich der Verkehrssicherheit. „Man muss Autofahrer nicht vor den Kopf stoßen, um den öffentlichen Raum für schwächere Verkehrsteilnehmer gleichermaßen attraktiv zu gestalten. Letztendlich gewinnen dadurch alle, denn selbst Autofahrer sind manchmal zu Fuß, mit dem Rad, eventuell mit Kinderwagen oder im Rollstuhl unterwegs", erinnert Larcher.

INFOS & BERATUNG

VITRONIC Machine Vision Austria GmbH
Christine-Touaillon-Str. 11/11
1220 Wien

ralf.larcher@vitronic.com
+43-1-2882885
www.vitronic.com

Mehr Verkehrssicherheit
Raser stoppen
in Ihrer Gemeinde

VITRONIC

Kommunalmesse Innsbruck

21. / 22. 6. 2023
Messe Innsbruck
A121, gemeinsam mit G4S

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

FÜNFTES NATIONALES RESSOURCENFORUM

Vision 2050 – die **Ressourcenwende** schaffen

FOTO // aprilian - stock.adobe.com

Anfang Mai lag beim „Fünften Nationalen Ressourcenforum“ der Schwerpunkt auf der praxisnahen Umsetzung von Kreislaufwirtschaft durch Betriebe, Gemeinden und Gesellschaft.

Vor Ort in Salzburg und online nahmen insgesamt rund 500 Gäste aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft teil. Höhepunkte der ersten beiden Tage waren die Vorträge von Petra Künkel (Mitglied des Exekutivkomitees des Club of Rome und Ehrenpräsidentin des Collective Leadership Institute), Nina Eisenmenger (Universität für Bodenkultur Wien) und Global Circular Activist Harald Friedl.

Beim Zukunftsdialog „Ist Nachhaltigkeit utopisch? Wie wir Barrieren überwinden und zukunftsfähig handeln“ erklärte Christian Berg, Honorarprofessor der TU Clausthal: „Wir leben vielfach auf Kosten der Umwelt. Ein Paradigmenwechsel ist in vielen Bereichen unseres Lebens unerlässlich. Wir müssen die Nachhaltigkeitsziele zusammenhängend denken, sonst werden wir scheitern. Nachhaltigkeit darf daher nicht primär in moralischen Kategorien diskutiert werden. Vielmehr müssen wir gleichzeitig Strukturen, Anreizsysteme und Prozesse ändern.“

Mit Berg diskutierten Christian Holzer, Leiter Sektion Umwelt und Kreislaufwirtschaft im Klimaschutzministerium, und Alexander Janz, Experte für Kreislaufwirtschaft im Umweltbundesamt (Deutschland).

Zum Abschluss der Veranstaltung zog Rudolf Zrost, Präsident des Ressourcen Forum Austria, eine positive Bilanz: „Wir haben tolle Beispiele gesehen und interessante Diskussionen erlebt. Materialkosten machen in den Unternehmen durchschnittlich rund 40 Prozent der Kosten aus. Kreislaufwirtschaft hilft uns, diese nachhaltig zu senken und Ressourcen zu schonen. Das wird im Wettbewerb immer relevanter.“

Reinhard Schneider, Umweltpreisträger, Inhaber von Werner & Mertz mit Produktion in

Christian Holzer vom BML, Ressourcen-Forum-Präsident Rudolf Zrost, Alexander Janz, Experte für Kreislaufwirtschaft im Umweltbundesamt (Deutschland) und Christian Berg, Honorarprofessor der TU Clausthal

Christian Berg: „Wir müssen gleichzeitig Strukturen, Anreizsysteme und Prozesse ändern."

FOTOS // Neumayr

„Ein Paradigmenwechsel ist unerlässlich. Wir müssen Nachhaltigkeitsziele zusammenhängend denken, sonst werden wir scheitern."

Christian Berg, Honorarprofessor der TU Clausthal

Hallein und Referent auf der Konferenz, betonte mit einem „kirchlichen" Vergleich, wie wesentlich Ehrlichkeit für die Ressourcenwende sei: „Wenn Sie Ihrem Beichtvater sagen, dass Sie alle Sünden gestehen außer den schwerwiegenden, und Sie hätten gerne die Absolution, beim Thema Buße aber einen großen Rabatt – so ähnlich ist es derzeit beim Ausloben von Klimaneutralität bei vielen Unternehmen und Produkten." Neben seiner Firma unterstützten zahlreiche Unternehmen und Institutionen die Veranstaltung, darunter die Stieglbrauerei, die Salzburg AG, das Klimaschutz- und das Landwirtschaftsministerium sowie das Land Salzburg.

Das Ressourcen Forum Austria wurde 2013 als österreichische Plattform für effiziente Ressourcennutzung und Nachhaltigkeit von Vertretern aus Industrie und Landwirtschaft gegründet. Der Verein steht Organisationen wie Privatpersonen offen, die sich den Themen Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit widmen wollen.

Die Aufzeichnungen der einzelnen Keynotes und Workshops sind via **www.ressourcenforum.at** abrufbar.

green care® PROFESSIONAL

DIE ERDE STEHT KURZ VOR IHREN

BELASTUNGS-GRENZEN

Was können wir tun?

WIR KÖNNEN UNS MIT CO_2-KOMPENSATION VON DER KLIMA-KRISE NICHT FREIKAUFEN.

Gehen Sie mit uns in eine kreislauffähige Zukunft für ehrlichen Klimaschutz. Was jetzt der richtige Weg ist, erfahren Sie unter:

www.circular-success.com

WISSEN

Die fünf häufigsten **Photovoltaik-Irrtümer**

FOTO // MERCURY studio - stock.adobe.com

Photovoltaikanlagen boomen. Viele Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer planen derzeit die Anschaffung einer Anlage, um günstigen Solarstrom zu erzeugen. Allerdings halten sich noch immer einige falsche Vorstellungen. Werden sie nicht berichtigt, kann das zur Enttäuschung bei den Käuferinnen und Käufern führen.

Quelle dieses Beitrags ist das Photovoltaik-Netzwerk Baden-Württemberg.
www.photovoltaik-bw.de

Zu den Mythen um PV-Anlagen gehört laut Photovoltaik-Netzwerk Baden-Württemberg etwa die Annahme, dass Süddächer am besten geeignet sind. Die Wirtschaftlichkeit von Batteriespeichern wird ebenfalls oft falsch eingeschätzt. Auch ist man mit Solaranlage und Speicher meist nicht autark.

Eine Solarstromanlage ist nicht nur für Eigenheimbesitzerinnen und -besitzer lohnend. Sie erzeugt günstigen Strom für die Waschmaschine, den Kühlschrank und sogar das Elektroauto. Was nicht selbst verbraucht werden kann, wird gegen eine Vergütung in das Netz eingespeist. Insgesamt führt dies trotz gestiegener Anlagenpreise und einer geringen Einspeisevergütung zu einer ordentlichen Rendite. Mit der eigenen Photovoltaikanlage auf dem Dach wird man zudem unabhängiger vom öffentlichen Stromversorger und leistet einen Beitrag zur Energiewende.
Es gibt jedoch noch immer einige Photovoltaik-Mythen.

Grundsätzlich gilt: Je höher der Anteil des Solarstroms am selbst verbrauchten Strom ist, desto höher ist der Gesamtgewinn der Photovoltaikanlage.

Mythos 1: Süddach-Anlagen sind lukrativer. Das stimmt nicht. Richtig ist: Von der Ausrichtung der Solarmodule hängt es ab, wie viel Strom die Photovoltaikanlage erzeugt. Optimal für die maximale Solarausbeute sind Süddächer mit einer Neigung von 30 Grad. Dann ist der Jahresertrag der Anlage am höchsten.

Wirtschaftlicher ist jedoch, den Strom dann zu ernten, wenn er direkt genutzt werden kann. Dafür eignet sich eine Ost-West-Ausrichtung, bei der man die Anlage auf beiden Seiten des Daches anbringt. Der solare Ertrag liegt hier zwar „nur“ bei 80 bis 90 Prozent. Dafür erzeugen Ost-West-Anlagen den Sonnenstrom kontinuierlicher über den Tag – weniger mittags und mehr morgens und nachmittags. So können Anlagenbetreiberinnen und -betreiber einen größeren Teil des Stromverbrauchs mit günstigem Solarstrom vom Dach decken, was den Einkauf von teurem Strom aus dem Netz stärker reduziert.

Grundsätzlich gilt: Da der Eigenverbrauch lukrativer ist als die Einspeisung in das Netz, erhöht das die Wirtschaftlichkeit der Anlage.

Ausnahme: „Wer eine Wärmepumpe und eine Photovoltaikanlage betreibt, hat bei Montage der Solaranlage auf der Südseite des Daches Vorteile“, sagt Tina Schmidt vom Photovoltaik-Netzwerk Baden-Württemberg. „Sie erzeugt in den kurzen Wintertagen, wenn die Wärmepumpe viel Strom zum Heizen benötigt, mehr Solarstrom als eine Ost-West-Anlage. Das verbessert die Wirtschaftlichkeit.“

Mythos 2: Nur mit Solarstromspeicher lohnt sich die Photovoltaikanlage. Falsch. Die Solaranlage lohnt sich bereits ohne Batteriespeicher. Mit Batterie verschlechtert sich die Rentabilität sogar, da die Solarstromspeicher für kleinere Wohngebäude meist noch nicht wirklich wirtschaftlich sind. Grundsätzlich gilt: Je höher der Anteil des Solarstroms am selbst verbrauchten Strom ist, desto höher ist der Gesamtgewinn der Photovoltaikanlage. Ihn mit Batterien zu erhöhen, lohnt sich aufgrund der zu hohen Speicherkosten noch nicht.

Inzwischen gibt es bereits Systeme, deren Kosten inklusive Leistungselektronik rund 800 Euro pro Kilowattstunde Speicherkapazität betragen. Unterhalb dieser Schwelle sind die Powerpakete wirtschaftlich – vorausgesetzt, die Lebensdauer der Speicher beträgt 20 Jahre. Halten die Geräte, wie garantiert, nur zehn Jahre, rechnen sich die Speicher nicht. Anders aussehen kann es bei Solarstromspeichern, die noch zusätzliche Aufgaben etwa für den Betrieb des öffentlichen Stromnetzes oder eine Notstromversorgungssicherheit übernehmen.

Mythos 3: Autarke Stromversorgung mit Photovoltaik und Speicher. Dies ist ein auffällig häufiger Irrglaube. Die Photovoltaikanlage und der Batteriespeicher können in aller Regel nur einen Teil des Strombedarfs im Haushalt decken. Je nach Größe der Anlage und des Speichers sowie des Stromverbrauchs liegt der typische Unabhängigkeitsgrad zwischen 30 und 90 Prozent. Insbesondere in den Monaten November bis Februar reicht der Solarstrom vom Dach nicht für den gesamten Bedarf im Haus aus. Die Bewohnerinnen und Bewohner müssen dann zusätzlich Strom aus dem Netz beziehen.

Im Sommer jedoch kann die Anlage mehr Strom erzeugen als verbraucht und in der Batterie gespeichert werden kann. „Eine Einspeisung des Überschussstroms in das Netz ist dann auch wirtschaftlich äußerst sinnvoll – und der Autarkiegedanke unvernünftig“, erklärt Hans-Joachim Horn, Solarfach- und Energieberater vom regionalen Photovoltaik-Netzwerk Hochrhein-Bodensee. „Eine wirkliche Autarkie, also die komplette Versorgung des Haushaltes zu jeder Zeit aus der eigenen Anlage mit Batteriespeicher ist zwar technisch möglich, aber extrem aufwendig und teuer.“ »

Nur wer eine Wärmepumpe und eine Photovoltaikanlage betreibt, hat **bei Montage der Solaranlage auf der Südseite des Daches Vorteile.“**

Tina Schmidt, Photovoltaik-Netzwerk Baden-Württemberg

Mythos 4: Balkonsolaranlage schützt vor Stromausfall. Balkonsolaranlagen lohnen sich insbesondere für Mieterinnen und Mieter sowie Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer. Sie können bei einem Umzug einfach mitgenommen und auch im Garten aufgestellt werden. Aktuell sind in Deutschland schon rund 400.000 der kleinen Steckersolargeräte in Betrieb. Sie bestehen üblicherweise aus ein bis zwei Solarmodulen, einem Kleinwechselrichter und dem Anschlusskabel an eine Steckdose. Dass Balkonsolarmodule vor einem Stromausfall schützen, stimmt aber nicht. Bei einem Stromausfall schaltet sich der Wechselrichter der Balkonsolaranlage innerhalb von Sekundenbruchteilen aus Sicherheitsgründen automatisch ab. Das Steckersolargerät kann dann keinen Strom mehr in das Haushaltsstromnetz einspeisen.

Für eine Ersatzstromversorgung bräuchte man einen Stromspeicher mit speziellem Wechselrichter. Für die kleinen Balkon-Steckersolargeräte, die viel weniger Strom erzeugen als Dachanlagen, lohnt sich ein Speicher jedoch nicht. Er könnte die elektrischen Geräte im Haushalt auch gar nicht vollständig versorgen.

„Eine Einspeisung des Überschussstroms im Sommer in das Netz ist wirtschaftlich äußerst sinnvoll – und **der Autarkiegedanke unvernünftig.**“

Hans-Joachim Horn, Solarfach- und Energieberater

Mythos 5: Photovoltaikanlagen stellen eine Brandgefahr dar. Dass eine Photovoltaikanlage ein Brandrisiko darstellt, ist eine immer noch weit verbreitete Befürchtung. Doch dies ist nicht richtig. Die Brandgefahr erhöht sich durch eine Photovoltaikanlage nicht nennenswert. Die Statistik zeigt dies eindrücklich:

Nur 0,006 Prozent der Photovoltaikanlagen waren Ursache für einen Brand mit größerem Schaden, hat das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE für den Zeitraum von 1994 bis 2013 herausgefunden. Das sind sechs von 100.000 Anlagen. In den zehn Jahren danach hat sich daran nichts Grundlegendes geändert.

ÜBER DAS PHOTOVOLTAIK-NETZWERK BADEN-WÜRTTEMBERG

Das Photovoltaik-Netzwerk Baden-Württemberg gibt neue Impulse für den Ausbau der Sonnenstromnutzung im Südwesten Deutschlands, bringt Akteure zusammen und unterstützt so die Energiewende in allen zwölf Regionen Baden-Württembergs. Als Anlaufstelle richten sich die regionalen Netzwerke an Kommunen, Unternehmen, Landwirte, Umweltschutzverbände, Bürgerinnen und Bürger sowie weitere Institu-

tionen. Alle Interessierte, Institutionen und Unternehmen sind eingeladen, sich einzubringen und das Netzwerk zu nutzen. Mit Informations- und Fachveranstaltungen, Beratung, Öffentlichkeitsarbeit und Wissens- und Erfahrungsaustausch sollen Vorbehalte abgebaut und die klimafreundliche Energiebereitstellung direkt vor Ort beschleunigt werden. Landesweit koordiniert wird das Netzwerk vom Solar Cluster Baden-Württemberg und der KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg.

„Löschen mit Wasser ist entweder mit Vollstrahl aus fünf Metern oder mit Sprühstrahl aus einem Meter Entfernung möglich."

Antonia Gordt, Photovoltaik-Netzwerk

Auch die Vorstellung, dass die Feuerwehr Häuser mit brennenden Solaranlagen nicht löscht, da die Anlagen unter Strom stehen, entspricht nicht dem heutigen Stand. „Die Feuerwehr löscht selbstverständlich auch in Brand geratene Häuser mit Photovoltaikanlagen", sagt Antonia Gordt vom Photovoltaik-Netzwerk. „Löschen mit Wasser ist entweder mit Vollstrahl aus fünf Metern oder mit Sprühstrahl aus einem Meter Entfernung möglich."

Noch ein Wort zum Recycling. Dass Solarmodule nicht recycelt werden, stimmt nur teilweise. Es gibt in Deutschland bereits ein bundesweites Sammel- und Recyclingsystem, dem sich viele Hersteller angeschlossen haben. Es heißt PV-Cycle. Betreiber von Photovoltaikanlagen können Module der Mitgliedsunternehmen nach Ablauf der Lebenszeit oder auch beschädigte Module an einer der Sammelstellen kostenlos abgeben. Welche Marken das sind und wo sich die nächste Sammelstation befindet, steht auf der Internetseite von PV-Cycle. Recycelt werden aktuell die Solarmodulbestandteile Glas und Aluminium. Die Verwertung von Silizium und anderen Metallen ist technisch möglich, jedoch erfolgt sie aus wirtschaftlichen Gründen aktuell noch nicht. Forschungsvorhaben arbeiten aber daran, die vollständige Verwertung in die Praxis zu bringen, so etwa das Projekt ReSi-Norm in Deutschland.

In Österreich betreiben Entsorgungsbetriebe wie Saubermacher aus Graz Pilotprojekte zum PV-Anlagen-Recycling, an Universitäten wie etwa der Montanuni in Leoben wird zu diesem Thema geforscht. Aber das Recycling der Module und der elektrischen Bauteile von Solaranlagen steckt noch in den Kinderschuhen.

Besuchen Sie uns vom 21.6. bis 22.6.2023 beim 69. Österreichischen Gemeindetag in Innsbruck.

www.gemeindebund.at

Partnerschaftliche Lösungen
KOMMUNAL SERVICE
für die Zukunft der Region

WIR MACHT'S MÖGLICH.
AUS DER REGION, FÜR DIE REGION.

www.raiffeisen.at

EINE PLATTFORM FÜR DEN HOCHWASSERSCHUTZ

Informationsaustausch zum **Hochwasserschutz**

Der Klimawandel und damit oft einhergehende Starkregenerscheinungen werden immer mehr Alltag. Häufig ist damit auch Hochwasser verbunden. Die ARGE Hochwasserschutz hat sich zur Aufgabe gemacht, eine Plattform für mehr Informationsaustausch zu sein.

FOTO // hws machland

Die Aufgaben der für den Hochwasserschutz verantwortlichen Institutionen sind in den letzten Jahren immer anspruchsvoller geworden, wobei die finanziellen und personellen Ressourcen im besten Fall gleich geblieben sind. Ebenso stellen die rechtlichen und wirtschaftlichen Anforderungen und insbesondere Fragen der Haftung die Verantwortlichen und deren Organe vor große Herausforderungen. Hochwasserschutzbauten und Hochwasserrückhaltebecken sind technische Bauwerke, die gepflegt, gewartet und kontrolliert werden müssen. In den Kursen des ÖWAV (Österreichischer Wasser- und Abfallwirtschaftsverband) zur „Sicherheit von Hochwasserschutzanlagen und Rückhaltebecken“ wird den Mitarbeiter:innen von Betreibern dieser Anlagen grundsätzliches Wissen über die Anforderungen der Hochwasserschutzbauwerke vermittelt, um im Trockenfall, im Hochwasserfall und im Katastrophenfall die richtigen Entscheidungen treffen zu können.

Zusätzlich ist die von der EU-Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) geforderte Gewässerinstandhaltung nach ökologischen Kriterien unter anderem auch von den Hochwasserschutz- und Erhaltungsverbänden sowie Genossenschaften und Gemeinden zu bewerkstelligen. Auch neue Hochwasserschutzbauten sind aktuell meist nur mehr mit begleitenden ökologischen Maßnahmen bewilligungsfähig. Dazu werden den Mitarbeiter:innen (auch Baufirmen) in eigenen ÖWAV-Ausbildungskursen die rechtlichen Rahmenbedingungen und Anforderungen zur bescheidgemäßen Erfüllung des Hochwasserschutzes sowie zur ordnungsgemäßen Instandhaltung eines Gewässers vermittelt.

> „In der ARGE Hochwasserschutz wird mit Unterstützung von Behördenvertreter:innen **gemeinsam an Lösungen für die Praxis gearbeitet.“**

Gemeinden und die ARGE Hochwasserschutz. All diese Themen und die damit verbundenen Herausforderungen sind nur unter Einbeziehung aller Beteiligten – Verbände, Gemeinden, Behörden, Planer:innen, Universitäten und Wirtschaft – zu bewerkstelligen. Durch regelmäßige Treffen bietet die Plattform der ARGE Hochwasserschutz den für das Thema Zuständigen einen Informations- und Erfahrungsaustausch – vor allem auch betreffend die Förderungsmöglichkeiten der Maßnahmen für Hochwasserschutz und Ökologie. Gleichzeitig wird in der ARGE mit Unterstützung von Behördenvertreter:innen gemeinsam an Lösungen für die Praxis gearbeitet. Um die Teilnahme an den Treffen möglichst einfach zu gestalten, werden diese auch in hybrider Form (Präsenz und online) abgehalten.

Darüber hinaus finden laufend weitere Kurse und Seminare statt, die eigens dafür in der ARGE Hochwasserschutz des ÖWAV mitentwickelt wurden und Themen des Hochwasserschutzes und der Instandhaltung ansprechen sowie über aktuelle Entwicklungen informieren. Dabei werden auch rechtliche und wirtschaftliche Aspekte wie etwa aktuelle Novellen der VRV thematisiert, konkrete Lösungen für Verbände und Genossenschaften aufgezeigt und ein breites Bewusstsein für die Bedeutung der Verbände und Genossenschaften im Bereich des Hoch-

Auch konventionelle Hochwasserschutzbauten in Siedlungsräumen sind aktuell meist nur mehr mit begleitenden ökologischen Maßnahmen im Einzugsgebiet bewilligungsfähig.

wasserschutzes und der ökologischen Gewässerinstandhaltung geschaffen.

Das nächste Treffen der ARGE Hochwasserschutz (Vertreter:innen der Hochwasserschutzverbände, der Genossenschaften und der Gemeinden sind herzlich eingeladen) findet am Freitag, den 29. September 2023, statt. Ziel ist, die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam und effizient zu gestalten und bewältigen zu können.

Für weitere Fragen bzw. für eine allfällige Anmeldung steht Ihnen Wolfgang Paal (Bereichsleiter Wasser im ÖWAV) gerne zur Verfügung.

Weitere und aktuelle Informationen finden Sie auf **www.oewav.at**

Weitere ÖWAV-Seminare und Kurse 2023
zum Thema:

- 29.06.: Kurs **Neophytenmanagement**
- 10.10.: Kurs **Hochwasserrückhaltebecken**
- 16.10.: Kurs **Hochwasserschutzanlagen**
- 19.–20.10.: ÖWAV/EWA-Konferenz: **Wasserressourcen im Klimawandel** – zu viel oder zu wenig Wasser
- 08.11.: Kurs **Umweltgerechtes Bauen an und in Gewässern** (für Baufirmen)
- **Kooperations-Webinar KOMMUNAL/ÖWAV**: ARGE Hochwasserschutz (Termin wird noch bekannt gegeben)

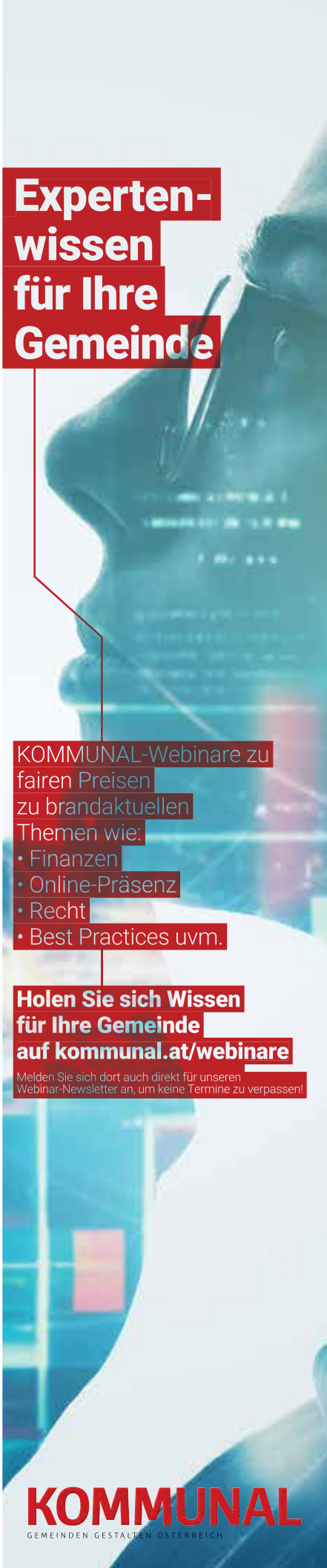
DER ÖWAV

Der Österreichische Wasser- und Abfallwirtschaftsverband (ÖWAV) vertritt seit 1909 die Gesamtheit der Wasser- und Abfallwirtschaft in Österreich. Seinen über 3.000 Mitgliedsorganisationen bietet der ÖWAV ein Branchennetzwerk, eine neutrale und unabhängige Plattform aller Fachexpert:innen und beteiligten Berufsgruppen sowie aktuelle Informationen und den Interessensausgleich in der nationalen Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft. Neben der Veröffentlichung von Publikationen für die Fachwelt werden im Rahmen des Aus- und Fortbildungsprogramms des ÖWAV zu den einzelnen Fachbereichen der Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft jährlich zahlreiche Seminare und Ausbildungskurse veranstaltet.

Ziel der ARGE Hochwasserschutz im ÖWAV ist es, eine Plattform für alle Fragen und Problemstellungen der Verantwortlichen im Hochwasserschutz zu bilden, um speziell für diese Zielgruppen Aktivitäten im ÖWAV zu entwickeln, zu koordinieren und zu bündeln.

Hier geht's zur ARGE Hochwasserschutz:

https://www.oewav.at/



WILO-TAUCHMOTORRÜHRWERKE

20% EINSPARUNG IM KLÄRWERK VILLACH

Mit der 1997 in Betrieb genommenen vollbiologischen Kläranlage in St. Agathen setzte die Stadt Villach ein starkes grünes Signal. Bei einem Reinigungsgrad von mehr als 95 Prozent konnte die Drau im Bereich der Stadt von kommunalen Abwässern weitgehend entlastet werden.
Bereits 2013 wurde Wilo seitens der Stadt Villach sehr vorausschauend eingeladen, ein Angebot für den Austausch der bestehenden Tauchmotorrührwerke in zwei Belebungsbecken zu legen und gleichzeitig eine energetische Optimierung der Anlage zu erzielen. Die größte Herausforderung stellte die vollflächige Abdeckung des Mäanderbeckens dar. Nur die drei vorhandenen Montageöffnungen konnten für den Austausch und die Positionierung der Rührwerke genutzt werden.

Die Entscheidung für Wilo fiel damals und heute aufgrund der Wirtschaftlichkeit der angebotenen Tauchmotorrührwerke. In Folge der globalen Klimaerwärmung werden weltweit verstärkt Anstrengungen zur Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen unternommen.
Dazu ist es notwendig und zum Teil auch bereits gesetzlich gefordert, energieeffiziente Maschinen in allen Bereichen der Technik einzusetzen – Anforderungen, die die Maschinen von WILO perfekt erfüllen.

Mäanderbecken mit Wilo-Tauchmotorrührwerken

KONTAKT
Sales Platform DACH
WILO Pumpen Österreich GmbH
T: +43 507 507 132
M: +43 664 96 78 736
barbara.heinisch@wilo.com
www.wilo.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Pioneering for You

wilo

Bis zu 19 % Einsparung!

Wilo-EMU TRE
Propeller-Rührwerk für die Abwasserbehandlung in Kläranlagen.

Unsere Lösung für eine effiziente biologische Reinigung in Ihrer Kläranlage.
Mit dem Rührwerk Wilo-EMU TRE326-3 mit IE4-Motor können Sie mit mehr Schub und bei geringerem Energieeinsatz bis zu 65.000 kWh oder rund 19.000 €/Rührwerk in 15 Jahren einsparen*.

* Belastungsprofil: „full load operation" (8.760 Std/Jahr/Rührwerk), Strompreis: 0,30 €, Betrachtungszeitraum 15 Jahre, Wilo-EMU TRE 326-3.36-4/12 E4 vs. Wilo-EMU TR 325.28-4/8

www.wilo.at

Mehr Natur für unsere Gewässer

Gut für uns alle!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BML ILLUSTRATION: © BML/ZENZ

Bundesministerium
Land- und Forstwirtschaft,
Regionen und Wasserwirtschaft

Unsere Flüsse brauchen wieder mehr Raum und Vielfalt. Schaffen Sie in Ihrer Gemeinde wieder lebendige Flusslandschaften und erhöhen dadurch die Lebensqualität Ihrer Bürgerinnen und Bürger. Holen Sie sich bis zu **98 % Förderung** für Ihr Renaturierungsprojekt! Es zahlt sich aus!
Alle Förderinfos:
www.bml.gv.at/gewaesseroekologie-gemeinde

FOTO // yanik88 - stock.adobe.com

WASSERREICHES ÖSTERREICH

Ist die **Versorgung mit Trinkwasser** sicher?

Ohne viel nachzudenken, dreht man den Wasserhahn auf und Trinkwasser in bester Qualität fließt aus der Leitung. – Aber was ist, wenn es einmal nicht mehr fließt?

Die Trinkwasserversorgung in Österreich ist sicher“, sagt der Präsident der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW), Wolfgang Nöstlinger. So wurde vor Jahren damit begonnen, die Wasserversorgung störungssicher zu machen, und es wurden Investitionen in die Erweiterung und Modernisierung des Leitungsnetzes getätigt. Zusätzliche Quellen und Brunnen wurden erschlossen und Verbundleitungen gebaut.

Versorgungssicherheit gewährleistet. Sollte einmal der Strom ausfallen, dann kommt so gut wie alles zum Stillstand. „Damit in solch einer Krisensituation die Trinkwasserversorgung nicht ausfällt oder gegebenenfalls schnell wieder zur Verfügung steht, wurden umfassende Vorkehrungen getroffen“, sagt Nöstlinger. Höher gelegene Trinkwasserspeicher werden als Wasservorrat für mehrere Tage genutzt und wichtige Anlagen sind mit Notstromaggregaten ausgestattet. „In vielen Gemeinden gibt es Notkonzepte zur Versorgung der Bevölkerung mit Wasser“, so Nöstlinger, „auch in die Cybersicherheit wurde viel investiert. Unsere Trinkwasserversorgungsanlagen sind krisenfit.“

Vorrang für die Trinkwasserversorgung. Die klimatischen Veränderungen zeichnen sich in Österreich durch ein vermindertes Wasserdargebot sowie einen erhöhten Wasserbedarf in Hitzeperioden aus. Damit verbunden sind sinkende Grundwasserstände, die regional zu Wassermangelsituationen führen können. „Die Versorgung der Haushalte mit Trinkwasser für den ‚Inhouse-Bedarf‘ muss unter allen Umständen gewährleistet werden. Hier braucht es schnell einen bundesweiten Notfallplan, um der Trinkwasserversorgung bei Wassermangel auch auf gesetzlicher Basis den Vorrang vor konkurrierenden Wassernutzungen einzuräumen“, betont ÖVGW-Präsident Nöstlinger.

Bewusster Umgang mit Wasser. Aber es bedarf nicht nur gesetzlicher Voraussetzungen. Vielmehr muss es gelingen, die Bevölkerung für den Umgang mit Trinkwasser zu sensibilisieren. Gerade in Wassermangelsituationen sind die

FOTO // ©dualpixel - Martin Seifried

„In vielen Gemeinden gibt es Notkonzepte zur Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser.“

Wolfgang Nöstlinger,
Präsident der ÖVGW

FOTO // ©ÖVGW

Es muss gelingen, die Bevölkerung für den Umgang mit Trinkwasser zu sensibilisieren. Gerade in Wassermangelsituationen sind die Trinkwasserversorger auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen, um die Versorgung langfristig sicherzustellen.

UNSER TRINKWASSER

ÖVGW
ÖSTERREICHISCHE VEREINIGUNG FÜR DAS GAS- UND WASSERFACH

Trinkwasserversorger auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen, um die Versorgung langfristig sicherzustellen. „In Hitzezeiten muss der Garten nicht unbedingt mit Leitungswasser gegossen werden. Wenn der Rasen einmal nicht besprengt wird, macht das auch nichts“, so Nöstlinger.

Am **16. Juni 2023 findet der österreichische TRINK'WASSERTAG** statt. An diesem Tag gilt es den Wert des Trinkwassers hervorzuheben und auf einen bewussteren Umgang damit hinzuweisen.

ÖVGW – Österreichische Vereinigung
für das Gas- und Wasserfach
1010 Wien, Schubertring 14
Tel +43 1 513 15 88 0
E-Mail : office@ovgw.at
www.ovgw.at
www.unsertrinkwasser.at

Ratgeber: Überflutungs- & Rückstauschutz

Drei Jahre nach der letzten Veröffentlichung ist der „Ratgeber Überflutungs- und Rückstauschutz“ von Mall jetzt in aktualisierter 3. Auflage erschienen. Alle Beiträge wurden überarbeitet und inhaltlich aktualisiert. Der Ratgeber richtet sich an Planungsbüros, Kommunen, Handwerksbetriebe und die Wohnungswirtschaft, aber auch an Eigentümer von potentiell gefährdeten Grundstücken und Gebäuden.

Die in der Fachbuchreihe „Ökologie aktuell“ erscheinende Broschüre kann zum Preis von 15 Euro inkl. MwSt. und zzgl. Versandkosten bestellt werden (ISBN 978-3-00-060966-4). Mehr Infos unter: **www.mall.info/infomaterial**

FOTOS // Modvion Schweden

Das Furnierschichtholz Kerto LVL aus Finnland kommt in den Windkrafttürmen des schwedischen Unternehmens Modvion zum Einsatz.

Windkrafttürme aus Furnierschichtholz

Sie machen sich die Kraft der Natur zunutze und schützen das Klima: Windkraftanlagen. Zugleich verbraucht ihr konventioneller Bau viel Energie – vor allem die Herstellung der Stahltürme. Die schwedische Konstrukteursfirma Modvion entwickelte dazu eine deutlich nachhaltigere Alternative: Fossile Materialien werden durch einen nachwachsenden Baustoff substituiert – das Unternehmen setzt bei der Realisierung der Anlagen auf Holz. Mit Kerto LVL kommt dabei ein Furnierschichtholz zum Einsatz, dessen Festigkeit die Realisierung besonders schlanker und tragfähiger Konstruktionen zulässt. Die Zusammenarbeit zwischen dem finnischen Hersteller Metsä Wood, einem der führenden europäischen Holzwerkstoff-Produzenten, und Modvion wurde jetzt noch einmal manifestiert. Metsä Wood beliefert Modvion mit Kerto LVL. Der Gewinn erneuerbarer Energie aus Wind wird so deutlich nachhaltiger. Mehr Infos unter:
https://modvion.com/ oder **www.metsagroup.com/de/metsawood/**

46.000.000.000

Die Umweltwirtschaft in Österreich hat im Jahr 2021 mit insgesamt 204.200 Beschäftigten 46,2 Mrd. Euro umgesetzt, davon stammen 15,0 Mrd. Euro aus Exporten. Wie aus Daten der Statistik Austria über die umweltorientierte Produktion und Dienstleistung weiter hervorgeht, erzielte die Umweltbranche 2021 eine Bruttowertschöpfung von 18,6 Mrd. Euro.

-1,9 %

Im April 2023 lagen die Baukosten für den Wohnhaus- und Siedlungsbau laut Statistik Austria um 1,9 % unter dem April-Wert des Vorjahres. Im Straßenbau fielen die Kosten innerhalb eines Jahres um 0,9 %, im Brückenbau um 6,6 %. Im Siedlungswasserbau hingegen stiegen die Kosten um 1,0 %.

BEST PRACTICE
IN ALLER KÜRZE

Österreich nur auf Rang 56

Wie der ORF berichtet, hinkt Österreich anderen Ländern in Sachen Internetgeschwindigkeit noch deutlich hinterher. Wie der Speedtest des US-Internetkonzerns Ookla zeigt, belegte Österreich im März bei stationären Internetanschlüssen international nur den 56. Rang.
https://oesterreich.orf.at/stories/3206386/

Wassersparen mit Mewa

Mewa steht für nachhaltiges Textil-Service und Umweltschutz. Das Textil-Service von Mewa geht von Herstellung bis Reinigung für Berufs- und Schutzkleidung, Putztücher, Ölauffangmatten und Fußmatten. Mit einer Vielzahl an technologischen Innovationen wird der Bedarf an Wasser, Energie und Waschmitteln kontinuierlich gesenkt.
mewa.at

Finanzierungsmesse „The Green 100“

Nachhaltig finanzieren oder nachhaltig finanzieren lassen – bei der grünen Finanzierungsmesse „The Green 100“, die Anfang Mai in Wien stattgefunden hat, war beides möglich. Dort konnten klimawirksame Unternehmen, Start-ups und Projekte, die Kapital benötigen, mit Investor:innen in Kontakt kommen und sich über eine potenzielle Finanzierung austauschen. Neben den 62 nach Investor:innen suchenden Aussteller:innen waren auch 17 Vermittler:innen und sechs Finanzdienstleister:innen vor Ort.
Mehr Infos unter:
www.klimafonds.gv.at/press/innovation-trifft-investition/

FOTO // © BMK | Cajetan Perwein

Für Klimaschutzministerin Leonore Gewessler war die erste Auflage der grünen Finanzierungsmesse „ein voller Erfolg, denn der Finanzbereich ist ein zentraler Hebel für den Klimaschutz“.

Solares Warmwasser weltweit neu denken

Die Nachfrage nach Warmwasser steigt weltweit kontinuierlich an. Auf globaler Ebene basiert die Warmwasserversorgung überwiegend auf fossilen Energieträgern. Solartechnologien machen aktuell weltweit nur zwei Prozent der Wärmeversorgung aus. Ein Projekt der Internationalen Energieagentur IEA SHC Task 69 zielt darauf ab, Schlüsseltechnologien der solaren Warmwasserbereitstellung kostengünstiger, leistungsfähiger und zuverlässiger zu machen.
Mehr Infos unter:
www.aee-intec.at/solare-warmwasserbereitstellung-weltweit-neu-denken-298

FOTO // © SOLTRAIN/AEE INTEC

Der Task fokussiert sich auf zwei Technologien, die im Jahr 2030 und darüber hinaus auf globaler Ebene die voraussichtlich wichtigste Rolle spielen werden: Thermosiphonsysteme und PV-Anlagen zur Warmwasserbereitstellung.

Amiblu®

Stromerzeugung mit mehr Leistung

Amiblu GFK-Rohrsysteme

- 10x leichter als Beton
- 50% weniger Druckstoß als Stahl, Gusseisen
- Keine Korrosion, sehr lange Lebensdauer
- Optimale hydraulische Eigenschaften
- Sehr hohe Abrieb- & Schlagfestigkeit
- Einfache Verlegung in jedem Gelände
- Umwelt-Produktdeklarationen (EPD) verfügbar

Pipes designed for generations

www.amiblu.com

Heide.N.Heim
„Aus Liebe zum Job" – die Suche auf Tinder //
SEITE 74

Naturgefahren
„Ein Umdenken aller Akteure ist gefordert" //
SEITE 76

Trophy 2023
Die 12. Mountainbike-Gemeinde-Meisterschaften in Bad Goisern //
SEITE 78

NAHAUFNAHME RÉKA FEKETE

Null Toleranz bei Ungerechtigkeit

NAME | **Réka Fekete**
ALTER | **34**
GEMEINDE | **Au am Leithaberge**
EINWOHNERZAHL | **953** (2022)
BÜRGERMEISTERIN SEIT | **März 2022**
PARTEI | **ÖVP**

Réka Fekete ist die erste Frau an der Spitze der Marktgemeinde Au am Leithaberge. Seit einem guten Jahr ist sie dabei, mit den angehäuften Missständen im Ort aufzuräumen.

TEXT // ANDREAS HUSSAK

Die Bürgermeisterin von Au am Leithaberge wurde als Angehörige der ungarischen Volksgruppe im rumänischen Siebenbürgen geboren. Genau genommen heißt die 34-Jährige daher Fekete Réka, denn im Ungarischen wird der Familienname immer zuerst genannt. Unter dem Ceauşescu-Regime wurde die ungarische Minderheit im Land diskriminiert und unterdrückt. Nachdem sich die Situation auch nach dessen Ende nicht besserte, flohen ihre Eltern nach dem Fall des Eisernen Vorhangs mit der damals zweijährigen Réka nach Österreich. Anfangs lebten sie in verschiedenen österreichischen Ortschaften, je nachdem, wo gerade eine Unterkunft verfügbar war. In Mitterndorf an der Fischa bezogen sie schließlich ein Reihenhaus. Die kleine Réka kam in den Kindergarten und lernte Deutsch. Zum Ende ihrer Volksschulzeit hin fanden die Eltern nicht weit entfernt ein Haus in Au am Leithaberge, das sie erwerben konnten. Seitdem ist Au die Heimat von Fekete Réka.

FOTO // Marktgemeinde Au am Leithaberge

DAS AMT UND SEINE TRÄGER*INNEN

Sie tragen die politische Hauptverantwortung für die Lebensqualität in den 2.093 Gemeinden Österreichs. Ihren Bürgerinnen und Bürgern gelten sie je nach Blickwinkel als Reibebaum oder Respektsperson, Geldbeschaffer oder -verteiler, machtlos oder machtbewusst. KOMMUNAL fragt nach: Wie ticken unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister? Was treibt sie an? Wie interpretieren sie ihr Amt zwischen Erwartungsdruck, rechtlichen und budgetären Rahmenbedingungen? Eine KOMMUNAL-Porträtserie über Gemeindeoberhäupter, die ihre Kommune nicht nur verwalten, sondern gestalten und ihre Visionen umsetzen wollen.

Von dort aus besucht sie das Gymnasium Kurzwiese in Eisenstadt, nach der Matura zieht es sie zur darstellenden Kunst. Bis zur Aufnahme an der Schauspielschule studiert sie Kultur- und Sozialanthropologie. Als sie mit Abschluss der Schauspielausbildung zum zweiten Mal Mutter wird, wechselt sie an die Pädagogische Hochschule und wird Volksschullehrerin. Im Gemeindeleben engagiert sich Fekete seit jeher und hilft mit, wo immer helfende Hände benötigt werden. Sie kellnert bei Festen, hilft beim Bauernmarkt oder dolmetscht bei der Ungarn-Reise der Kameradschaftsgruppe. Passend zu ihrer Ausbildung kümmert sie sich auch um das Theater für Kinder.

Es waren sicherlich auch die früheren Erfahrungen ihrer Eltern, die Fekete geprägt haben: „Ich habe einen starken Gerechtigkeitssinn und ein ganz großes Bedürfnis, mitzuwirken, mitzureden, mitzugestalten und Sachen zu optimieren. Seit ich denken kann, habe ich versucht, irgendeinen Weg zu finden, diese Bedürfnisse zu kanalisieren. Ich habe mich in verschiedensten Gruppierungen und Jugendorganisationen eingebracht, aber nie die Institution gefunden, mit der ich mich hundertprozentig identifizieren konnte bzw. langfristig und nachhaltig ein Engagement entfalten hätte können.“ Das ändert sich 2014, als sie gefragt wird, ob sie Lust hätte, sich politisch in der Gemeinde zu engagieren. „Das war großartig und kam wie gerufen. Ich realisierte, dass das exakt das war, was ich tun wollte“, erzählt Fekete. „Meine Eltern waren darüber nicht überrascht und meinten, schon als kleines Kind hätte ich gesagt, ich möchte Politikerin oder Anwältin werden. Ich glaube aber, Anwältin wäre ihnen noch lieber gewesen“, lacht die Bürgermeisterin.

„Ich habe einen starken Gerechtigkeitssinn und **ein ganz großes Bedürfnis mitzuwirken.**“

Réka Fekete über ihre Motivation, sich politisch zu engagieren.

„Bei mir gibt es **die gleiche Bearbeitungszeit für jede Person,** egal in welchem Verhältnis wir zueinander stehen."

Réka Fekete über ihre Arbeitsweise als Bürgermeisterin

2015 tritt Fekete für die ÖVP an und wird in den Gemeinderat gewählt. Sie macht die Ausbildung zur diplomierten Kommunalmanagerin und studiert anschließend Schulmanagement. 2020 folgt schließlich ihr Aufstieg in den Gemeindevorstand. Fekete übernimmt die Agenden für Bildung und Kinder. Etwa zeitgleich wird sie zum dritten Mal Mutter. Während es für Fekete persönlich stetig vorangeht, läuft es in der Gemeindepolitik alles andere als rund. Der Bürgermeister, der 2010 auf unschöne Weise seinen Vorgänger gestürzt hatte, verprellt durch seine Art der Amtsführung letztendlich nahezu alle Gemeinderäte. Die Vorwürfe: Wichtige Informationen werden vorenthalten, Falschinformationen verbreitet, Termine und Vereinbarungen nicht eingehalten und Gemeinderatsbeschlüsse nicht vollzogen. Die Missstände werden immer schlimmer, sodass im August 2021 die gesamte Opposition und mit ihr Teile der regierenden Bürgerliste ZUM geschlossen zurücktreten. In einem Brief informieren die Gemeinderäte von ÖVP und SPÖ sowie ihre freien und unabhängigen Kollegen die Aurer und Aurerinnen über ihre Beweggründe. Beispielsweise fehlten Kaufverträge für Grundstücke der Gemeinde, ein Grund, weshalb das Freibad nach der Pandemie nicht wieder öffnete, und noch einiges mehr. Mehr als genug jedenfalls, um Feketes Gerechtigkeitssinn zu triggern: „Manche Bürger haben ihre Sachen ganz schnell bekommen und manche gar nicht. Das ist etwas, das ich überhaupt nicht verstehen kann." Fekete tritt zur Wahl an und wird Ende März 2022 neue Ortschefin. „Bei mir gibt es die gleiche Bearbeitungszeit für jede Person, egal in welchem Verhältnis wir zueinander stehen", stellt sie klar.

Was macht Fekete nun, da sie Bürgermeisterin ist? „Aufräumen! Seit einem Jahr bin ich am Erfassen, Sanieren und Kategorisieren. Es gibt aus den letzten zwölf Jahren wirklich genug aufzuarbeiten." Und einmal mehr ist Fekete wieder am Lernen, „denn es gibt keine Referatsleiter für einzelne Themenbereiche. Ich muss in allem fit sein. Die erste Phase war noch verhältnismäßig leicht – alle Gesetze durcharbeiten, von der Gemeindeordnung über die Straßenverkehrsordnung bis zum Forstgesetz. Das Soziale, Juristische und Organisatorische liegt mir nämlich. Aber alles Technische muss ich mir wirklich hart erarbeiten und bin da sicher noch nicht top. Darum bin ich sehr froh, dass ich einen engagierten und geschickten Vizebürgermeister habe, der mich betreffend Kanal und allen baulichen Gegebenheiten unterstützt."

Gemeinsam mit dem Vize hat Fekete auch das Gemeindeamt ins Nachbarhaus übersiedelt, eine ehemalige Sparkassen-Filiale. Dadurch ist es endlich barrierefrei. Diese Anforderung bestand zwar schon seit Jahren, wurde aber nicht umgesetzt.

„Nachdem wir die letzten Kisten aus den Räumlichkeiten des alten Gemeindeamtes geschleppt hatten, kam uns die Idee, dort eine Art Kinderkrippe einzurichten. Wir hatten schon lange Platzprobleme im Landeskindergarten. Die Kinder mussten monatelang warten und man ist ständig von einem Akutfall zum nächsten gestolpert. Die Übersiedlung war Ende November und bereits mit 14. Februar haben wir die neue Krippe eröffnet", berichtet die Bürgermeisterin stolz. „Dafür haben alle zusammen-

Die „Unkrautkiller-Gang" von Au kümmert sich eigeninitiativ um die Grünraumpflege im Ort. Mittlerweile begeistern sich die engagierten Bürger und Bürgerinnen auch für andere Maßnahmen zur Ortsverschönerung.

FOTOS // Marktgemeinde Au am Leithaberge

◀◀ Das Gemeindeamt von Au am Leithaberge ist in die benachbarte ehemalige Bankfiliale übersiedelt und ist nun endlich barrierefrei.

◀ Au am Leithaberge von Nordosten aus gesehen. Im Hintergrund erstreckt sich das Leithagebirge. Dahinter, am Horizont, liegt der Neusiedler See.

Im frei gewordenen alten Gemeindeamt haben Réka Fekete und ihr Team eine dringend benötigte neue Kinderbetreuungsstätte eingerichtet.

geholfen, von den Mitarbeitern bis zum Gemeinderat. Das innige Gemeinschaftsgefühl hat uns richtig gutgetan!“

Ein Zeichen für die starke Gemeinschaft im Ort ist neben dem regen Vereinsleben auch die Unkrautkiller-Gang. Das ist eine freiwillige Ansammlung (kein Verein) von Aurern und Aurerinnen, die spontan einsprangen, als die für Grünraumpflege zuständige Person kurzfristig ihren Job wechselte.

Das Unkraut war schnell beseitigt, die Gruppe blieb jedoch zusammen und macht sich seitdem mit viel Einfallsreichtum daran, den Ort zu verschönern. Der Ortsgemeinschaft zuliebe haben die Aurer auch ihr Freibad wieder reaktiviert. Es ist zwar auf dem technischen Stand der 60er-Jahre, mit manueller Chlorierung, benötigt ständige Frischwasserzufuhr und hat weder Rutsche noch sonstige Attraktionen, die es für Leute von außerhalb attraktiv machen würden. „Aber es ist ein sozialer Treffpunkt für alle Altersklassen, den ich so sonst noch nirgends gesehen habe“, konstatiert Fekete. Eher früher als später müsse man aber etwas tun. Sie favorisiert dabei die Idee eines Naturschwimmbades. Auf alle Fälle soll das Bad erhalten bleiben, die Aurer sind nämlich ziemlich stolz auf ihre vergleichsweise gute Infrastruktur und hohe Eigenständigkeit.

Die rund 16 km² große Marktgemeinde bildet den südlichsten Zipfel des Bezirks Bruck an der Leitha, grenzt ans Burgenland und abgesehen von ein paar Motorradfahrern, die das kurvenreiche Leithagebirge schätzen, kommen nicht allzu viele Ortsfremde hier vorbei. Dennoch hat Au bei nicht einmal tausend Einwohnern eine eigene Volksschule, einen Kindergarten, die Tagesbetreuungseinrichtung, ein Feuerwehrhaus, eine eigene Wasserversorgung und Kläranlage, ein Altstoffsammelzentrum, Tennisplatz und Sportplatz, einen kleinen Spar als Nahversorger direkt im Ortszentrum, drei Wirtshäuser, einen Badesee, eine Kulturhalle und das ehemalige „Milchhaus“ als Treffpunkt der Jugend und einiger anderer Gruppen.

Kein Wunder, dass die Aurer auch ihr Freibad in dieser Auflistung keinesfalls missen möchten.

Gegenwärtig herrscht in Au nach Langem wieder Aufbruchsstimmung und die neue Bürgermeisterin bemüht sich mit aller Kraft, den Usus der Vergangenheit mit bevorzugten und benachteiligten Bürgern in Vergessenheit geraten zu lassen. Ein Beispiel dafür ist die neue Bürgerfragestunde, bei der alle Aurer vor der Gemeinderatssitzung und vor den versammelten Gemeinderäten persönlich ihre Anliegen vorbringen können.

„Der Antrag kam von der Opposition und er ist gut. Darum haben wir ihm einstimmig zugestimmt“, erklärt Fekete. Die Bürgermeisterin, die einst als Flüchtlingskind nach Österreich kam, kann sich durchaus vorstellen, ihren Sinn für Gemeinschaft und Gerechtigkeit auch auf höherer politischer Ebene einzusetzen.

„Jetzt gilt es aber erst einmal, die Gemeinde gut zu führen. Wir haben in kurzer Zeit schon viel erreicht. Aber es ist noch Luft nach oben und da geht sicherlich noch mehr.“ K

STADT WIRBT AUF TINDER UM MITARBEITER

Aus **Liebe zum Job**: Heide N. Heim

Mit einem „Tinder-Match" zum neuen Job bei der Stadtverwaltung – das ist jetzt in Heidenheim im deutschen Baden-Württemberg möglich. Seit Kurzem sucht die Stadt nämlich auf Tinder unter einem eigenen Profil mit dem Namen „Heide N. Heim" nach neuen Mitarbeiter:innen.

TEXT // EVA SCHUBERT

Das ist Teil einer breit angelegten Personalbeschaffungskampagne mit ernstem Hintergrund: „Wir haben massive Probleme, Bewerber für unsere 20 Ausbildungs- und Studienberufe zu finden", erklärte der Pressesprecher der Stadt Heidenheim, Stefan Bentele. Für manche Stellen habe sich seit Jahren niemand mehr beworben. In einer Stadt mit knapp 49.000 Einwohner:innen sind gute Angestellte für einen funktionierenden Stadtbetrieb lebensnotwendig. Obwohl die Stadt viele Ausbildungsplätze bietet, kommen immer weniger Interessenten. So sei die Zahl der Bewerbungen für eine Ausbildung zu Verwaltungsfachangestellten in den letzten fünf Jahren um zwei Drittel zurückgegangen, erzählt etwa die städtische Ausbildungsleiterin Veronika Abt. Die neue Kampagne soll hier Abhilfe schaffen.

Neben Tinder werden auch andere Plattformen bedient, wie etwa Instagram oder TikTok, wo in kurzen Videos der Arbeitsalltag eines bestimmten Berufs in der Stadtverwaltung vorgestellt wird. Das Thema Liebe zieht sich durch die gesamte Kampagne – die trägt passenderweise den Titel „Aus Liebe zum Job" und startete selbstverständlich am Valentinstag.

So wirbt man bei den städtischen Bäderbetrieben mit „chlorreichen Aussichten" und der Stadtgärtner Leon prahlt humorvoll damit, mehr Rosen als der Bachelor zu verteilen. Mit diesen witzigen Anspielungen will man junge Menschen ansprechen und Jobsuchenden die

EVA SCHUBERT, BAKK.BA., IST REDAKTEURIN BEIM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND

Beispiele für die kreative Imagekampagne von „Heide N. Heim" auf Tinder & Co.: Schon in der Vergangenheit glänzte Heidenheims PR-Abteilung mit kreativen Ideen: So wurde 2019 ein eigener Rap-Song veröffentlicht, um dem Vandalismus im öffentlichen Bereich zu begegnen und mehr Bewusstsein zu schaffen.

schönen Seiten der Arbeit bzw. das positive Arbeitsklima in der Stadt Heidenheim schmackhaft machen. Und das hat Erfolg: Das Video des Gärtners ging viral und die offene Stelle in der Stadtgärtnerei konnte daraufhin nachbesetzt werden.

Auch ein „Blind-Dating" ist geplant: Dabei sollen Interessierte sich mit Vertreter:innen der unterschiedlichen Fachbereiche austauschen und vernetzen können. Schon in der Vergangenheit glänzte Heidenheims PR-Abteilung mit kreativen Ideen: So wurde 2019 ein eigener Rap-Song veröffentlicht, um dem Vandalismus im öffentlichen Bereich zu begegnen und mehr Bewusstsein zu schaffen. Dafür kooperierte die Stadt mit dem Musiker Philip Matas, der selbst aus Heidenheim stammt – entstanden ist ein professionelles Musikvideo mit dem Titel „Meine City". Seit mehreren Jahren beschäftigt die Stadt auch eine eigene Influencerin, die den Heidenheimer Instagram-Account bespielt. Nebenher nutzt man klassische Kampagneninstrumente wie etwa Plakate auf Bussen.

Für alle Gemeinden denkbar? Angesichts des allgemeinen Fachkräftemangels wird auch in Österreichs Gemeinden händeringend nach Mitarbeiter:innen gesucht. Auch wenn die Lösung wohl größere strukturelle Reformen brauchen wird, können kreative Kampagnen wie jene in Heidenheim helfen, den kurzfristigen Folgen des Personalmangels zu begegnen. In der Fachsprache nennt sich diese Art der Personalbeschaffung

> **„Auch wenn die Lösung des Personalproblems wohl größere strukturelle Reformen brauchen wird**, können kreative Kampagnen wie jene in Heidenheim helfen, den kurzfristigen Folgen des Personalmangels zu begegnen."

„Social Recruiting". Der Hintergedanke ist, als Arbeitgeber dort hinzugehen, wo sich die Bewerber:innen aufhalten – also auf Instagram und Co. Nicht nur Heidenheim, sondern auch andere Gemeinden nutzen mittlerweile soziale Medien, um neue Mitarbeiter:innen anzusprechen.

Es besteht jedoch ein Unterschied, ob man ein Bild der offenen Stellenanzeige auf den unterschiedlichen Kanälen von Gemeindezeitung bis Instagram teilt oder ob man sich eigens für die sozialen Medien ansprechende Formate überlegt: So macht es beispielsweise auch Biberach in Oberschwaben, wo auf Instagram in sogenannten „Reels" – 15 Sekunden langen Kurzvideos – Mitarbeiter:innen der Kinderbetreuungseinrichtungen prägnante Aspekte ihres Arbeitsalltags vorstellen, gefolgt von direkten Ansprachen an potenzielle Bewerber:innen. Die Videos sind lebendig und sprechen junge Menschen an.

Voraussetzung: Authentizität und Imagearbeit. Der Tipp aus Erfahrungsberichten: Die Videos sollten authentisch und nicht „gestellt" sein, sonst erzielen sie womöglich noch den gegenteiligen Effekt. Die Social-Media-Expertin der Stadt Heidenheim, Julia Habla, betont auch, dass beim Social Recruiting vor allem die Arbeit am Image im Vordergrund steht. Ein Gemeindejob hat heutzutage leider einen etwas verstaubten Ruf – das müsse man aufbrechen, so Habla. Ein „cooler" Auftritt beispielsweise auf TikTok bricht mit gängigen Stereotypen und macht die Gemeinde als Arbeitgeber attraktiver. Wichtig ist, mit der Social-Media-Arbeit jene Mitarbeiter:innen zu betrauen, die davon eine Ahnung haben.

Alles in allem kann es also nicht schaden, wenn Gemeinden bei der Personalsuche auch einmal mit kreativen Lösungen wie Social Media „flirten", solange bestimmte Dinge beachtet werden.

NATURGEFAHREN IN ÖSTERREICH

Umdenken aller Akteure gefordert

Die Folgen des Klimawandels sind in Österreich schon längst zu spüren, doch ein tiefgreifendes Umdenken hat hierzulande nicht stattgefunden. Die Zeit drängt, alarmieren Experten der Klimaforschung, Versicherungswirtschaft und Präventionsforschung. Vorsorgemaßnahmen im kleinen und großen Stil zu treffen, ist vorrangigstes Gebot.

Der Klimawandel ist auch in unseren Breiten deutlich spürbar. Galten die Auswirkungen noch vor einigen Jahren als vage Zukunftsszenarien, ist eine Zunahme der Intensität von Extremereignissen heute evident. „Wir erwarten, in Kombination mit einer höheren Siedlungsdichte in Österreich, eine weitere signifikante Zunahme von Schadensereignissen“, so Mag. Klaus Scheitegel, Vizepräsident des österreichischen Versicherungsverbandes VVO. „Diese waren schon in den letzten Jahren deutlich bemerkbar, man denke an die Dürren im letzten Jahr oder intensive Regenfälle, die von Hangrutschungen bis zu Überflutungen alles zu bieten hatten.“

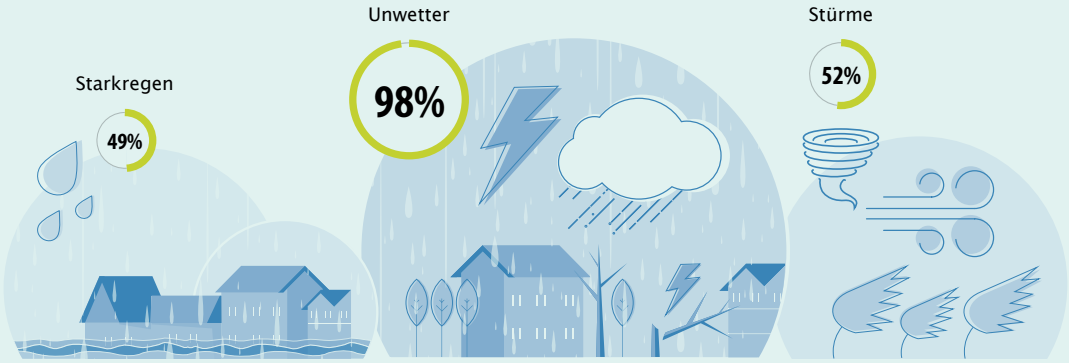
Während Naturkatastrophen und Extremwetterereignisse zunehmen, gestaltet sich die Vorbereitung auf diese in Österreich eher schleppend: „Die Risiken werden noch immer stark unterschätzt, gefährdet sind nicht nur einzelne Regionen weit weg vom eigenen Wohnort, sondern alle Bundesländer gleichermaßen.“ „Auch die Schadenhöhen sind in den letzten Jahren auf hohem Niveau, jährlich wird fast eine Milliarde Euro an Schäden verzeichnet“, so Mag. Christian Eltner, Generalsekretär des österreichischen Versicherungsverbandes VVO.

Prävention: Große Wirkung durch treffsichere Maßnahmen. Dass ein tiefgreifendes Umdenken in Österreich noch nicht stattgefunden hat, zeigen aktuelle Daten des „KFV-Naturgefahrenmonitors“. Seit dem Jahr 2013 werden durch das KFV in regelmäßigen Abständen Wahrnehmungen, Erwartungshaltungen und Präventionsbewusstsein der österreichischen Bevölkerung zu Naturgefahren abgefragt. „Die im internationalen Vergleich gering ausgeprägte Bereitschaft zur Eigenvorsorge der Bevölkerung in Österreich ist nach wie vor deutlich erkennbar. Für Österreich gibt es hinsichtlich Vorsorge und Vorbereitung auf allen Ebenen deutliche Verbesserungspotenziale“, erklärt KFV-Direktor Mag. Christian Schimanofsky. Es zeigt sich, dass die Wahrnehmung des Risikos durch Naturgefahren sowie das Gefahrenbewusstsein in Österreich lokal sehr unterschiedlich, im Allgemeinen aber eher gering ausgeprägt sind. Auffallend viele Österreicherinnen und Österreicher (62 Prozent) glauben, dass es ausschließlich die Aufgabe der Behörden sei, sie vor Naturgefahren zu schützen. Jede zweite befragte Person gibt an, keine Informationen darüber zu haben, wie man sich auf individueller Ebene vor Naturgefahren schützen kann. Nur 50 Prozent der befragten Personen kennen die Bedeutung der Zivilschutzalarme oder wissen, was bei einer Alarmierung konkret zu tun ist. In der Umfrage angegebene Schäden betreffen Schäden an den Freiflächen (44 Prozent) bzw. direkt am Haus oder der Wohnung (39 Prozent). „Unsere Studie zeigt weiters, dass Eigeninitiative und Prävention sehr wirksame Mittel sind. Fast alle Personen, die bei einer Unwetterwarnung aktiv geworden sind, konnten auch tatsächlich Schäden verhindern“, so Schimanofsky.

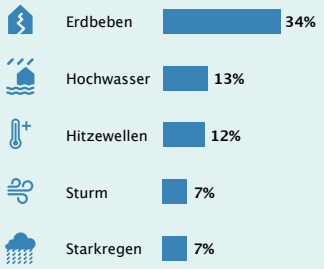
FOTO // KFV/APA-Fotoservice/Juhasz

WAHRNEHMUNG VON NATURGEFAHREN IN ÖSTERREICH

Größte wahrgenommene Gefährdung:



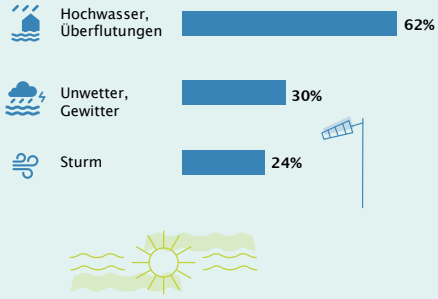
Ich bin nicht vorbereitet auf:



Das sagt Österreich zu Naturgefahren:

- 80% sind überzeugt: Schäden durch Naturgefahren werden in Zukunft **zunehmen**.
- 59% wollen **aktiv Maßnahmen** zum Schutz vor Naturgefahren setzen.
- 48% machen sich Sorgen **Schäden** durch Naturgefahren zu erleiden.
- 45% finden die Informationsmöglichkeiten zu Naturgefahren an ihrem Wohnort **unzureichend**.

Top 3 der spontan erstgenannten Naturgefahren:



Der Informationsgrad über richtiges Verhalten im Katastrophenfall nimmt ab. Waren es im Jahr **2020 noch 60%**, die sich gut informiert fühlten, waren es im Jahr **2022 nur mehr 40%**.

Auffallend: In den letzten Jahren bereiten sich zunehmend **mehr Menschen** auf **Hitzewellen** vor.

Auftraggeber: © KFV (Kuratorium für Verkehrssicherheit, 2022)

APA-AUFTRAGSGRAFIK

„Für Österreich gibt es hinsichtlich Vorsorge und Vorbereitung **auf allen Ebenen deutliche Verbesserungspotenziale.**“

Christian Schimanofsky, Direktor des KFV

Durch Eigenvorsorge und verstärkte Präventionsarbeit Folgen minimieren. Die Eigenvorsorge privater Haushalte ist eine essenzielle Vorbereitung für bestehende Naturgefahren und beginnt bereits mit der Wahl des Bauplatzes, planerischen Maßnahmen bei der Errichtung und dem nachträglichen Anbringen von Schutzeinrichtungen. Die Eigenvorsorge umfasst aber auch Maßnahmen wie etwa Ernstfalltrainings und das regelmäßige Informieren über Wetterwarnungen. Bei bestehender Gefährdung ist jedoch auch auf Gemeindeebene eine entsprechende Präventionsarbeit bzw. laufende Weiterbildung auf diesem Gebiet wichtig: So wäre es hilfreich, wenn geschulte Vertreter:innen der öffentlichen Hand die Bevölkerung regelmäßig in Sachen Schutz und Sicherheit informieren sowie im Krisenfall als kompetente Ansprechpartner:innen zur Verfügung stehen.

IN KÜRZE

- Naturkatastrophen verursachen im langjährigen Schnitt rund 500 Millionen Euro an Schäden pro Jahr.
- Die im internationalen Vergleich gering ausgeprägte Bereitschaft zur Eigenvorsorge der Bevölkerung in Österreich stellt große wie kleine Gemeinden vor immense Herausforderungen.
- Die aktuelle KFV-Studie (n=1.211; Februar 2023) zeigt weiterhin deutlichen Nachholbedarf beim Thema Prävention vor Naturgefahren. Auch der Informations- und Aufklärungsbedarf der Bevölkerung ist sehr hoch.

Mehr auf www.kfv.at

FOTO /Marc Schwarz

GEMEINDE-MTB-MEISTERSCHAFTEN IN BAD GOISERN

Die **Salzkammergut-Trophy**

Im Rahmen der Salzkammergut-Trophy treten jedes Jahr auch die Bürgermeister, Funktionäre und Gemeindebediensteten kräftig in die Pedale. Die Gemeinde-MTB-Meisterschaften vom 14. bis 16. Juli 2023 bei der Salzkammergut-Trophy, Österreichs größtem Mountainbike-Event, sind keine Ausnahme.

Es ist bereits die 26. Auflage der Salzkammergut-Trophy, die heuer über die Bühne geht. Und die Mountainbike-Meisterschaften der Gemeindebediensteten und -funktionäre sind mittlerweile ein Fixpunkt am Trophy-Weekend geworden.

Am Samstag, den 15. Juli 2023, sind wieder alle Gemeindebediensteten, Bürgermeister und Gemeindefunktionäre zur Teilnahme an der **„12. Österreichischen Mountainbike-Meisterschaft“** über 37,3 Kilometer eingeladen.

Darüber hinaus findet auf der 21,8-Kilometer-Strecke die bereits „9. Oberösterreichische Mountainbike-Meisterschaft“ unter dem Ehrenschutz von OÖ-Gemeindebund-Präsident Christian Mader statt. Jede Gemeinde erhält bei Anmeldung vor dem 30. Juni drei Startplätze gratis. Die drei schnellsten Damen und Herren der Einzelwertung sowie das schnellste Dreier-Team (natürlich sind auch Mixed-Teams möglich) gewinnen die Trophäen. Die Starts erfolgen um 11.50 Uhr (Strecke F/37,3-km-Distanz) bzw. um 12.15 Uhr (Strecke G/21,8-km-Distanz).

LINKS ZUM THEMA

www.trophy.at

Die Anmeldung erfolgt online unter **www.trophy.at/gemeindemeisterschaften**. Zusätzlich ist es notwendig, ein Mail bzw. das Teamanmeldeformular mit dem Betreff „Österreichische Gemeindemeisterschaften” bzw. „OÖ Gemeindemeisterschaften” an **gemeindemeisterschaften@trophy.at** zu senden.

FOTO /Skgt-Trophy

FOTO /Erwin Haiden

Bild oben: **Ob groß oder klein, für alle Teilnehmer:innen findet sich die richtige Strecke.**
Bild links: **Auch der oder die Letzte kann sich auf einen triumphalen Empfang einstellen.**

26. AUFLAGE DER SALZKAMMERGUT-TROPHY

ÖSTERREICHS GRÖSSTER MTB-EVENT

Seit über einem Vierteljahrhundert zieht die Salzkammergut-Trophy in Bad Goisern Biker aus ganz Europa in ihren Bann. Mit rund 4.000 Teilnehmer:innen aus über 30 Nationen ist die Salzkammergut-Trophy eines der größten MTB-Events in den Alpen! Die Mischung aus unglaublichen sportlichen Höchstleistungen und wohltuendem Urlaubsfeeling macht die Region um den Hallstätter See an den drei Eventtagen Mitte Juli wieder zum Hotspot der Radszene.

Für die härtesten Mountainbiker fällt bereits um 5 Uhr früh der Startschuss. Unter dem Mythos „Einmal Hölle und zurück“ haben die Extrembiker unglaubliche 209 Kilometer und über 7.000 Höhenmeter vor sich und machen Jagd auf das heiß begehrte schwarze Finishershirt.

Zusätzlich zur Extremdistanz stehen den Athleten am Marathon-Tag (Samstag, 15. Juli 2023) Strecken mit 22, 37, 54, 59, 79 und 126 Kilometern zur Auswahl. Somit finden auch Hobbybiker und Marathon-Neueinsteiger genau die richtige Distanz, um ihr Ziel zu schaffen und das legendäre Trophy-Flair zu erleben.

Triflex Reparaturmörtel lassen sich bei Temperaturen ab 0 °C verarbeiten, sind schnell härtend, geprüft, hoch widerstandsfähig und dauerhaft. Notwendige Sperrzeiten reduzieren sich auf ein Minimum.

Triflex
Gemeinsam gelöst.

www.triflex.at

demopark 2023
+ Sonderschau Rasen mit Golf- und Sportrasen

Innovation interaktiv erleben
Hightech zum Anfassen, Einsteigen und Ausprobieren

Flugplatz
Eisenach-Kindel
18.–20. Juni 2023

www.demopark.de

Internationale Ausstellung
Grünflächenpflege
Garten- und Landschaftsbau
Platz- und Wegebau
Kommunaltechnik
Winterdienst
Sportplatzbau und -pflege

PERSONALIA

Von der Almhütte **ins Rathaus**

BAD MITTERNDORF // Die 30-jährige Veronika Grill ist die jüngste SPÖ-Bürgermeisterin Österreichs. Klaus Neuper, seit 21. August 2018 Bürgermeister der Gemeinde Bad Mitterndorf, zieht sich aus der Politik zurück. Während seiner Amtszeit galt es einige Herausforderungen zu meistern, unter anderem mussten die Corona-Krise und der Katastrophenwinter 2019 bewältigt werden.

Zu seinem politischen Abschied meint Klaus Neuper: „Ich bin froh, in dieser Zeit mit Veronika Grill eine Nachfolgerin gefunden zu haben, die sich dynamisch der sich stellenden Herausforderungen annimmt. Für sie steht die Bewältigung der Herausforderungen im Vordergrund und es geht ihr nicht um das Durchsetzen von Eigeninteressen. Veronika Grill wird die erste Frau im Ausseerland sein, die dieses Amt innehat. Eine Volksbürgermeisterin im besten Sinn des Wortes und zudem auch die jüngste SPÖ-Bürgermeisterin Österreichs."

Veronika Grill ist in Bad Mitterndorf aufgewachsen. Nach ihrer Matura in Stainach sowie einem Auslandsjahr in Neuseeland und Australien hat sie in Wien Jus studiert. Sie hat neben dem Studium immer gearbeitet – unter anderem als Kanzleileiterin und juristische Mitarbeiterin in einer Rechtsanwaltskanzlei. Die letzten Jahre hat sie im Familienbetrieb ihrer Mutter und des Stiefvaters gearbeitet und im Sommer deren Almhütte bewirtschaftet.

Im Herbst 2022 ist Neuper auf Grill zugegangen, um sie als seine Assistentin anzuwerben.

QUELLE // www.meinbezirk.at/liezen (online seit 3.5.2023)

Niederösterreich hat neuen **jüngsten Bürgermeister**

HARMANNSDORF // Niederösterreich hat einen neuen jüngsten Bürgermeister: Alexander Raicher ist 26 Jahre alt, ledig und wurde bei der Bürgermeisterwahl am 7. März 2023 mit einer deutlichen Mehrheit (21 Stimmen und zwei Stimmenthaltungen) zum Ortschef von Harmannsdorf im Bezirk Korneuburg gewählt. Er ist gleichzeitig der zweitjüngste Bürgermeister Österreichs. Gemeinsam mit seinem Team möchte er die Zukunft der Gemeinde gestalten und diese jeden Tag ein Stück lebenswerter machen. So plant er unter anderem ein Gesamtkonzept für Radrouten und Radwege sowie die Umsetzung des ersten Bauabschnitts, eine Ortsbildgestaltung sowie die Verbesserung der Infrastruktur und die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe.

QUELLE // gemeindebund.at

EHRUNGEN

MIT ENTSCHLIESSUNG VOM 13. APRIL 2023 HAT BUNDESPRÄSIDENT DR. ALEXANDER VAN DER BELLEN VERLIEHEN:

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an

Wolf-Dieter Altenaichinger, ehem. Gemeinderat der Gemeinde Haigermoos (OÖ), an
Johann Walter Starlinger, ehem. Gemeinderat der Gemeinde Weibern (OÖ), sowie an
Johann Stöhr, ehem. Gemeindevorstand der Gemeinde Pitzenberg (OÖ).

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

Hubert Kirchmayr, ehem. Bürgermeister der Gemeinde Ampass in Tirol

TERMINE

16/Juni

Trink'Wassertag 2023 findet statt

Am 16. Juni 2023 findet der österreichische TRINK'WASSERTAG statt.

TRINK'WASSERTAG

Viele Trinkwasserversorger bieten an diesem Tag der Bevölkerung die einmalige Gelegenheit, hinter die Kulissen der Wasserversorgung zu blicken. Von der Besichtigung von Hochbehältern über Vorträge bis hin zu speziellen Aktionen für Kinder und Schüler:innen reicht der bunte Programmbogen. – regional unterschiedlich, wie die Wasserversorgung selbst.

www.oevgw.at oder **www.unsertrinkwasser.at/**

21-22/Juni

In knapp zwei Wochen starten Gemeindetag und Kommunalmesse

Ab Erscheinen dieser Ausgabe von KOMMUNAL dauert es nur mehr knapp zwei Wochen – dann öffnen der 69. Österreichische Gemeindetag und die Kommunalmesse 2023 in Innsbruck ihre Tore und der größte kommunalpolitische Event Österreichs geht über die Bühne.

KOMMUNAL MESSE 2023

Gemeindetag und Kommunalmesse 2023 finden unter dem Motto „Lokal. Regional. Europäisch. Gemeinden im Herzen Europas" in Innsbruck statt.
Die Kommunalmesse bietet wie immer eine Bühne für Experten aus der Wirtschaft und Wissenschaft. In Fachvorträgen, Keynotes und Podiumsdiskussionen wird über brandaktuelle Themen diskutiert und es werden erfolgreiche Beispiele aus der kommunalen Praxis vorgestellt. Von innovativen Lösungsansätzen über bereits umgesetzte Projekte bis zu neuen Produkten, die gerade in Zeiten des digitalen Wandels eine Rolle spielen, bieten die Vorträge ein breites Spektrum: **„Informieren – netzwerken – inspirieren**

www. diekommunalmesse.at
Ort: Innsbruck, Messe

„Mit voller Kraft für alle Pöllauer und Pöllauerinnen"

PÖLLAU // Der bisherige erste Vizebürgermeister Josef Pfeifer wurde als Nachfolger von Johann Schirnhofer zum neuen Bürgermeister der Marktgemeinde Pöllau gewählt und von Bezirkshauptfrau Kerstin Raith-Schweighofer auch gleich angelobt. Nachdem der Altbürgermeister Johann Schirnhofer mit 31. März seinen Rücktritt erklärt hatte, stand die Wahl seines Nachfolgers im Mittelpunkt.
Einziger Kandidat war der erste Vizebürgermeister Josef Pfeifer, der von 22 der 23 anwesenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäte zum neuen Gemeindeoberhaupt gewählt wurde. Sein Nachfolger als erster Vizebürgermeister ist der bisherige Gemeinderat Patrick Mauerhofer, der ebenfalls 22 von 23 möglichen Stimmen erhielt.

QUELLE // https://www.meinbezirk.at/hartberg-fuerstenfeld/ (online seit 15.4.2023)

DAS BESTE ZUM SCHLUSS

Superlative aus Österreichs Gemeinden

Österreichs Gemeinden können mit einer Vielzahl an Einzigartigkeiten aufwarten. Manche davon sind gar Europa- oder Weltrekorde.

FOTO // Gipsbergbau CC BY-SA 4.0

In der Marktgemeinde **Hinterbrühl** befindet sich die Seegrotte. Sie ist ein ehemaliges Gipsbergwerk. Sieben Quellen speisen darin den mit 6.200 m² Fläche **größten unterirdischen See Europas.** Er ist im Schnitt etwa 1,2 Meter tief.

Größter unterirdischer See Europas

Die Theresianische Militärakademie befindet sich in der Burg in **Wiener Neustadt**. Sie wurde am 14. Dezember 1751 gegründet und besteht bis heute. Sie ist somit die **älteste Militärakademie der Welt.**

Älteste Militärakademie der Welt

FOTO // Christopher Weilguni - Bundesheer BY-SA 4.0

Der Name der Gemeinde **Pfaffenschlag bei Waidhofen an der Thaya** im nördlichen Waldviertel umfasst in der amtlichen Version 37 Zeichen und ist somit der **längste Ortsname Österreichs.**

Längster Ortsname Österreichs

FOTO // Duke of W4 CC BY-SA 4.0

IMPRESSUM
Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstraße 6, 2. Stock, 1010 Wien
Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77,
E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at
www.kommunal.at
Geschäftsführung Mag. Michael Zimper
Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88;
Mag. Hans Braun – DW 516 (Chefredaktion), hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl – DW 515, helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak – DW 537, andreas.hussak@kommunal.at

Adressverwaltung Adrijana Fetaji – DW 518, leserservice@kommunal.at
oder Sie folgen diesem Link oder dem QR-Code zum Ändern von Bezugsdaten:
http://kommunal.at/leserservice/

Grafik Thomas Max – DW 542
thomas.max@kommunal.at
Fotos stock.adobe.com; www.bilderbox.at

Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88;
Martin Pichler (Leitung) – DW 511,
martin.pichler@kommunal.at;
Martin Mravlak – DW 528,
martin.mravlak@kommunal.at;
Oliver Vogel – DW 512
oliver.vogel@kommunal.at

Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Wolfgang Schneider (BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alfred Riedl (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Michael Zimper (Österreichischer Kommunal-Verlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfl;
Druckauflage KOMMUNAL: 33.445
(Jahresdurchschnitt 2022)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Hinweis zu Gender-Formulierung
Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

ÖAK

PEFC zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen
PEFC
www.pefc.org

WIR FREUEN UNS AUF IHREN BESUCH!

Seien Sie dabei, wenn sich die Tore zur Kommunalmesse 2023 öffnen.
Unser Messestand ist wieder der Ort des gemütlichen Zusammenkommens wo alle Gäste einzigartige Erlebnisse erwarten dürfen. Verpassen Sie nicht die Gelegenheit, Teil dieses aufregenden Events zu sein.
Wir freuen uns darauf, Sie an unserem Stand begrüßen zu dürfen!

Freuen Sie sich auf zahlreiche Attraktionen, denn das Team von KOMMUNALBEDARF.AT hat für jeden Besucher etwas Besonderes vorbereitet! Unser Glücksrad verspricht wieder aufregende Sofortgewinne! Und natürlich dürfen auch kulinarische Köstlichkeiten nicht fehlen! Genießen Sie vor Ort eine breite Palette an delikaten Gaumenfreuden, die Ihren Geschmackssinn verzaubern werden.

KOMMUNALBEDARF.AT

Einfach. Alles. Beschaffen.

Partnerschaftliche Lösungen
KOMMUNAL SERVICE
für die Zukunft der Region
MEINE GEMEINDE BRAUCHT
EINE BANK, DIE FEST IN DER
REGION VERWURZELT IST.
WIR MACHT'S MÖGLICH.
Für eine starke Region braucht es eine Bank, die in den Gemeinden verankert ist. Raiffeisen ist ein fester Bestandteil der Gemeinden Österreichs und daher erster Ansprechpartner, wenn es um die individuellen Bedürfnisse vor Ort geht. Ein gutes Gefühl dabei ist, wenn das Geld aus der Region auch in der Region bleibt. www.raiffeisen.at/firmenkunden